

# aus politik und zeit geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Hans-Joachim Veen  
Wer wählt grün?

Heinz Theisen  
Zukunftsängste und  
pluralistische Demokratie

Bernhard Claußen  
Entwicklungen der  
politischen Sozialisation

Kommentar und Replik  
Betriebliche  
Vermögensbeteiligung

ISSN 0479-611 X

B 35-36/84

1. September 1984

Hans-Joachim Veen, Dr. phil., M. A., geb. 1944; Studium der politischen Wissenschaft, des öffentlichen Rechts und der Geschichte an den Universitäten Hamburg und Freiburg i. Br., seit 1983 Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin bei Bonn.

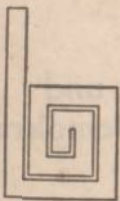
Veröffentlichungen u. a.: Opposition im Bundestag. Ihre Funktionen, institutionellen Handlungsbedingungen und das Verhalten der CDU/CSU-Fraktion in der 6. Wahlperiode 1969—1972, Bonn 1976; (Mitherausgeber und Co-Autor) Parteienstaat und Abgeordnetenfreiheit. Zur Diskussion um das imperative Mandat, München 1977; (Hrsg. zus. mit H. Rühle) Gewerkschaften in den Demokratien Westeuropas, zwei Bände, Paderborn 1983; (Hrsg.) Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa, zwei Bände, Paderborn 1983. Außerdem zahlreiche Beiträge zur deutschen und internationalen Parteienforschung und zur empirischen Jugendforschung in der Bundesrepublik.

Heinz Theisen, Dr. Phil., M. A., geb. 1954; Studium der Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie und Psychologie an der Universität Bonn; zur Zeit freie publizistische Tätigkeit.

Veröffentlichungen u. a.: Krisenpolitologien, in: liberal, (1981) 4; Jugendbewegung und Krisenbewußtsein, in: liberal, (1982) 3; Zur Dialektik von Schwäche und Stärke des demokratischen Staates, in: Die Mitarbeit, (1984) 2; Die Theorie der Wahrscheinlichkeit des dritten Weltkrieges bei Carl Friedrich von Weizsäcker, in: Frankfurter Hefte, (1984) 8; Katastrophenstimmung und freiheitliche Demokratie. Gefährdungen, Grenzen und Möglichkeiten freiheitlicher Politik in den prognostizierten Bedrohungsfeldern unserer Zukunft, Köln 1984 (erscheint demnächst).

Bernhard Claußen, Dr. phil., Dipl.-Päd., geb. 1948; Professor im Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg sowie Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft und Soziologie an der Hochschule Lüneburg.

Veröffentlichungen u. a.: Kritische Politikdidaktik. Zu einer pädagogischen Theorie der Politik für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit, Opladen 1981; Methodik der politischen Bildung. Von der pragmatischen Vermittlungstechnologie zur praxisorientierten Theorie der Kultivierung emanzipatorischen politischen Lernens (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Bd. 16), Opladen 1981; (als Hrsg. zusammen mit Klaus Wasmund), Handbuch der politischen Sozialisation, Braunschweig 1982.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

H. Ehmke, P. Lang, Dr. G. Renken, K.-H. Resch, Dr. K. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Wer wählt grün?

## Zum Profil der neuen Linken in der Wohlstandsgesellschaft

Eindrucksvoller als jede andere Partei illustrieren die GRÜNEN, daß sich die traditionellen Zusammenhänge zwischen der sozialen und ökonomischen Situation des einzelnen und seinen politisch-ideologischen Einstellungen aufgelöst haben, daß — marxistisch formuliert — die Klassenbedingtheit des politischen Standpunktes im fortgeschrittenen Wohlfahrtsstaat unserer Tage weniger gilt denn je. In der nivellierten Mittelstandsgesellschaft der Bundesrepublik sind die alten sozialen Fragen weitgehend überwunden. Weit eher als von sozial-ökonomischen Interessenstandpunkten werden die Problemeinschätzungen von heute, vom Umweltschutz über Rechts- und Verfassungspolitik bis zur Freiheits- und Friedenssicherung im internationalen Rahmen von politisch-ethischen Wertorientierungen und sozial-kulturellen und -psychologischen Grundhaltungen bestimmt.

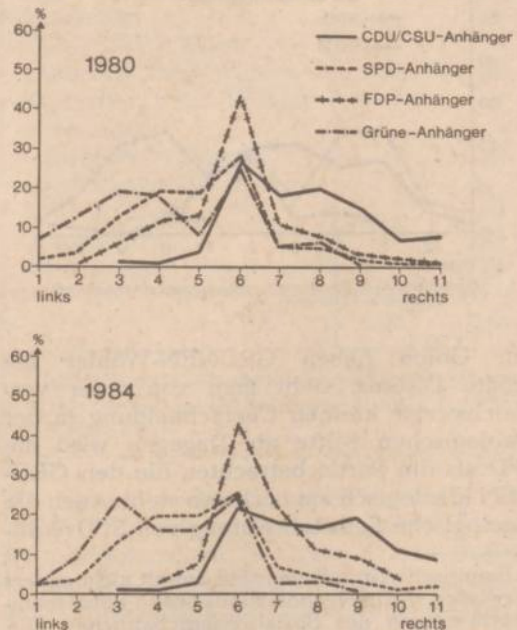
Damit verlieren auch die alten politischen Kategorien „links“ und „rechts“ zunehmend an Bedeutung für die Einordnung politischer Parteien, sind die traditionellen Schemata ‚progressiv‘ versus ‚konservativ‘ mithin weitgehend obsolet geworden. Links und fortschrittlich im traditionellen Sinne waren jene Kräfte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, die sich auf die sozialen Unterschichten, die Arbeiterschaft, stützten und Forderungen nach der Verbesserung der materiellen, ökonomischen Lage der Unterprivilegierten erhoben. Hier liegen die Wurzeln der deutschen Sozialdemokratie, der alten Linken in Deutschland. Dieser enge Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischer Interessenlage und politischer Interessenvertretung begann sich im Zuge der Entwicklung der SPD zu einer Volkspartei nach dem Vorbild der Union spätestens seit den sechziger Jahren zu lockern. Sinnfällig wurde die Auflösung der überkommenen Linksstrukturen durch die

Proklamierung des „neuen Mittelstandes“ der höher Gebildeten und besser Verdienenden vornehmlich im Dienstleistungsbereich mit ausgeprägt reformerischem Impetus für die SPD in den siebziger Jahren.

Damit war ein politisch-ideologischer Emanzipationsprozeß im Parteiensystem links von der Mitte erkennbar geworden, der schließlich im Aufstieg der GRÜNEN als Partei kulminierte.

Deren Aufstieg erfolgte aus einem Wählerpotential, das sich politisch-ideologisch selber links von der Mitte bis zur extremen Linken hin ansiedelt und dabei in seiner Selbsteinschätzung links über die SPD-Wählerschaft hinausragt (vgl. Grafik 1).

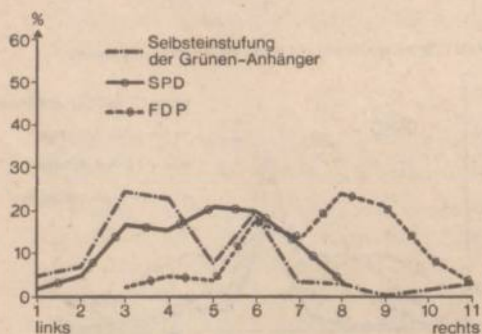
Schaubild 1: Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum



## I. Ideologische Selbsteinschätzungen

Noch augenfälliger wird die Linksdominanz in der ideologischen Selbsteinstufung der GRÜNEN, wenn man betrachtet, wie ihre Wähler die anderen Parteien im Links-Rechts-Spektrum einschätzen<sup>1)</sup>. Die Union wird von GRÜNEN-Wählern fast spiegelbildlich zu sich selbst auf dem rechten Parteienspektrum eingeordnet, die CSU noch ausgeprägter rechts (vgl. Grafik 2).

Schaubild 2: Selbsteinstufung und Einstufung der Parteien durch Die Grünen auf dem Links-Rechts-Kontinuum



Quelle: Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8211.

Zur Union haben GRÜNEN-Wähler die größte Distanz, sieht man von einer vergleichsweise kleinen Überschneidung in der ideologischen Mitte ab. Dagegen wird die SPD als die Partei betrachtet, die den GRÜNEN ideologisch am nächsten steht. Auch die ideologische Selbsteinstufung von SPD-Wäh-

<sup>1)</sup> Empirische Grundlagen sind, soweit nicht anders verwiesen wird, folgende bundesweite Repräsentativumhebungen des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung: Archiv-Nr. 8012: Befragungszeitraum September 1980, Anzahl der Befragten 6 206; Archiv-Nr. 8211: Befragungszeitraum November 1982, Anzahl der Befragten 2 015; Archiv-Nr. 8401: Befragungszeitraum März 1984, Anzahl der Befragten 3 000. Für die Aufbereitung danke ich Dieter Noetzel, der im Institut eine systematische empirische Studie zur Thematik erarbeitet.

lern und GRÜNEN-Wählern ergibt, wie bereits Grafik 1 zeigt, ein hohes Maß an ideologischer Übereinstimmung der Wählerpotentiale. Nicht unbeträchtlich ist schließlich auch die bereichsweise ideologische Übereinstimmung zwischen GRÜNEN-Wählern und F.D.P.-Wählern etwa in der ideologischen Mitte. Dies gilt sowohl für die Selbsteinschätzung beider Wählergruppen als auch für die Einschätzung der Wähler der GRÜNEN im Hinblick auf die ideologische Position der F.D.P.

Wie eingehende empirische Untersuchungen zeigen<sup>2)</sup>, hat sich die Linksdominanz der GRÜNEN-Wähler in den letzten Jahren eindeutiger ausgeprägt; die GRÜNEN haben sich im linken Wählerspektrum konsolidiert. Ausschließlicher denn je schöpfen sie heute aus jenem Wählerpotential, aus dem auch die SPD-Wähler stammen. Für die weitere Charakterisierung der Wähler der GRÜNEN wird daher stets von dieser politisch-ideologischen Grundhaltung auszugehen sein.

Angesichts dieser Ausgangssituation scheint es ein unfruchtbarer Streit um Begriffe und am Ende müßig, darüber zu spekulieren, ob die GRÜNEN nun „links“ oder „rechts“, oder ob sie nicht „eigentlich“ konservativ seien, da, wie gesagt, links und rechts als klassenmäßige und zugleich ideologische Zuordnungen heute obsolet sind. Allenfalls wäre hier m. E. dann eher die Bezeichnung „ultra-konservativ“ im Sinne von rückwärts gewandt angemessen.

Die Unterschiede zu den alten linken Positionen sind allzu offenkundig: Die neuen Linken der GRÜNEN entstammen ganz überwiegend den oberen Mittelschichten und der Oberschicht (sei es als Erwerbstätige mit relativ hohem Einkommen oder als Oberschüler und Studenten, die bislang noch kein eigenes Einkommen haben) und verfügen überproportional stark über eine bessere, häufig akademische Bildung. Ihre politischen Forderungen sind ausgeprägt postmaterieller, nicht mehr materieller Natur. Die neue Linke der späten-

<sup>2)</sup> Zu ganz ähnlichen Ergebnissen wie das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung kommt die Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim. Vgl. M. Berger/W. G. Gibowski/D. Roth/W. Schulte, Regierungswechsel und politische Einstellungen. Eine Analyse der Bundestagswahl 1983, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1983) 4, S. 556 ff, insbes. S. 575 ff.

dustriellen Wohlstandsgesellschaft kommt gewissermaßen von oben, nicht von unten.

Diese irritierende Entwicklung war in der Studentenrevolte Ende der sechziger Jahre erstmals in größerem Ausmaß offenkundig geworden. In diesem Zusammenhang erscheint der Hinweis wichtig, daß eine Reihe prominenter GRÜNEN-Politiker dieser Protageneration entstammt. Gerade in ihren Anfangsjahren wurden die Verwirrungen und die Schwierigkeiten der politisch-ideologischen Einordnung der GRÜNEN wesentlich dadurch vergrößert, daß die älteren Umweltschutzinitiativen, aus denen sich die GRÜNEN als Partei mühsam und regional sehr

verschieden herauschälten, anfangs durchaus heterogen zusammengesetzt waren. Hinzu kam, daß es in eher konservativen Kreisen lange Zeit schwer zu begreifen war, daß wohlstandsgewohnte Bürgerkinder links oder gar linksradikal sein und es auf absehbare Zeit auch bleiben könnten; auch in diesen Tagen tut man sich damit noch schwer.

Bis heute besteht allerdings zwischen alten linken und neuen linken Positionen eine wesentliche Gemeinsamkeit, nämlich die hohe Wertschätzung, die Völkerfreundschaft und Frieden, meist eng verklammert mit neutralistischen und pazifistischen Vorstellungen, für beide Wählerschaften hatten und haben.

## II. Überschneidungen der Wählerpotentiale

Zunächst bedeutet die weitgehende Kongruenz der Wählerpotentiale von SPD und GRÜNEN, daß zwischen beiden Parteien verstärkt wechselseitige Austauschprozesse sowohl in den Parteipräferenzen als auch im manifesten Wahlverhalten stattfinden. Allerdings sind diese Austauschprozesse in den letzten Jahren, insbesondere in der Bundestagswahl 1983 und in den seitherigen Landtagswahlen in Hessen und Baden-Württemberg sowie bei der Europawahl weitgehend einseitig zu Lasten der SPD und zu Gunsten der GRÜNEN erfolgt, während es mit der Union hier keine nennenswerten Austauschprozesse gab. So speiste sich der Zuwachs der GRÜNEN bei der Bundestagswahl vom 6. März 1983 vor allem aus dem Lager ehemaliger SPD-Wähler und dem der Erst- und bisherigen Nichtwähler. Ähnliches gilt, wie alle Wahlanalysen bestätigen, für die Landtagswahlen 1983 und 1984, bei denen vornehmlich Ringtauschprozesse zwischen Union, SPD und GRÜNEN beobachtbar waren. In der Tat sind deshalb, wie der SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz in der Nacht der Europawahl am 17. Juni 1984 präzise feststellte, die Wähler der GRÜNEN zumeist „Fleisch aus dem Fleische der SPD“.

1984 setzte sich die Anhängerschaft der GRÜNEN zu etwa der Hälfte aus bisherigen GRÜNEN-Wählern, zu etwa 25% aus Erst- und bisherigen Nichtwählern und zu etwa 20% aus ehemaligen SPD-Wählern zusammen. Nur 5% der GRÜNEN-Anhängerschaft, das sind weniger als 0,5% der Gesamtwählerschaft, geben an, früher Union gewählt zu haben (vgl. Übersicht 1).

Übersicht 1:  
Die Zusammensetzung der GRÜNEN-Anhänger

	GRÜNEN-Anhänger	
	1980 %	1984 %
ehemalige CDU/CSU-Wähler	7	5
ehemalige SPD-Wähler	36	20
ehemalige F.D.P.-Wähler	4	0
ehemalige GRÜNEN-Wähler	4	52
ehemalige NPD- bzw. DKP-Wähler	5	0
Erstwähler	36	13
Nichtwähler	9	11
	100	100

Quelle: Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8012, 8401.

Die zunehmende Selbstrekrutierung der GRÜNEN-Wähler, d. h. die Ausbildung einer Stammwählerschaft, bewirkte, daß der Anteil ehemaliger SPD-Wähler von 36% im Jahre 1980 auf etwa 20% 1984 zurückging. Ebenfalls reduzierte sich der Anteil der Erstwähler, der 1980 noch bei 36% lag und 1984 nur noch etwa 13% der Anhängerschaft der GRÜNEN ausmachte. Schon die Ausbildung dieser Stammwählerschaft stützt die Vermutung, daß die GRÜNEN sich längerfristig im Parteiensystem zu etablieren begonnen haben.

Im Vergleich zu allen anderen Parteien haben die Wähler der GRÜNEN zur SPD die geringste Distanz; die SPD steht ihnen am nächsten. Kurz vor der Bundestagswahl 1983 galt sie für 94% der GRÜNEN-Wähler als der bevorzugte Koalitionspartner<sup>3)</sup>, in Hessen wünschten im Frühjahr 1983 ebenfalls etwa 90% der GRÜNEN-Wähler die Zusammenarbeit mit der SPD. Für SPD-Wähler galt dies umgekehrt weit weniger<sup>4)</sup>.

Unabhängig von der konkreten Frage nach der Zusammenarbeit ergibt eine Analyse der Rangfolge der Wertschätzung der Parteien, daß GRÜNEN-Wähler fast ausschließlich die SPD auf dem zweiten Rangplatz einordnen, die F.D.P. auf dem dritten und die Union fast durchweg auf dem letzten. Im Bundesgebiet wie auch in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz ist die Union, wie aktuelle Umfragen zeigen, die Partei, zu der die Wäh-

ler der GRÜNEN die größte Distanz haben, die sie am wenigsten schätzen. Gegenüber der F.D.P. ist die Distanz etwas geringer, für einen kleinen Teil der GRÜNEN-Wähler gilt sie sogar als die relativ nächste Partei, erscheint sie auf Rangplatz zwei noch vor der SPD. Eindeutig aber ist, daß die Anhänger der GRÜNEN die SPD als die sympathischste Partei nach ihrer eigenen empfinden.

Sowohl die ideologische Selbsteinschätzung der GRÜNEN-Wähler als auch ihre Beurteilung der anderen Parteien und nicht zuletzt die Wählerwanderungen in den letzten Wahlen erlauben demgemäß eine klare Zuordnung der GRÜNEN in das linke politische Parteienspektrum. Ihr Wählerpotential ist dabei weitgehend kongruent mit dem der SPD, es weist allerdings eine deutlich stärkere Ausprägung nach links und eine leicht schwächere über die Mitte hin auf als das der SPD.

### III. Zwischen aktuellem Protest und grundsätzlicher Opposition — das Doppelprofil der GRÜNEN

Wie sieht nun diese neue Linke politisch-ideologisch in ihren Wertorientierungen und wie sieht sie sozial-kulturell, in ihrer sozialen, alters- und bildungsmäßigen Schichtung aus?

Trotz der vielfältig schillernden, verwirrend bunten Erscheinungen der GRÜNEN, trotz der Unterschiede zwischen Fundamentalisten und Pragmatikern, Radikalökologen und Pazifisten, Marxisten und Linksliberalen, Oppositionellen aus Prinzip und situationsbedingtem Protest<sup>5)</sup> zeichnet sich seit zwei, drei Jahren doch ein immer deutlicheres Profil ab. Diese Profilierung erfolgte einerseits vor dem Hintergrund der Ausgrenzung mancherlei „konservativen“ Umweltschutzdenkens der ersten Stunde und andererseits im Zuge der Ausformung einer innen- und außenpolitisch komplexeren wie auch grundsätzlich systemkritischen Programmatik, die das Gesamt der politisch-ideologischen Alternative der GRÜNEN inzwischen weit über den Umweltschutzgedanken hinaus bestimmt<sup>6a)</sup>.

Das Wählerprofil der GRÜNEN ist dabei konsistenter geworden, die politisch-kulturellen, politisch-psychologischen und ideologischen Übereinstimmungen ihrer Wähler sind offenbar gewachsen. Hierauf weisen bereits das ausgeprägt links-orientierte Profil sowie die Entwicklung einer Stammwählerschaft hin, einer Stammwählerschaft, die, wie die Europawahlen 1984 gezeigt haben, hochmotiviert und in hohem Grade mobilisierbar ist.

Gleichwohl kann das Unterfangen, ein Wählerprofil der GRÜNEN zu zeichnen, nur unter einem großen Vorbehalt grundsätzlicher Art und darüber hinaus nur mit einer wichtigen politisch-aktuellen Einschränkung gewagt werden:

Jedes Profil kann, so der grundsätzliche Vorbehalt, zunächst nur ein statistisches Profil sein, das sich auf bemerkenswerte Häufigkeiten einander ähnlicher Einstellungen, Verhaltensweisen und Beurteilungen stützt, es kann aber natürlich nie den Einzelfall berücksichtigen. Und jeder kennt meist immer mindestens einen GRÜNEN, auf den die notwendigen Verallgemeinerungen gerade nicht zutreffen. Die aktuelle Einschränkung ist hingegen fast noch wichtiger, denn sie verweist auf das doppelte Profil der GRÜNEN.

Sichtbar sind die GRÜNEN heute vor allem als Sammelbecken vielfältigen Protestes in der Bundesrepublik. Für viele Wähler, daran besteht kein Zweifel, sind sie das Ventil, mit

<sup>3)</sup> So eine Repräsentativumfrage der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Februar 1983, ZA-Nr. 1276.

<sup>4)</sup> Quelle: Contest-Census, Frankfurt/M., Repräsentativumfrage in Hessen, April 1983.

<sup>5)</sup> Vgl. zum ganzen G. Langguth, *Der grüne Faktor*, Zürich 1984 (erscheint im Oktober).

<sup>6a)</sup> Siehe im einzelnen K. Gotto/H.-J. Veen (Hrsg.), *Die Grünen — Partei wider Willen*, Mainz 1984 (erscheint im Okt. 1984).

dem aktuelle Unzufriedenheit, Benachteiligung, Parteienverdrüß sich Luft machen und der Stammpartei ein Denkmittel verpaßt werden kann. Dies dürfte sicher für einen Teil der Arbeitslosen, vor allem für arbeitslose Jugendliche mit einfacher Schulbildung aus den unteren sozialen Schichten gelten, die gegenwärtig relativ stark den GRÜNEN zuneigen. Fast 40% der arbeitslosen Jugendlichen bis 21 Jahre — dies ergab eine Jugendstudie des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad Adenauer Stiftung vom Dezember 1983<sup>6)</sup> — würden heute grün wählen, ohne die politischen Ziele der GRÜNEN insgesamt zu teilen, geschweige denn überhaupt zu kennen, und ohne jener postmateriellen, ökologisch-pazifistischen Gegenkultur im oberen Mittelschichtenmilieu anzugehören, aus dem die grünen Stammwähler kommen.

Das vordergründige Profil der GRÜNEN ist jedoch keineswegs ihr politisch-ideologischer Schwerpunkt. Es wäre nämlich zu kurz gegriffen, in den GRÜNEN nicht mehr als eine herkömmliche Protestpartei im Sinne aktueller Unzufriedenheiten mit punktuellen politischen Maßnahmen und Entwicklungen zu sehen. Vielmehr lautet die These, daß die GRÜNEN von dem Gros ihrer Wähler vor allem als eine neue linke Systemalternative gesehen werden. In ihnen artikuliert sich ein Protest grundsätzlicher Art gegen das etablierte System in fast allen seinen Ausformungen von der Umweltschutzpolitik über Wirtschafts-, Rechts- und Verfassungspolitik, über die Sozialordnung bis hin zu außen- und nicht zuletzt sicherheitspolitischen Fragen, mithin gegen die Gesamtheit der tradierten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, zum Teil auch institutionellen Strukturen, gegen als lebensbedrohlich empfundene politische Entwicklungen und gegen die etablierten Parteien<sup>7)</sup>. Die GRÜNEN sind in diesem Sinne nicht nur eine loyale Oppositionspartei, die in erster Linie die Funktion hat, Unzufriedenheit und Enttäuschung über die gegenwärtige Regierungspolitik zu ventilieren und als Regierungsalternative in den herkömmlichen politischen Parametern zu fungieren, sondern sie sind — in der Begrifflichkeit Otto Kirchheimers<sup>8)</sup> — Oppositionspartei aus Prinzip.

Sie haben eine grundsätzlich andere Einschätzung der Gesamtentwicklung und nicht zuletzt eine ausgeprägt negativere Einschätzung der Legitimität und der Freiheitlichkeit der politischen Ordnung der zweiten Deutschen Republik, wie im folgenden belegt werden soll.

Etwa die Hälfte der Anhänger der GRÜNEN geben als wesentliche Motive für ihre Parteipräferenz die Unzufriedenheit mit den anderen Parteien und eine grundlegende Veränderung unserer Gesellschaft an, weitere 40% das entschiedene Eintreten der GRÜNEN für den Umweltschutz. Dabei sind jene, die dem System grundsätzlich kritisch gegenüberstehen und eine grundlegende Veränderung unserer Gesellschaft anstreben, noch ausgeprägter im äußersten linken Spektrum angesiedelt als jene, denen der Umweltschutz das zentrale Motiv ist.

Nun zählt der Umweltschutz für die Wähler aller Parteien in der Bundesrepublik zu den vorrangigen politischen Aufgaben. Während diese neben dem Umweltschutz allerdings auch anderen, vor allem ökonomischen Politikbereichen hohe Bedeutung einräumen, wird für die Wähler der GRÜNEN der Umweltschutzgedanke schlechthin bestimmend für ihre Gesamtbeurteilung von Politik sowie von sozialen und ökonomischen Entwicklungen. Insofern schwingt bei dieser Radikalisierung des Umweltschutzgedankens immer ein Stück alternativer Gesamtpolitik mit, das nur vor dem Hintergrund der politisch-ideologischen Grundeinstellung der Wähler angemessen beurteilt werden kann. Allerdings sind die vorrangig vom Umweltschutz bestimmten GRÜNEN-Wähler relativ seltener als die grundsätzlichen Systemveränderer mit dem gegenwärtigen System unzufrieden und verfügen im Unterschied zu den grundsätzlichen Systemveränderern häufiger nur über Haupt- oder Realschulbildung. Mit anderen Worten: Es gibt hier ein gewisses Potential von GRÜNEN-Wählern, das sein zukünftiges Eintreten für die GRÜNEN auch von der konkreten Entwicklung der Umweltschutzpolitik abhängig machen könnte, während dies allein für die Mehrheit der GRÜNEN-Wähler sicher nicht mehr ausschlaggebend für ihre Parteipräferenz ist.

furt/M. 1967, S. 58 ff.; ders., Wandlungen der politischen Opposition, in: ders., Politik und Verfassung, Frankfurt/M. 1964.

<sup>6)</sup> Vgl. einige erste Ergebnisse bei H.-J. Veen, Die postmaterielle Revolution fand nicht statt, in: Das Parlament vom 26. 5. 1984, S. 1 ff.

<sup>7)</sup> Zur Programmatik und zum parlamentarischen Verhalten s. G. Langguth (Anm. 5).

<sup>8)</sup> O. Kirchheimer, Deutschland oder der Verfall der Opposition (1957), in: ders., Politische Herrschaft, Fünf Beiträge zur Lehre vom Staat, Frank-

## IV. Anti-institutionelle Affekte

Die politische Institutionenordnung der Bundesrepublik wird von Wählern der GRÜNEN weitaus kritischer beurteilt als von der übrigen Bevölkerung. Ihr Mißtrauen gegenüber staatlichen Institutionen und natürlich auch gegenüber den etablierten Parteien und Politikern greift tief (Übersicht 2). Während die Mehrheit der Bevölkerung (53%) den Regierungen und Parlamenten vertrauensvoll gegenübersteht, trifft dies nur für 23% der GRÜNEN-Anhänger zu. Die Polizei wird von fast

zwei Dritteln der Bevölkerung positiv gesehen, zwei Drittel der GRÜNEN aber mißtrauen ihr. Auch den Gerichten gegenüber herrscht bei den Wählern der GRÜNEN Mißtrauen vor: Nur 30% von ihnen vertrauen der Gerechtigkeit der Gerichte, während dies fast 60% der Gesamtbevölkerung tun.

Daß die Bundeswehr vom tiefen Argwohn der GRÜNEN verfolgt wird, während ihr eine deutliche Mehrheit der Gesamtbevölkerung vertraut, rundet das Bild voller tiefer innerer Vorbehalte gegenüber der politischen Institutionenordnung ab. Jenes Mindestmaß an politischem Vertrauen, das das Zusammenleben der Menschen in einem politischen Gemeinwesen schlechthin konstituiert und jene Bürgereigenschaften, die Gemeinsinn, mithin die Bereitschaft bedingen, mehrheitliche, öffentliche Entscheidungen, Recht und Gesetz zu respektieren und Pflichten zu akzeptieren, scheinen vielen von ihnen wesensmäßig fremd. Die Wähler der GRÜNEN haben weiterhin keine innere Beziehung zu dem Gemeinwesen, in dem sie leben. Rechtsstaatlicher Gehorsam scheint bei vielen unterentwickelt, Widerstandsparolen gehen deshalb häufig leicht von den Lippen. Recht und Ordnung, Moral, Pflichtbewußtsein und nicht zuletzt Nationalbewußtsein scheinen ihnen in der Bundesrepublik, wie Übersicht 3 illustriert, im Unterschied zur Einschätzung der Gesamtbevölkerung viel zu stark verwirklicht zu sein, dagegen politische Mitbestimmung, die Gleichberechtigung der Frau, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, Toleranz, Solidarität, Freundschaft und nicht zuletzt persönliche Freiheit viel zu wenig.

Übersicht 2: Vertrauen in Institutionen

	Es haben Vertrauen in ...				
	Parteien	Regierungen und Parlamente	Gerichte	Polizei	Bundeswehr
	1984 %	1984 %	1984 %	1984 %	1984 %
Bevölkerung insgesamt	40	53	59	62	56
CDU/CSU-Anhänger	53	69	67	73	69
SPD-Anhänger	39	46	58	61	52
F.D.P.-Anhänger	35	59	62	61	57
GRÜNEN-Anhänger	18	23	30	32	20

Quelle: Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8401.



Übersicht 3: Wertstrukturen

	Grad der Wertverwirklichung ...							
	Bevölkerung insgesamt				Anhänger der GRÜNEN			
	zuviel	richtig	zuwenig	Differenz zuviel % zu- wenig	zuviel	richtig	zuwenig	Differenz zuviel % zu- wenig
%	%	%		%	%	%		
Recht und Ordnung	13	59	26	-13	42	36	21	+21
Freundschaft	5	50	40	-35	5	33	61	-56
Fleiß	21	53	23	-2	53	38	7	+46
Achtung vor der Ehe	6	39	51	-45	20	42	28	-8
Freizeit	36	48	13	+23	20	37	42	-22
Pflichtbewußtsein	16	50	31	-15	44	37	17	+27
Zärtlichkeit	4	44	39	-35	2	23	68	-66
Wohlstand	55	38	5	+50	71	22	4	+67
Persönliche Freiheit	14	68	15	-1	9	42	48	-39
Altersversorgung	5	66	27	-22	10	63	25	-15
Moral	8	40	48	-40	32	34	32	0
Politische								
Mitbestimmung	7	59	29	-22	6	33	59	-53
Persönliches								
Eigentum	26	62	9	+17	44	43	9	+35
Soziale Gerechtigkeit	5	47	45	-40	2	27	70	-68
Chancengleichheit	5	47	44	-39	3	26	70	-67
Selbstverwirklichung	12	54	23	-11	8	37	48	-40
Kinder	3	34	60	-57	3	29	65	-62
Solidarität	4	47	41	-37	3	26	69	-66
Gleichberechtigung der Frau	12	42	42	-30	8	20	68	-60
Bildung	13	64	20	-7	11	54	33	-22
Familie	4	52	43	-39	11	44	43	-32
Gleichheit vor dem Gesetz	2	53	40	-38	2	34	63	-61
Dienst für die Allgemeinheit	4	49	41	-37	7	40	48	-41
Toleranz	3	46	44	-41	2	23	73	-71
Verantwortung für andere	2	38	55	-53	4	25	69	-65
Nationalbewußtsein	14	47	32	-18	34	45	17	+17

Quelle: Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8401.

## V. Postmaterialismus zwischen Selbstverwirklichung und Zärtlichkeit

Gegenüber dem starken Bedürfnis nach Selbstverwirklichung werden die Verfassungsordnung und Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik von den Wählern der GRÜNEN häufig als einengend, wenn nicht repressiv, empfunden; ausgeprägt individualistische Einstellungen, aber auch anarcho-syndikalistische Tendenzen werden sichtbar. Den Wählern der GRÜNEN erscheinen die Frei-

heitsspielräume für den einzelnen stark eingeschränkt: „Frei“ fühlen sich in der Bundesrepublik Deutschland 1984 ganze 10 % der GRÜNEN-Anhänger (gegenüber 39 % der Gesamtbevölkerung), „ziemlich frei“ weitere 60 %. Dagegen erklärt jeder dritte Wähler der GRÜNEN (31 %), er fühle sich ausdrücklich „nicht frei“; im Bevölkerungsdurchschnitt empfinden dies ganze 7 % (vgl. Übersicht 4).

**Übersicht 4:**  
Einschätzung der Freiheit in der Bundesrepublik

	Es fühlen sich ...		
	ganz und gar frei	ziemlich frei	nicht frei
	1984 %	1984 %	1984 %
Bevölkerung insgesamt	39	53	7
CDU/CSU-Anhänger	52	45	3
SPD-Anhänger	34	58	7
F.D.P.-Anhänger	47	50	2
GRÜNEN-Anhänger	10	60	31

Quelle: Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8401.

Das vielleicht wesentlichste Merkmal, das die Wähler der GRÜNEN von der großen Bevölkerungsmehrheit unterscheidet, ist deren anti-institutionelle Grundhaltung — vielleicht ist es das beunruhigendste. Zugleich dürfte es der allgemeinste gemeinsame Nenner sein, auf dem stark individualistisch geprägte Wähler sich treffen. Dabei könnte die anti-institutionelle Grundeinstellung am Ende weniger eine Unwilligkeit, als vielmehr eine gewisse mentale Unfähigkeit ausdrücken, sich einbringen und einfügen zu können. Die vorherrschende Entfremdung von diesem Gemeinwesen könnte sich insofern als eine Form der Selbstentfremdung erweisen. Offenkundig ist der Widerstreit zwischen ungebundenem Freiheitsstreben und Sehnen nach Zugehörigkeit und Wärme. So tief einerseits die Distanz zum politischen Gemeinwesen und seinen Normierungen auch ist, so ausgeprägt ist auf der anderen Seite das Bedürfnis nach Solidarität, nach Zusammenhalt, nach Vertrauen, Freundschaft, ja, nach „Dienst für die Allgemeinheit“, der aber — hier gewinnt der Widerstreit ideologischen Charakter — offensichtlich nicht auf die tradierten, konservativen Institutionen und Normen bezogen wird, sondern eher im Gegensatz dazu, wie Übersicht 3 ausweist, in der Entfaltung alternativer Wertstrukturen besteht.

Wie die geschilderten Wertorientierungen bereits anzeigen, sind die Wähler der GRÜNEN in ihrer großen Mehrheit, zu fast zwei Dritteln, klar dem Typ des sogenannten „Post-

materialisten“ zuzuordnen; das übrige Drittel entspricht einem Mischtyp aus postmaterialistischen und materialistischen Orientierungen, der in der Gesamtbevölkerung mehrheitlich vorherrscht. Dagegen ist der Typ des sogenannten „Materialisten“, der leistungsorientiert ist, nach Wohlstand strebt, zugleich Bewährtes schätzt und Recht und Gesetz achtet, bei den GRÜNEN weithin nicht vertreten während, wie das Klassifizierungsschema ausweist (Übersicht 5), immerhin ein Viertel der bundesdeutschen Bevölkerung diesem Typ zuzurechnen ist.

**Übersicht 5:**  
Klassifizierte Wertorientierungen

	Postmaterialisten	Mischtypen	Materialisten
	1984 %	1984 %	1984 %
Bevölkerung insgesamt	22	53	25
CDU/CSU-Anhänger	10	57	33
SPD-Anhänger	28	53	20
F.D.P.-Anhänger	19	52	29
GRÜNEN-Anhänger	62	35	3

Quelle: Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8401.

Der Postmaterialismus der GRÜNEN bedeutet, daß sie die Offenheit der Gesellschaft für neue Ideen und geistigen Wandel, für mehr Mitmenschlichkeit, für mehr politische Partizipation, aber auch für Selbstverwirklichung, Toleranz, Freundschaft, Zärtlichkeit und nicht zuletzt für Freizeit mit Abstand wichtiger einschätzen als sogenannte „materialistische“ Orientierungen wie Leistungsbereitschaft, Pflichtbewußtsein, Fleiß, Eigentums- und Wohlstandsstreben, Achtung von Bewährtem und nicht zuletzt Respekt vor Recht und Gesetz, jene bürgerlichen und asketischen Tugenden also, ohne die der moderne Sozial- und Dienstleistungsstaat nicht auskommt.

Natürlich ist die Unterscheidung beider Typen, hier Postmaterialist, dort Materialist, ziemlich künstlich. Tatsächlich herrscht in der Realität der Bundesrepublik jener Mischtypus mehrheitlich vor, der Leistungsorientierung und Rechtsbewußtsein mit Aufgeschlos-

senheit gegenüber zwischenmenschlichen Problemen, mit neuen Ideen, mit Toleranz und mit Freizeittun durchaus verbinden kann. Um so bemerkenswerter ist auf der anderen Seite die Eindeutigkeit, mit der bei den

GRÜNEN der reine Typ des Postmaterialisten überwiegt, dem die Funktionsbedingungen der modernen Industriegesellschaft und des Sozial- und Rechtsstaats vergleichsweise unwichtig erscheinen.

## VI. Vorrang für Umweltschutz und Abrüstung

Der soeben skizzierten grundsätzlichen Einschätzung entspricht, daß konkrete wirtschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit, Preisstabilität oder Staatsverschuldung für die Wähler der GRÜNEN nicht so vorrangig sind wie für die Bevölkerung der Bundesrepublik insgesamt. In der politischen Prioritätenskala der Bundesdeutschen rangiert die Sicherung der Arbeitsplätze durchgängig an erster Stelle vor dem Umweltschutz und der Friedenssicherung, danach folgen Preisstabilität, innere Sicherheit, Abbau der Staatsverschuldung und die Fortführung der Entspannungspolitik. Für GRÜNEN-Anhänger ist die wichtigste politische Aufgabe der Umweltschutz, die zweitwichtigste die Friedenspolitik, erst auf dem dritten Rang folgt die Sicherung der Arbeitsplätze. Bereits an vierter Stelle rangiert dann bei GRÜNEN-Wählern die Entspannungspolitik mit der Sowjetunion noch vor Preisstabilität, Vermögensbildung und dem Abbau der Staatsverschuldung (Übersicht 6).

Dies belegt einmal mehr, daß neben dem Umweltschutz die Friedens- und Entspannungspolitik mit der Sowjetunion zu den absolut vorrangigen politischen Themen der GRÜNEN gehört. Hier wird die ideologische Nähe zur Friedensbewegung, die sich weithin auf dasselbe Sympathiepotential gründet, offenkundig. Der Slogan der Friedensbewegung „Frieden schaffen ohne Waffen“ ist für 82 % der GRÜNEN-Wähler „realistisch und durchführbar“; während dies nur für 32 % der Gesamtbevölkerung gilt<sup>9)</sup>. Über 50 % der GRÜNEN-Wähler sind im Herbst 1983 bereit gewesen, sich in der Friedensbewegung zu engagieren, 18 % hatten es bereits getan<sup>10)</sup>. Als politische Utopie hat die Friedens- und Entspannungspolitik der GRÜNEN die Neutralisierung der Bundesrepublik: 70 % der GRÜ-

<sup>9)</sup> Emnid, Bielefeld, Repräsentativumfrage im Bundesgebiet, August 1981.

<sup>10)</sup> Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Repräsentativumfrage im Bundesgebiet, Oktober 1983.

Übersicht 6: Politische Prioritäten

	Bevölkerung insgesamt	CDU/CSU-Anhänger	SPD-Anhänger	F.D.P.-Anhänger	GRÜNEN-Anhänger
	1984 %	1984 %	1984 %	1984 %	1984 %
Die Arbeitsplätze sichern	86	87	90	83	77
Die Verschmutzung von Luft und Wasser eindämmen	71	67	75	73	90
Den Bemühungen um Frieden mehr Gewicht geben	65	61	69	64	84
Die Preise stabil halten	60	62	62	56	40
Die Bürger wirksamer vor Verbrechen schützen	50	56	49	49	24
Die Verschuldung des Staates verringern	49	60	42	51	27
Die Entspannungspolitik mit der Sowjetunion weiterführen	48	41	56	48	63
Die Zahl der Gastarbeiter einschränken	32	37	31	23	13
Die Investitionskraft der Wirtschaft fördern	32	41	24	48	14

Quelle: Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8401.

NEN-Wähler glauben, dadurch den Frieden in Europa sichern zu können, gegenüber nur 25 % der Gesamtbevölkerung<sup>11</sup>). Mehrheitlich (zu 52 %) wird von den GRÜNEN ein neutrales, aber gerüstetes Europa ausdrücklich als die beste Friedensgarantie bezeichnet; während nur 26 % der GRÜNEN-Anhänger glauben, daß ein starkes Verteidigungsbündnis des

Westens den Frieden am ehesten sichern könne<sup>12</sup>). So ausgeprägt das individuelle Freiheitsbedürfnis der GRÜNEN-Wähler im innerstaatlichen Bereich auch ist und so empfindlich sie hier auf Gefährdungen reagieren, so sehr scheinen sie demgemäß das Problem der Freiheitssicherung international auszublenzen.

## VII. Partizipation ohne Partei

Für ihre politischen Ziele setzen sich die Wähler der GRÜNEN aktiver ein als andere. Ihr politisches Interesse ist relativ höher, ihre Engagementbereitschaft größer, als dies im Durchschnitt der Bevölkerung der Fall ist. Der politische Beteiligungswille ist ausgeprägt, er konzentriert sich allerdings nicht auf die Mitwirkung in der Partei selbst. Formale Parteimitgliedschaft scheint eher verpönt, denn im Vergleich zu allen anderen Parteien weisen die GRÜNEN die mit Abstand geringste Mitgliederdichte auf. Bei 2 167 431 Wählern (Zweitstimmen) verfügten die GRÜNEN 1983 nur über etwa 25 000 Mitglieder. Dies bedeutet einen Organisationsgrad von nur 1,2 % gegenüber 6,4 % der SPD, 4,9 % der CDU, 4,4 % der CSU und 2,0 % der FDP<sup>13</sup>).

Auch hierin dürften prinzipielle Vorbehalte gegenüber institutionellen Einbindungen und „Formalisierungen“ zum Tragen kommen, die charakteristisch sind für die ganz überwiegend jüngeren Anhänger der GRÜNEN. Engagiert und ungeduldig wollen sie ihre Politik schneller, an den institutionalisierten und mühsamen Willensbildungsprozessen vorbei realisieren. Politische Partizipation findet bei den GRÜNEN deshalb vor allem in nicht-institutionalisierten Formen, wie der Beteiligung an Bürgerinitiativen, Demonstrationen, spontanen Aktivitäten aller Art statt, die zumeist unverbindlich und nicht zuletzt verantwortungsfrei sind.

## VIII. Das sozial-kulturelle Profil der GRÜNEN-Anhänger

Für die skizzierten politisch-ideologischen Einstellungen und Verhaltensweisen der GRÜNEN-Wähler bietet die Analyse ihrer Sozial- und Altersstruktur sowie ihrer bildungsmäßigen Herkunft einige Erklärungen. Die GRÜNEN sind vor allem die Partei mit der weitaus jüngsten Wählerschaft. Bei der Bundestagswahl 1983 war etwa ein Drittel ihrer Wähler zwischen 18 und 24, ein weiteres Drittel zwischen 25 und 34 Jahre alt. Das bedeutet, daß fast 70 % der Wähler der GRÜNEN jünger als 35 Jahre waren.

Bezogen auf die gesamte Altersgruppe der Jungwähler (18—24 Jahre) wählten knapp 14 % die GRÜNEN (etwa 41 % die CDU/CSU und 39 % die SPD); bezogen auf die Gruppe der 25—34jährigen waren es knapp 11 %, die grün wählten. In den letzten Landtagswahlen

in Hessen 1983 und in Baden-Württemberg 1984 lag der Jungwähleranteil für die GRÜNEN zwischen 12 und 19 %, jener der 25 bis 34jährigen zwischen 9 und 16 %. Die Attraktivität der GRÜNEN hat also zugenommen. Die 45jährigen und älteren, die mehr als die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung ausmachen, sind dagegen in der Wählerschaft der GRÜNEN außerordentlich schwach vertreten, sie stellen kaum mehr als 10 % ihres Elektors (Übersicht 7).

<sup>11</sup>) Institut für Demoskopie Allensbach, Repräsentativumfrage im Bundesgebiet, Oktober 1983.

<sup>12</sup>) Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Repräsentativumfrage im Bundesgebiet, Oktober 1981.

<sup>13</sup>) Nach H. Fogt, Basisdemokratie oder Herrschaft der Aktivisten?, in: Politische Vierteljahresschrift, (1984) 1, S. 97 ff.

Übersicht 7: Altersgliederung der verschiedenen Wählerschaften

	Bevölkerung	CDU			CSU			SPD			F.D.P.			GRÜNE		
	(1983) %	80 %	83 %	84 <sup>1)</sup> %	80 %	83 %	84 %	80 %	83 %	84 %	80 %	83 %	84 %	80 %	83 %	84 %
18—24 Jahre	13	9	11	9	12	12	—	14	13	10	14	10	7	43	33	38
25—34 Jahre	17	13	15	16	16	16	—	18	17	21	20	16	15	27	34	36
35—44 Jahre	17	20	19	17	20	18	—	18	16	20	24	23	20	12	15	13
45—59 Jahre	25	28	28	26	26	26	—	25	27	23	24	29	29	11	12	11
60 Jahre u. ä.	28	30	29	32	27	27	—	25	27	26	18	23	29	7	6	2

<sup>1)</sup> 1984 = CDU + CSU

Quelle: 1980, 1983: Repräsentative Wahlstatistik; 1984: Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8401.

Bemerkenswert ist, daß Männer in der Wählerschaft der GRÜNEN deutlich stärker vertreten sind als Frauen, wie die Repräsentativstatistik für die Landtagswahlen 1983 und 1984 in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg ebenso wie für die Bundestagswahl 1983 zeigt.

Daß die Wähler der GRÜNEN weitaus seltener verheiratet sind als der Bevölkerungsdurchschnitt, dürfte auf deren überwiegende Jugendlichkeit zurückzuführen sein. Der Anteil der Verheirateten ist allerdings in den letzten Jahren deutlich gestiegen (1980 lag er bei 24 %, 1984 bei 39 %), was zugleich auf die Ausbildung einer Stammwählerschaft der Partei hinweist. Nicht nur der Altersstruktur, sondern vermutlich auch gewissen antiinstitutionellen Affekten dürfte das relativ häufige eheähnliche Zusammenleben „ohne Trauschein“ mit Partnern bzw. Partnerinnen bei GRÜNEN-Wählern entsprechen.

Den christlichen Kirchen stehen die Wähler der GRÜNEN sehr fern. Zunächst ist der Anteil der Konfessionslosen bei ihnen vergleichsweise am höchsten. Beträgt er in der

Gesamtbevölkerung 6 %, sind es bei den GRÜNEN 16 %. Ähnlich hoch ist er nur noch bei F.D.P.-Wählern mit 13 %. Im übrigen sind GRÜNEN-Wähler ganz überwiegend evangelisch; Katholiken sind stark unterrepräsentiert. Praktizierende Christen gibt es in der GRÜNEN-Anhängerschaft noch weniger als in der Gesamtbevölkerung. 96 % der GRÜNEN geben an, „selten“ oder „nie“ zur Kirche zu gehen, im Bevölkerungsdurchschnitt sagen dies 82 %. Bekunden 18 % der Bevölkerung, „häufig“ zur Kirche zu gehen, sagen dies ganze 4 % der GRÜNEN.

Außerordentlich hoch ist das Bildungsniveau der GRÜNEN-Wähler; fast jeder zweite hat Abitur oder ein Studium absolviert. In keiner anderen Wählerschaft ist dieser Anteil ähnlich hoch. Am ehesten ist er noch mit F.D.P.-Wählern vergleichbar, von denen mehr als ein Drittel über Abitur oder Studium verfügen (vgl. Übersicht 8). Auch die geringen Anteile von Hauptschülern mit oder ohne Lehre in der GRÜNEN-Wählerschaft sind am ehesten mit jenen der Wählerstruktur der F.D.P. vergleichbar. Der Anteil von Hauptschulab-

Übersicht 8: Wählergruppen nach Schulbildung

	Volksschule ohne Lehre		Volksschule mit Lehre		Mittlere Reife		Abitur, Studium	
	1980 %	1984 %	1980 %	1984 %	1980 %	1984 %	1980 %	1984 %
Bevölkerung insgesamt	22	20	41	43	22	21	16	16
CDU/CSU-Anhänger	25	22	40	42	24	23	12	13
SPD-Anhänger	22	21	45	49	19	19	14	11
F.D.P.-Anhänger	9	8	30	33	29	23	32	36
GRÜNEN-Anhänger	8	9	18	23	23	26	51	43

Quelle: Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8012, 8401.

solventen mit Lehre sowie von Realschulab-solventen ist in den letzten Jahren leicht ge-stiegen, während der Anteil der Abiturienten und Hochschul­ler auf hohem Niveau zurück-ging.

Weniger als die Hälfte der GRÜNEN-Wähler sind berufstätig (44 %). Der Anteil der noch nicht Berufstätigen, vor allem Studenten und Oberschüler, macht etwa 36 % in der Wähler-schaft der GRÜNEN aus und ist damit im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt (9 %) extrem hoch. Umgekehrt sind Rentner, Pensionäre und Hausfrauen in der Anhänger-schaft der GRÜNEN extrem unterrepräsentiert, sie machen nur 16 % ihrer Anhänger-schaft aus, während deren Bevölkerungsanteil über 40 % beträgt (vgl. Übersicht 9).

Arbeitslose sind unter den Anhängern der GRÜNEN zur Zeit überrepräsentiert. Hierunter dürften ganz überwiegend jugendliche Ar-beitslose sein, die damit Protest artikulieren. Von den berufstätigen Wählern der GRÜ-NEN ist der relativ größte Teil der höheren Angestelltenschaft (gerade auch des öffentli-chen Dienstes) und der höheren Beamten-schaft zuzuordnen. Stark unterrepräsentie sind die Selbständigen. Deutlich gewachse ist schließlich der Anteil von Arbeitern in der GRÜNEN-Wählerschaft.

Die Wähler der GRÜNEN wohnen über-durchschnittlich häufig in der Großstadt (42 %) sowie in Mittelstädten (14 %), während sie in Kleinstädten und Dörfern unterreprä-sentiert sind.

Übersicht 9: Wählergruppen nach Beruf

	Arbeiter		Angestellte		Beamte		Selbständige	
	1980 %	1984 %	1980 %	1984 %	1980 %	1984 %	1980 %	1984 %
Bevölkerung insgesamt	14	15	21	21	6	5	6	7
CDU/CSU-Anhänger	12	13	20	20	6	6	10	10
SPD-Anhänger	19	19	20	21	6	5	2	2
F.D.P.-Anhänger	6	4	29	28	8	8	6	14
GRÜNEN-Anhänger	8	16	20	20	10	6	3	2
	in Ausbildung <sup>1)</sup>		arbeitslos		Hausfrauen, Rentner			
	1980 %	1984 %	1980 %	1984 %	1980 %	1984 %		
Bevölkerung insgesamt	11	9	1	3	41	41		
CDU/CSU-Anhänger	8	6	1	1	44	45		
SPD-Anhänger	12	7	1	4	40	43		
F.D.P.-Anhänger	16	8	1	0	34	38		
GRÜNEN-Anhänger	49	36	2	5	9	16		

Quelle: Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8012, 8401.

<sup>1)</sup> Oberschüler, Studenten, Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende.

## IX. Die neue linke Systemalternative in der Konsolidierung

Der Aufstieg der GRÜNEN ist ein Phänomen der oberen Mittelschichten. Zu über 70 % setzt sich ihre Wählerschaft aus Angehörigen der Mittel- und Oberschichten, mit anderen Worten den Besserverdienenden oder ihren studierenden oder das Gymnasium besuchen-

den Kindern, zusammen. Dies entspricht dem überdurchschnittlich hohen Bildungsniveau ihrer Wähler und erklärt zum Teil auch, warum wirtschaftliche Probleme dort nicht die Bedeutung haben, die ihnen die Mehrheit der Bevölkerung beimißt und warum postma-

terielle Mentalitäten vergleichsweise risikolos vertreten werden können.

Bemerkenswert ist allerdings, daß der Arbeiteranteil unter GRÜNEN-Wählern in den letzten Jahren deutlich gewachsen ist, wenngleich die Nettozahlen der Größe der Partei gemäß nur gering sind. Die Vermutung liegt nahe, daß hier diejenigen, die gegenwärtig die GRÜNEN bevorzugen, vornehmlich aus sozialdemokratischem Milieu stammen und die Arbeiterinteressen in der SPD nicht radikal genug vertreten sehen. Vieles spricht jedenfalls dafür, daß gerade diese Gruppe eher aktuelles denn prinzipielles Protestverhalten artikuliert.

Was ist zu bilanzieren? Die GRÜNEN haben sich im linken Parteienspektrum fortschreitend etabliert. Sie haben ein politisch-ideologisches Profil von einiger Kohärenz ausgebildet, das sich deutlich von dem der großen Bevölkerungsmehrheit unterscheidet. Ihr gebrochenes Verhältnis zur institutionellen Staatlichkeit, der ausgeprägte Vorrang postmaterieller Orientierungen, ihre spezifische Radikalisierung des Umweltschutzgedankens, die weithin grundsätzlich geprägte Kritik des etablierten politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik und schließlich ein Friedenspessimismus, der sich Sicherheit am ehesten im Pazifismus und einer aus dem westlichen Bündnis herausgelösten, neutralen Bundesrepublik erhofft, verweisen auf eine wesentliche andere Wertehierarchie der deutlichen Mehrheit ihrer Anhänger als die weithin vorherrschende. Im Umfeld der GRÜNEN hat sich anscheinend eine politisch-soziale Sub- oder besser Eigenkultur jenseits der modernen Wirtschaftsgesellschaft entwickelt und fortschreitend stabilisiert, in der sich die verschiedenartigen Facetten ihrer Weltsicht zu einem neuen, alternativen Lebensgefühl aggregieren, das sich von den Problemeinschätzungen und Alltagsnormen der politisch-sozialen Kultur der bundesrepublikanischen Bevölkerung deutlich unterscheidet. Zur Stabilisierung dieser Eigenkultur gehört auch, daß in ihr ein hohes Maß an Engagement, an persönlich befriedigendem Tun, an Freizeitgenuss und nicht zuletzt an Lebensfreude entfaltet wird<sup>14</sup>). Lebensbejahung im Kleinen kontrastiert mit Zukunftspessimismus im Weltmaßstab.

<sup>14</sup>) Vgl. E. Noelle-Neumann, Linksgewirkt, Erhebung des Instituts für Demoskopie, Allensbach, 1982, im Auftrag von Capital, in: Capital, (1982) 9, S. 109 ff.

Die GRÜNEN sind somit heute für ihre Wähler vor allem die neue linke Systemalternative, politisch, sozial-kulturell und institutionell.

Daneben sind sie immer auch eine „Catch all“-Partei situationsbedingten Protestes jedweder Art, und dies inzwischen ausgeprägter als die SPD. Vieles spricht dafür, daß die GRÜNEN sich in dieser Funktion der Protestpartei als Systemalternative, ergänzt durch fluktuierendes aktuelles Protestpotential wechselnder Herkunft, längerfristig im Parteienspektrum etablieren können. Die Obergrenze ihres Wachstums scheint noch nicht erreicht zu sein. Wo sie liegt, dürfte auf kürzere und mittlere Sicht vor allem von der weiteren Entwicklung der SPD abhängen.

Die GRÜNEN haben begonnen, eine Stammwählerschaft zu bilden. Kaum fünf Jahre nach ihrem bundesweiten Auftreten rekrutieren sie sich bereits zu über 50 % aus bisherigen Wählern. Diese Konsolidierung weist zugleich darauf hin, daß auch bei ihnen ein gewisser Alterungsprozeß beginnt, in dessen Gefolge der Anteil der über 25jährigen in Zukunft weiter ansteigen dürfte. Auf der anderen Seite ist somit keineswegs ausgemacht, daß der Erstwähleranteil bei den GRÜNEN auf Dauer vergleichsweise hoch bleiben muß, so nachvollziehbar ihre Attraktivität für sehr junge Wähler vor dem Hintergrund ihrer politischen Sozialisation in der schulischen Bildung, ihrer Erziehung und des politischen Anschauungsunterrichts, den ihnen die Medien vermitteln, auch sein mag.

Hier lassen sich lange Linien einer politischen Erziehung ziehen, die politische Institutionen und Rechtsstaatsdenken systematisch zu Gunsten emanzipatorischer und partizipatorischer Demokratielehren vernachlässigte. Viel hängt deshalb von den zukünftigen Bedingungen der politischen Sozialisation, sprich von dem Mut zur Wiederbelebung staatsbürgerlicher Tugenden und zur Erziehung zu sozialpflichtigem, auf das Gemeinwesen und sein freiheitlich-rechtsstaatliches Ethos orientiertes Handeln ab. Der Schutz unserer Zivilisation beginnt mit der Rechtsordnung und der Wahrung ihrer Regeln. Dieses humane Grundwissen dürfen m. E. die Älteren den Jüngeren nicht vorenthalten. Gleichzeitig ist für alle Parteien hohe Sensibilität und Konsequenz zum Schutze der natürlichen Lebensgrundlagen geboten. Denn gerade Erstwähler sind zunächst stärker vom radikalen Umweltschutzdenken der GRÜNEN faszi-

niert, weniger von ihrer komplexen Ideologie.

Ein Trugschluß wäre es allerdings, den GRÜNEN wegen der Widersprüchlichkeit, der Undiszipliniertheit und Unorganisiertheit ihres Auftretens in der Öffentlichkeit Überlebenschancen abzusprechen, denn die ständigen Flügelkämpfe und selbst die tiefgehendsten Personalquerelen der letzten Jahre — sei es der enttäuschte Rückzug des sympathischen und prominenten GRÜNEN-Politikers Wolf-Dieter Hasenclever oder das verbitterte Ausscheren des Generals a. D. Bastian — haben sich im Wahlverhalten ihrer Anhänger nicht negativ ausgewirkt.

Deren Maßstäbe für die Politik und die Organisationskraft ihrer Partei sind offensichtlich wesentlich andere als die der traditionellen Wähler: Organisatorisch-institutionelle Stabilität und vor allem politische Führungspersönlichkeiten spielen für sie keine wesentliche Rolle. Im Gegenteil: Politiker sind grundsätzlich suspekt, auch ihre eigenen. Der inzwischen angelaufene Rotationsmechanismus macht dies sinnfällig. Das Votum der GRÜNEN gilt radikal politischen Zielen: Ideen zählen, nicht Personen.

Insgesamt scheint bei GRÜNEN-Wählern ein besonders hohes Maß an Verständnis für die häufig diffuse, chaotische Erscheinung der Partei innerhalb und außerhalb der Parlamente zu bestehen, das auf ähnliche Prädispositionen in ihrer Anhängerschaft verweist: Nirgendwo ist das Ausmaß der Übereinstimmung in der Alters-, der Bildungs- und der Sozialstruktur zwischen den Abgeordneten und ihren Wählern größer als bei den GRÜNEN<sup>15)</sup>.

Dafür, daß die GRÜNEN sich längerfristig etablieren dürften, spricht auch, daß im Frühjahr 1984 eine knappe Mehrheit der Bevölke-

rung ihre Repräsentanz in den Parlamenten der Bundesrepublik sogar begrüßte. Dabei wurde sicher nicht ihre grundsätzliche Systemkritik gewürdigt. Die politische Gesamtprogrammatische der GRÜNEN wird, soweit sie überhaupt gesehen wird, mehrheitlich eindeutig nicht geteilt.

Vielmehr profitieren die GRÜNEN von ihrem historischen Verdienst, als erste das Bewußtsein für die fortschreitende Umweltzerstörung geweckt und dagegen mobil gemacht zu haben; und dies demonstrieren sie tagtäglich mit ihrem Namen. Demgemäß gelten sie in den Augen der Bevölkerung bis heute noch knapp vor der Union als die Partei, die am meisten für den Umweltschutz tut. Dies ist um so gewichtiger, als der Umweltschutz — es muß wiederholt werden — für die Wähler aller Parteien hohe Priorität hat.

Nicht zuletzt wird an den GRÜNEN, auch wenn man sie nicht selber wählt, am Ende geschätzt, daß sie eine besonders kritische, auch radikale, vor allem aber belebende Opposition treiben. Dies gilt besonders für SPD-Anhänger, die die GRÜNEN in den Parlamenten auch weitaus positiver einschätzen als die Unions- und F.D.P.-Wähler (vgl. Übersicht 10).

Übersicht 10: Beurteilung der Repräsentanz der Grünen in den Parlamenten (Frühjahr 1984)

	positiv %	negativ %
Bevölkerung insgesamt	52	46
CDU/CSU-Anhänger	35	63
SPD-Anhänger	62	36
F.D.P.-Anhänger	45	51
GRÜNEN-Anhänger	93	6

Quelle: Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8401.

<sup>15)</sup> Dies hat H. Fogt kürzlich herausgearbeitet: Die Grünen in den Parlamenten der Bundesrepublik. Ein Soziogramm, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1983) 4, S. 500ff.

## X. Politische Emanzipation von der Nachkriegszeit

Mit der Etablierung der GRÜNEN hat das Parteiensystem der Bundesrepublik sich langfristig verändert und wohl endgültig seine langjährige beispiellose Moderatheit verloren.

Damit hat sich die zweite deutsche Republik schließlich der Normalität seiner westeuropäischen Nachbarstaaten angeglichen. Tatsächlich hatte bei uns ja lange eine linke Opposition aus Prinzip im Sinne einer umfassenden



den Systemalternative gefehlt, die traditionell zumeist in Form von kommunistischen oder radikalsozialistischen Parteien in allen vergleichbaren westlichen Demokratien existiert. Dafür gab es historische Gründe, vor allem die Lehren aus dem Niedergang der Weimarer Republik. Daß diese Lehren inzwischen zunehmend verblassen, daß Ideologien, radikale Gesinnung und die spezifische „deutsche Unruhe“ (Wilhelm Hennis), geringe Achtung politischer Institutionen und der Rechtsordnung und nicht zuletzt Neutralismus und Pazifismus einen gewissen Aufschwung erfahren haben, deutet auch eine politische Emanzipation von den mäßigenden Tabus der deutschen Nachkriegszeit an. Sie wird in den GRÜNEN augenfällig. Die Bundesrepublik wird nunmehr, wie andere westliche Industriestaaten auch, lernen müssen, auf Dauer mit einer gewissen natürlichen Quote von Andersdenkenden aus Prinzip, von ideologischen Gegnern, von radikalen Vereinfachern, von Protestwählern und vielfältigen Rand-

gruppen zu leben. Die GRÜNEN erscheinen heute gewissermaßen als die institutionalisierte Dialektik der Wohlstandsgesellschaft. Zur Dialektik ihrer Etablierung gehört am Ende, daß damit die Legitimität und die innere Stabilität der Bundesrepublik eher gewachsen ist, weil die politischen Strukturen sich als weit weniger zementiert und die Lernfähigkeit sich als weit größer erwiesen haben, als von den GRÜNEN immer unterstellt wird.

Dies gilt vor allem und wird zukünftig noch intensiver gelten müssen für das weite Feld des Umweltschutzes. Denn die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen bewegt auf längere Sicht auch all jene Bürger, die die ökologisch-neutralistische Linksalternative der GRÜNEN nicht wollen. Diese dürfen sich nicht in eine Situation getrieben fühlen, in der angesichts einer als existentiell empfundenen Umweltgefährdung die GRÜNEN vielen am Ende gleichwohl noch als das „kleinere Übel“ erscheinen könnten.

# Zukunftsängste und pluralistische Demokratie

## I. Gefühlsgeleitete Angst und lebenserhaltende Furcht

Die zahlreichen prognostizierten Gefährdungen unserer Zivilisation haben Angst vor der Zukunft erzeugt. Diese Angst kann lähmend wirken und Extremismus hervorbringen, sie kann aber auch zum konstruktiven Denken und Handeln anregen. Es ist ein Politikum geworden, die den Gefahren und ihrer Bewältigung angemessene Form der Angst zu finden. Existentielle Ängste gehören zur Grundbefindlichkeit des Menschen. Bei den politischen Ängsten geht es aber nicht um Tod oder Zerstörung an sich, sondern um Tod und Zerstörung, die von Menschen verursacht werden.

Zunächst gilt es, zwischen Angst und Furcht zu unterscheiden, wobei die Angst als unbestimmtes Gefühl, die Furcht als gegenstandsgebunden gilt. Das unbestimmte Gefühl der Angst kann sich auf die allgemeine existentielle Situation des Menschen, aber auch zunehmend auf die unüberschaubare komplexe Welt des Politischen beziehen. Die besondere Brisanz der heutigen Angststimmung liegt wohl in einer Vermischung und Addierung dieser Ängste, zu der sich noch die konkrete Furcht vor einzelnen Bedrohungen der wissenschaftlich-technischen Welt gesellt.

Im heutigen politischen Sprachgebrauch werden die Begriffe Angst und Furcht meist synonym gebraucht, weil die Tatbestände, auf die sie sich beziehen, oft ineinander übergehen und eine strikte Unterscheidung deshalb nicht mehr möglich ist. Die gefühlsgeleitete allgemeine Angst kann durchaus konkrete Ursachen haben und rational sein. Sie ist als Vorstufe der notwendigen konkreten Furcht vor den Zukunftsgefahren bedeutsam.

In der Antike wurde zwar die Furcht thematisiert, nicht aber die Angst. Das Ganze der Welt, der Kosmos, galt als vom Guten getragen, so daß ein grundlegendes Weltvertrauen eine unbestimmte Weltangst nicht aufkommen ließ. Weltangst trat erst mit dem Frühchristentum auf. Den Frühchristen galt die Welt als vom Göttlichen abgefallen, so daß das Dämonische und Dunkle herrsche. Diese Angst konnte aber durch den Glauben überwunden werden. Da es noch keine stabilen Gewaltmonopole gab, war die Unsicherheit

des einzelnen vor dem anderen weitaus größer als heute. Die Abhängigkeit von der Natur wurde fatalistisch ertragen.

In späteren Zeiten der Entwurzelung, etwa bei der Entwicklung einer Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft oder der Kolonisierung urwüchsiger Bevölkerungsgruppen griffen Angst und Unsicherheiten dagegen allgemein um sich<sup>1)</sup>. Es konnte Generationen dauern, bis Anpassung und neue Identitätsfindung gelangen.

Mit der Säkularisierung und Aufklärung trat das christliche Angstbewußtsein in den Hintergrund<sup>2)</sup>. Der Glaube an Vernunft und Fortschritt der Menschheit prägte zunehmend das Denken der Menschen. Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde allerdings das unbedingte Vertrauen in Vernunft, Wissenschaft und Fortschritt vereinzelt in Frage gestellt. Die Problematisierung des Fortschritts ging oft mit tiefgründigem Pessimismus einher und erzeugte mitunter apokalyptische Ängste, die durch den religiösen Glauben immer weniger aufgefangen werden konnten.

Alle modernen Denker, für die die Angst ein Grundproblem darstellt, gehen zunächst von gegenstandsloser Weltangst aus. Mehr und mehr jedoch wird die Angst als Furcht konkretisiert, verweben sich existentielle Ängste etwa mit der Furcht vor der Atombombe. Für Kierkegaard, Heidegger, Sartre und Jaspers ist Angst ein Hauptthema. Kierkegaard deutet die Weltangst als Angst vor der Freiheit der selbstverantwortlichen Lebensgestaltung, Heidegger stellt die Angst als Angst des „In-der-Welt-Seins“ überhaupt heraus und konkretisiert sie als Angst vor dem Tode. Für Sartre ist die Angst Auslöser des verantwortlichen Handelns und kann nur durch Handeln überwunden werden. Sie gilt als Durchgangstation zu einer zu erringenden Geborgenheit im Sein. Jaspers hält die Angst für einen

<sup>1)</sup> A. Gehlen, Anthropologische Ansicht der Technik, in: H. Freyer u. a. (Hrsg.), Technik im technischen Zeitalter, Düsseldorf 1965, S. 111.

<sup>2)</sup> Ich folge hier W. Schulz, Das Problem der Angst in der neueren Philosophie, in: H. von Ditfurth (Hrsg.), Aspekte der Angst, Stuttgart 1965, S. 4ff.

Grundzug des erwachten Menschen; das Dasein schein überhaupt nichts als Angst zu sein<sup>3)</sup>. Vor allem Rationalisierung und Universalisierung der Daseinsordnung macht er verantwortlich für ein Bewußtsein der Angst vor dem Ende, worum zu leben es sich lohnt. Uns müsse aber die Angst bleiben, die sich in „aktive Sorge“ umsetzt<sup>4)</sup>.

Bis in die siebziger Jahre hinein blieb es weitgehend Einzelgängern vorbehalten, politische Ängste zu thematisieren. Erst mit der Flut düsterer Zukunftsprognosen, die 1972 mit dem ersten Club-of-Rome-Bericht einsetzte, griffen die Ängste immer weiter um sich, vor allem bei der politischen Linken. Aufgrund der Zukunftsgerichtetheit linken, progressiven Denkens mußte der Umbruch vom Fortschrittsglauben zu Katastrophenerwartungen besonders weitgehende Konsequenzen haben: Das bisherige Denken der radikalen Linken, welches nach dem Ende der zu besonderen Schrecken gesteigerten Form der alten Gesellschaft die Heraufkunft der vollkommenen Gesellschaft erwartete, mußte angesichts der nun möglich gewordenen neuen Schrecken absurd wirken.

Wahrscheinlich war der Pessimismus vieler Linker besonders groß, weil ihre vormaligen Hoffnungen besonders überzogen waren. Von der erhofften perfekten Gesellschaft wandte man sich jetzt der perfekt düsteren Vision zu<sup>5)</sup>, malte negative Utopien aus und vergaß dabei oft wieder die unauflösbaren Widersprüchlichkeiten und Widerstände, die einem einseitigen Trendverlauf entgegenstehen.

Gesamtgesellschaftlich breitete sich zunehmend das Gefühl aus, an Grenzen zu stoßen. Die Erfahrung der Grenze scheint im übrigen zu einem Grunderlebnis unserer Zeit zu werden; sie ist gleichbedeutend mit der Erfahrung vom Ende zwangsläufigen Fortschritts. Wenn man an eine Grenze stößt, kann es kein Weiterschreiten auf diesem Gebiet mehr geben. Schreitet man dennoch voran, so erweckt dieses Handeln massive Ängste vor seinen Folgen. Insofern ist es nur folgerichtig, daß ausgerechnet im Augenblick ihrer größten Ausdehnung die Industriegesellschaften das Vertrauen in ihre Zukunft verlieren.

<sup>3)</sup> K. Jaspers, Die geistige Situation der Zeit, Berlin 1931, S. 58.

<sup>4)</sup> Ders., Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, München 1963, S. 40.

<sup>5)</sup> Vgl. E. Köhler, Einige zaghafte Einwände gegen linken Pessimismus, in: DIE ZEIT, (1979) 36.

Die weitverbreitete Annahme vom Ende der Möglichkeit weiteren Fortschreitens muß in einer Gesellschaft, deren Grundprinzip immerwährendes Fortschreiten war, zu einer völligen Umorientierung führen, hinter der angstvoll Instabilität, Chaos und Zusammenbruch gesehen wird. Die Ängste der Gegner des quantitativen Fortschreitens richten sich einerseits gegen die Ergebnisse des Fortschritts, entstehen aber andererseits aus der verlorenen Gewißheit eines wertorientierten Fortschritts zum Besseren hin. Hier fällt eine Hoffnung, ja sogar oft der Glaube an ein sinngebendes Prinzip der Geschichte fort, die dem einzelnen nun die Komplexität und zunehmende Bedrohlichkeit der Welt ohne strukturierendes Prinzip aufbürdet. Diese Entstrukturierung wurde im sozialen Bereich zusätzlich durch den Emanzipationsprozeß forciert, der die Menschen zwar aus fesselnden gesellschaftlichen Strukturen befreite, zugleich aber dazu tendierte, Strukturen und Bindungen überhaupt zu zerstören. Der Prozeß der sozialen Modernisierung war immer auch ein Prozeß der Entstrukturierung. Strukturen stellen aber nicht nur Behinderung und Zwang dar, sondern auch Schutz<sup>6)</sup>.

Die soziale und geistige Entstrukturierung erzeugt massive Unsicherheit über die eigene Identität, über Sinn und Wert des Handelns ohne vorgegebene Werte. Der Verlust des Gottes- und des Fortschrittsglaubens, der die Verantwortung für alle Handlungen uns selbst überläßt und der das Ende des individuellen Lebens zwangsläufig als das Ende aller Zeiten erscheinen läßt, verurteilt den Menschen in einer offenen Gesellschaft dazu, frei zu sein<sup>7)</sup>. Dieses Bewußtsein erhebt das Ziel des Überlebens zur Grundforderung der Existenz überhaupt, was vorher nicht der Fall sein mußte. Doch wo Leben im biologischen Sinne alles bedeutet und mit dem Tod alles zu Ende ist, wird das Überleben zur letzten und nicht mehr hinterfragbaren Kategorie, ein Sachverhalt, der der Auseinandersetzung um den möglichen Untergang eine zusätzliche Brisanz verleiht.

<sup>6)</sup> R. Dahrendorf, Was kommt nach dem Konsensus der bürgerlichen Wachstumsgesellschaft?, in: H. Glaser (Hrsg.), Fluchtpunkt Jahrhundertwende. Ursprünge und Aspekte einer zukünftigen Gesellschaft, Bonn 1979, S. 52.

<sup>7)</sup> J.-P. Sartre, Das Sein und das Nichts. Versuch einer phänomenologischen Ontologie, Hamburg 1972, S. 370. „Das Bewußtsein, seine eigene Zukunft zu sein in der Weise, sie nicht zu sein, das ist genau das, was wir Angst nennen.“

Der apokalyptische Ton heutiger Ängste gewinnt seinen Pathos und seine Dramatik daraus, daß im Atomzeitalter nicht mehr nur einzelne Menschen, Länder oder Kulturen, sondern die gesamte Menschheit als sterblich gilt. Nach der heutigen Apokalypse wartet weder das Reich Gottes noch die Verwirklichung einer weltlichen Utopie auf die Geängstigten. Die Menschheit ist erstmals konfrontiert mit einer „nackten Apokalypse,“ die im reinen Untergang besteht<sup>8)</sup>.

Angesichts dieser dramatischen Perspektive ist es eher verwunderlich, daß die Angst noch keine größeren Ausmaße angenommen hat. Günter Anders führt dies darauf zurück, daß die Gefahr verharmlost wird. Zudem überschreite die reale Bedrohung die mögliche Kapazität unserer Auffassung; die Gefahr bleibe gerade aufgrund ihrer Universalität kontrast- und gestaltlos<sup>9)</sup>. Wir müssen, so Dieter E. Zimmer, erst unsere Phantasie anstrengen, um das ganze Ausmaß der Gefahr eines Atomkrieges uns vergegenwärtigen zu können, um zu einem realistischen Angstverhalten zu finden. Wenn nämlich die Balance zwischen Angst und Gefahr nicht mehr gegeben ist, wird der Untergang möglicher und wahrscheinlicher. Die Evolution hat Angst als zweckmäßig hervorgebracht. Sie soll als Schutz vor Gefahren dienen<sup>10)</sup>.

Unser Angstverhalten ist deshalb unrealistisch, weil wir uns etwas, was im Rahmen unserer Möglichkeiten liegt, nicht vorstellen wollen. Daß hierbei weder der Egoismus des einzelnen noch das Gefühl der Zusammengehörigkeit einer Gruppe eine Rolle spielt, ist ein so ungewöhnliches Phänomen, daß es als ein bedeutsames Element der durch die atomare Bedrohung geschaffenen Situation betrachtet werden muß<sup>11)</sup>. Jonathan Schell sieht die Verdrängung der gewichtigsten Realität unserer Zeit als Krankheit; die Normalität offenbare sich als eine Art Massenwahn<sup>12)</sup>.

Wenn die instinktive Angst und die kalkulierende Furcht nicht mehr ausreichen, muß das Wissen um die Möglichkeiten zu einem Ab-

schreckungsmittel werden. Das Wissen um das „Gleichgewicht des Schreckens“ hat uns lange Zeit vor einer Katastrophe bewahrt. Das Gleichgewicht des Schreckens war ein System der balancierten Angst. Das Wissen um die zweifelhafte Möglichkeit einer dauernden Stabilisierung dieses Gleichgewichts muß unser Nachdenken auf neue Optionen ausrichten. „Mit der Bombe leben“ ist auf Dauer kein Programm für angstfähige Wesen.

Es geht daher heute um ein realistisches Maß an gefühlsgeliteter Angst und damit auch um eine der Bedrohung angemessene lebenserhaltende Furcht. Unnötige Ängste zu erzeugen, wie es in Wahlkämpfen aus vergleichsweise nichtigen Anlässen üblich ist, ist verantwortungslos. Der Verweis auf Sachzwänge, der die Suche nach Auswegen allzusehnell unterbindet, führt, ebenso wie unterdrückte, nicht artikulierte Ängste zur Verzweiflung. Eine öffentliche Angstverdrängung züchtet neurotische Ängste und führt zu irrationalen privaten Bewältigungsversuchen der Angst.

Wir können unterscheiden zwischen einem pessimistischen, passiven, privatistischen und damit unpolitischen Angstverhalten, welches immer tiefer in die Verzweiflung führt und gerade von unseren jüngeren Dichtern seit einigen Jahren kultiviert wird, und einem politischen und damit prinzipiell hoffnungsvollen Verhalten. Die bewußte Kenntnisnahme der düsteren Zukunftsprognosen verleitet nicht zu Passivität und Fatalismus. Vielmehr zeigen gerade diejenigen Jugendlichen ein starkes Engagement, die die Bewältigung der Zukunftsfragen als fast aussichtslos einschätzen. Diese existentialistische Wendung läßt die übliche Zuordnung von Pessimismus und Passivität und Optimismus und Aktivität im politischen Bereich als zu vordergründig erscheinen. Den geforderten „Mut zur Zukunft“ im aktiven, gestalterischen Sinne scheinen eher die sogenannten Pessimisten aufzubringen<sup>13)</sup>.

Optimismus bezüglich des Verlaufs der Ereignisse findet man heute vornehmlich in konservativ-technokratischen Kreisen, die den traditionellen Pessimismus des Konservatismus abgelegt haben. Diese Vertauschung der

<sup>8)</sup> G. Anders, *Endzeit und Zeitende. Gedanken über die atomare Situation*, München 1972<sup>2</sup>, S. 220.

<sup>9)</sup> Ebd., S. 184.

<sup>10)</sup> D. E. Zimmer, *Deine Angst und meine Angst. Den Schrecken vor atomarer Vernichtung hat uns die Natur nicht beigebracht*, in: *DIE ZEIT*, (1981) 47.

<sup>11)</sup> J. Schell, *Das Schicksal der Erde. Gefahr und Folgen eines Atomkriegs*, München-Zürich 1982, S. 9.

<sup>12)</sup> Ebd., S. 172.

<sup>13)</sup> Vgl. die entsprechenden Umfragedaten des Jugendwerks der Deutschen Shell AG (Hrsg.), *Jugend '81, Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder*, Hamburg 1981; vgl. besonders S. 382: „Jedoch manchmal ist der optimistisch, der die schreckliche Kunde noch nicht vernommen hat. Und manchmal sieht der die Zukunft düster, der verzweifelt und — noch — aussichtslos einen Weg nach vorne sucht.“

Rolle mit den vordem optimistischen Linken resultiert aus der veränderten Bewertung des Fortschrittsprozesses<sup>14)</sup>. Die konservativ-technokratischen Kräfte halten den wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Selbstlauf des Fortschritts weiterhin für notwendig, möglich und vertretbar und wollen nur in vergleichsweise geringem Maße in diese Prozesse steuernd eingreifen. Sie sehen, außer im kulturellen Bereich, keine ernste Krise des Fortschritts.

Krisen- und Katastrophendenker argumentieren dagegen damit, daß die Fortschrittsprozesse weitgehend ungesteuert verlaufen und sehen als Ergebnis dieser Prozesse Katastrophen auf uns zukommen. Schon der Kulturpessimismus der Zwischenkriegszeit gründete auf der Annahme, daß aus dem Hin und Her des Entwicklungsprozesses nicht weiterer Fortschritt, sondern Niedergang hervorgeht. Die angenommene Zwangsläufigkeit dieses Verlaufs durch den Kulturpessimismus ist zu recht oft kritisiert worden, weil sie das unberechtigte Gefühl von Ausweglosigkeit erzeuge.

Das heutige Katastrophendenken wendet sich fast immer gegen jedwede Annahme von Zwangsläufigkeit. Es basiert vornehmlich auf der grundlegenden Einsicht von der Ambivalenz des Fortschritts. Die Neben- und Spätfolgen des Fortschritts werden nicht nur als störende Randerscheinungen der Entwicklung, sondern als bedrohliche, diesen Tendenzen inhärente Widersprüche gesehen. Dabei wird eine Unterscheidung nach positiven und negativen Fortschritten immer schwieriger. In der hoffnungsvollen Wendung gegen die Zwangsläufigkeit liegt eine Chance. Je ungünstiger die Prognose, desto stärker ist in der Regel der Appell an die Hoffnung, die keine Einschätzung der Zukunft darstellt, sondern den Willen, diese trotz allem zu bestimmen<sup>15)</sup>.

<sup>14)</sup> Wahrscheinlich steht die Entstehung des Begriffes „Pessimismus“ mit dem Aufkommen des Fortschrittsdenkens in engem Zusammenhang. Der Pessimist glaubt nicht an den Fortschritt der Menschheit. Fällt aber sowohl der Glaube an die ordnende Hand Gottes als auch an den Fortschritt weg, so bleiben kaum noch nennenswerte Hoffnungsmomente über. Mit der Verbreitung der Fortschrittsskepsis nahm daher auch der Pessimismus zu. Vgl. dazu L. Marcuse, *Pessimismus — Ein Stadium der Reife*, Hamburg 1953, S. 15.

<sup>15)</sup> W. Dirks, *Abstrakt über Zukunft konkret*, in: *Frankfurter Helte*, (1978) 4, Sonderheft *Zukunft konkret*, S. 13.

Eine pluralistische Demokratie muß von verbreiteter Angst und Furcht besonders betroffen sein, weil die Stimmungen und Erwartungen der Bürger entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Politik haben. In Demokratien darf Angst artikuliert werden. Der beständige innere Wandel einer Demokratie erzeugt eine latente Unsicherheit. Zudem versuchen die Parteien, ihre Gegner durch die Mobilisierung von Ängsten ins Unrecht zu setzen, um Mitarbeit für ihre eigenen Zielsetzungen zu erreichen und vergrößern dadurch das Angstpotential.

Die in Diktaturen übliche positive Selbstdarstellung des Systems ist in den unabhängigen Medien der Demokratie eher die Ausnahme, da hier die Medien dazu tendieren, zu betonen, was nicht normal ist. Die allgemeine Informationsflut zwingt fast zur Dramatisierung, wenn man für bestimmte Anliegen noch Aufmerksamkeit erreichen will<sup>16)</sup>. Gleichwohl ist dieser Dauerkritizismus der Medien in einer freien Gesellschaft nicht nur unvermeidbar, sondern auch unverzichtbar, wenn neue Wege und Möglichkeiten gefunden werden sollen. Dabei ist es jedoch wichtig, daß auch die wirklichen Gefahren der Zukunft thematisiert werden. Falsch hingegen wäre es, durch ein oberflächliches Gemäkel an diesem und jenem ein diffuses Unbehagen an der Demokratie zu erzeugen, welches sich gewöhnlich vor allem gegen die liberalen Komponenten des Staates zu richten pflegt<sup>17)</sup>. Ein dumpfes, undeutlich artikuliertes Unbehagen gefährdet lediglich die Freiheit, trägt aber nicht zur Lösung der Probleme bei. Nur die freiheitliche Demokratie aber besitzt die nötige Lernkapazität für innovatorische Lösungen.

Keinesfalls darf eine „Furcht vor der Freiheit“ oder gar ein Gefühl der Ausweglosigkeit erzeugt werden<sup>18)</sup>. Nötig scheint es dagegen,

<sup>16)</sup> Vgl. dazu ausführlich L. Haman, *Die öffentliche Meinung und die Zukunft der demokratischen Institutionen*, in: G. Arfe u. a., *Die verlorenen Inseln. Hat die europäische Demokratie noch eine Zukunft?*, Baden-Baden 1977, S. 83ff. und O. B. Roeggele, *Massenmedien und Regierbarkeit*, in: *Regierbarkeit* (hrsg. von Wilhelm Hennis u. a.), Bd. 2, Stuttgart 1979, S. 177ff.

<sup>17)</sup> H. Kremendahl, *Das Unbehagen an der pluralistischen Gesellschaft*, in: H. Oberreuter (Hrsg.), *Pluralismus*, Opladen 1980, S. 209.

<sup>18)</sup> Vgl. E. Fromm, *Die Furcht vor der Freiheit*, Frankfurt/Main 1966; vgl. auch K. D. Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982, S. 326. Bracher fühlt sich angesichts der zeitgenössischen Katastropheliteratur an das Gefühl der Ausweglosigkeit der Zwischenkriegszeit erinnert, welche viele Intellektuelle anfällig für die Ideologisierung des Denkens werden ließ.

konkrete Furcht vor den wirklichen Zukunftsfahren zu wecken.

Leider stoßen die primären Ängste, wie etwa die vor der Kernenergie, und die sekundären Ängste, — z. B. vor den Aktionen gegen die Kernenergie — beständig aufeinander<sup>19)</sup>. Auf diese Weise droht sich die Angst im innenpolitischen Kontext ähnlich zu stabilisieren, wie es bereits im internationalen Rahmen geschehen ist<sup>20)</sup>. In der Wirkung fatal aber ist es, wenn die Ängste um den Erhalt der Welt und die Ängste um den Bestand der Demokratie

kollidieren. Ein neuer Problemkonsens muß daher vor allem auch einen Konsens über die Berechtigung, die ‚Rangskala‘ der Ängste und schließlich konkrete Furcht vor den vordringlichen Gefahren hervorbringen. Aus allgemeiner, gefühlsgeleiteter Angst muß dann konkrete und konstruktive Furcht werden, die die von der Angst erzeugte Nachdenklichkeit in konkrete politische Arbeit umzusetzen weiß und damit die Grundlage für eine angemessene Gegensteuerung gegen die befürchteten Bedrohungen schafft.

## II. Fundamentalpolarisierung oder neuer Problemkonsens?

Für die klassischen Konfliktursachen der Positions-, Status- und Rollendifferenzen in den sozialen Bezügen, d. h. für unterschiedliche Interessen und Ziele sozialer Akteure, Knappheit von Mitteln und gesellschaftliche Strukturen ist ein Konsens nicht entscheidend. Nötig ist vor allem ein Problemkonsens<sup>21)</sup> hinsichtlich der Überlebensprobleme der Zukunft, die den nötigen Fundamentalkonsens über Werte und Spielregeln der Demokratie nicht aus ideologischen und interessegeleiteten Motiven, sondern vielmehr aufgrund von inhaltlichen Differenzen bezüglich einzelner, als dramatisch empfundener Gefahren in Frage stellen. Bezüglich solcher Probleme muß ein inhaltlicher Minimalkonsens (Problemkonsens) vorhanden sein, weil existenzbedrohende Handlungen oder Nicht-handlungen nicht durch den bei geringfügigeren Konflikten tragfähigen Mechanismus des Mehrheitsverfahrens und des materiellen Kompromisses allein bewältigt werden können. Der Konflikt über unterschiedliche soziale Interessen und Ziele der Akteure kann

nicht mit einem Konflikt etwa über atomare oder nicht-atomare Verteidigung verglichen werden. Diese Art von Überlebenskonflikt hat eine andere Dimension. Er spitzt sich zu in Ja-Nein-Alternativen. Im Grenzfall der Ja-Nein-Alternative bemißt sich ein sozial produktiver und politisch positiver Kompromiß am Prinzip der Zumutbarkeit. Der Kompromiß muß in einem solchen Fall der unterliegenden Minderheit zumutbar sein.

Selbst materielle Probleme können angesichts der ökologischen Frage nicht mehr nur nach dem Prinzip des Ausgleichs, der lange Jahre in einem Mehr für alle Konfliktparteien bestand, bewältigt werden. Angesichts der quantitativen Grenzen des Wachstums und der Weltwirtschaftskrise, vor allem aber angesichts unserer Macht, auch die Interessen künftiger Generationen (die ihre Interessen aber z. Zt. nicht artikulieren können) zu beschädigen, ist sowohl innerstaatlich als auch im internationalen Rahmen eine neue Kompromißethik erforderlich.

In dieser Argumentation geht es nicht um das klassische Konsensprinzip, denn die neuen Inhalte können nur aus den gesellschaftlichen Konflikten hervorgehen. Das Gemeinwohl ist nicht vorgegeben, sondern ein Produkt der gesellschaftlichen Kräfte. In dem Wunsch nach einem vorgegebenen Konsens zeigt sich Vertrauen in überlieferte Wertsetzungen oder sogar in die Rationalität staatlicher Wertsetzungen. Für ein solches Vertrauen läßt sich kein Grund finden, zumal die neuen Probleme und Herausforderungen primär im gesellschaftlichen und nicht im staatlichen oder halbstaatlichen Bereich aufgegriffen worden sind. Für die Bewältigung der Zukunftsprobleme scheint daher „mehr Demo-

<sup>19)</sup> D. Mieth, Angst vor der Angst, in: Publik Forum, (1981) 12.

<sup>20)</sup> C. F. von Weizsäcker, Angst, in: ders., Der Garten des Menschlichen, Frankfurt/Main 1980, S. 92. von Weizsäcker hält unsere Ängste für begründet: „Der Grund aber, der sie rechtfertigt, liegt gerade darin, daß alle Menschen aus Angst handeln. Die Angst selbst erzeugt die Zustände und Geschehnisse, vor denen wir mit Recht Angst haben. Das System der Angst stabilisiert sich selbst.“

<sup>21)</sup> G. Lehbruch, Strukturen ideologischer Konflikte bei Parteienwettbewerb, in: Politische Vierteljahresschrift, (1969) 2—3, S. 291f. Lehbruch unterscheidet nach Problemkonsens, Fundamentalkonsens, Autoritätskonsens und mehrdimensionalem Konsens als komplexen Konsensbegriff, der die ersten drei Konsensobjekte umfaßt. Ein Minimum an „issue-consensus“ wäre für die Demokratiefunktionsnotwendig.

kratie" in Form gesellschaftlicher Aktivitäten geboten<sup>22)</sup>.

Die grundlegende Unterscheidung der pluralistischen Theorie nach einem kontroversen und einem nicht-kontroversen Sektor in der Gesellschaft (Ernst Fraenkel) gewinnt allerdings bezüglich der Zukunftsprobleme eine neue Bedeutung. Überlebensfragen können nicht in gleicher Weise als kontroverser Sektor betrachtet werden wie etwa Verteilungsprobleme, weil es hierbei sinnvollerweise keine Zielkonflikte geben kann. Auch im Streit um den Grad der Bedrohlichkeit und um die einzuschlagenden Wege können keine Interessengegensätze, sondern lediglich rationale Abwägungen gewichtet werden.

Das pluralistische Modell wird bezüglich dieser Fragen zunehmend auf seine Funktion als Erkenntnismodell zurückverwiesen<sup>23)</sup>. Die Vernunft als das erwünschte Ergebnis des Wettstreits der Gedanken und Positionen wird in nie gekanntem Ausmaß gefordert sein. Der pluralistischen Gesellschaft stellt sich die Aufgabe, einen neuen Minimalkonsens bezüglich der Überlebensprobleme zu finden. Dieser Minimalkonsens ist aber nicht mit der konservativen Sehnsucht nach der „Gemeinsamkeit des Wollens“ zu verwechseln. Hier geht es vornehmlich nur um einen Problemkonsens. Bezüglich einiger Probleme muß man sich darüber einig werden, was man auf keinen Fall will. Daß sich an der Mitarbeit an diesem neuen Problemkonsens viele Individuen und Gruppen unserer Gesellschaft beteiligen, muß als Chance begriffen werden, vorausgesetzt, der Pluralismus wird ernst genommen.

Was aber macht die Erzielung dieses Problemkonsenses so schwierig? Obwohl die Gemeinsamkeit des Ziels, in Würde zu überleben, doch praktisch unumstritten ist, drohen die akuten Herausforderungen und Gefährdungen keineswegs zu einem Minimalkonsens bezüglich dieser Probleme zu führen, sondern unsere Gesellschaft in zwei zunehmend unversöhnliche Lager zu zerreißen.

Einen Erklärungsversuch hierfür liefert Karl Dietrich Bracher. Danach resultiert das Besondere und zugleich Paradoxe der gegen-

wärtigen Auseinandersetzungen daraus, daß zwei verschiedene Zeitgeschichten nahezu gleichstark unmittelbar auf unser politisches Bewußtsein einwirken. Die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit seit 1917/18 und der Nachkriegszeit seit 1945 bzw. 1949/50 hätten, so Bracher, eine Doppelbödigkeit des politischen Bewußtseins geschaffen, die sich besonders in den unterschiedlichen Erfahrungen und Anschauungen der Generationen wiederfindet<sup>24)</sup>. Während die ältere Generation von den Ängsten vor totalitären Systemen, vor der Zerstörung der Demokratie, vor Mangel, Armut und oft sogar Hunger getrieben wird, nimmt die jüngere Generation vorwiegend die tatsächlichen oder auch möglichen Zerstörungen der Lebenswelt durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt wahr. So entspricht konkret der Angst vor dem Kommunismus bei der älteren Generation die Angst der jüngeren vor der Eigendynamik des Rüstungswettlaufs und der möglichen Zerstörungskraft moderner Waffen<sup>25)</sup>. Man findet hier geradezu eine Spezialisierung auf bestimmte Ängste bei den Generationen vor.

Der Konflikt zwischen „Realpolitik“ und Jugendprotest ist in dieser Spezialisierung und dem daraus folgenden Krisenbewußtsein angelegt. Auf seinen Kern reduziert geht der Streit oft nur darüber, wessen Ängste nun die vordringlicheren sind. Sind es die Ängste um die Stabilität der Demokratie, vor der sowjetkommunistischen Bedrohung, vor Mangel und Armut oder sind es die Ängste vor der Eigendynamik des Rüstungswettlaufs, vor den Grenzen des Wachstums und vor den Grenzen der Belastbarkeit der Ökosphäre?

Betrachtet man sich die Ängste der älteren Generation näher, so verliert die beliebte Kennzeichnung der Friedensbewegung als Angstbewegung an Glaubwürdigkeit. Hierbei stehen vielmehr Ängste gegen Ängste, wobei längst die herkömmlichen Ängste eine politische Umsetzung erfahren haben und daher weniger herausgestellt werden. Die neuen Ängste kämpfen dagegen noch um ihre Anerkennung. Sie fordern aber auch neue Lösungen, die mit den bisherigen Lösungen kollidieren.

<sup>22)</sup> Vgl. dazu A. Schwan, Grundwerte der Demokratie. Orientierungsversuche im Pluralismus, München 1978, S. 26 und H. Kremendahl, Pluralismustheorie in Deutschland. Entstehung, Kritik, Perspektiven, Leverkusen 1977, S. 301ff.

<sup>23)</sup> Vgl. H. Spinner, Pluralismus als Erkenntnismodell, Frankfurt/Main 1974.

<sup>24)</sup> K. D. Bracher, Die doppelte Zeitgeschichte – zwei gegenwärtige Vergangenheiten, in: ders., Geschichte und Gewalt. Zur Politik im 20. Jahrhundert, Berlin 1981, S. 233ff.

<sup>25)</sup> Vgl. H. Theisen, Friedensbewegung und Kommunismus-Kritik. Ein Vorschlag zur Güte, in: Frankfurter Hefte, (1982) 8, S. 7ff.; vgl. auch ders., Jugendbewegung und Krisenbewußtsein, in: liberal, (1982) 3, S. 198ff.

dieren, wie beispielsweise eindeutig beim Streit um die Priorität von Ökonomie oder Ökologie, aber auch beim Streit um die Rüstungspolitik. Gerade diese Kollision verleitet dazu, die Ängste des anderen nicht ernst zu nehmen. Es kommt zu einer Spezialisierung auf bestimmte Ängste, während die des Gegners als Ursache der Steigerung der Bedrohung gedeutet werden. So werden die Umweltzerstörung auf den Wachstumsfetischismus, das Wettrüsten auf den Antikommunismus, umgekehrt die Wachstumsschwächen auf den Umweltfetischismus und die Steigerung der sowjetischen Bedrohung auf den mangelnden Verteidigungswillen zurückgeführt.

Die Ambivalenz des Fortschritts findet ihre politische Entsprechung in der Zuspitzung in Ja-Nein-Alternativen und in der Aufspaltung unserer Gesellschaft in zwei Kulturen, wodurch ein Kompromiß immer schwieriger wird. Diese Polarisierungstendenzen sind auch ein Ausdruck des wachsenden Unwillens, gegensätzliche Gesichtspunkte geistig zu verarbeiten und zu integrieren. Das offenkundige Dilemma, in das die Fortschrittsentwicklung uns gebracht hat, wird auf diese Weise nicht zur Kenntnis genommen, sondern verdrängt. So muß sich dann z. B. eine Partei, die sich den neuen Herausforderungen in ihrer ganzen Dimension, d. h. in ihrer Ambivalenz stellt und gegensätzliche Positionen zu integrieren versucht, als „zerstritten“ oder gar als „schizophren“ abqualifizieren lassen. Angesichts derart komplexer Probleme erweisen sich vereinfachende Positionen wahltaktisch gesehen als wirkungsvoller. Eine falsch stabilisierte Umwelt scheint populärer zu sein als das Eingeständnis der Ratlosigkeit, wodurch die angesichts der oft unlösbar erscheinenden Krisen bedeutsame geistige Offenheit und damit die Lernfähigkeit der Gesellschaft gefährdet wird.

Die grundlegende Ambivalenz aller Handlungen und Ziele erfordert gerade bei Handlungen und Zielsetzungen mit besonders weitreichenden Folgen eher ein Sowohl-Als-Auch als ein Entweder-Oder. Dies gilt sowohl für die Spannung zwischen Gegenwartsbewältigung und Zukunftsvision als auch für die Spannung zwischen den Werten und den Mitteln. Diese Ambivalenz erfordert einen neuen Problemkonsens auf der Grundlage des nicht mehr hinterfragbaren Wertes des Überlebens.

Im Grunde müßte einsehbar sein, daß sowohl die alten als auch die neuen Ängste ihre Be-

rechtigung haben. Gerade in der Verschränkung und nicht in der Abgrenzung dieser verschiedenartigen und dennoch zusammenhängenden Bedrohungen scheint aber das eigentliche Dilemma der heutigen Situation zu liegen.

Das Krisensyndrom der heutigen Zeit hat seine Ursache nicht zuletzt darin, daß neue dramatische Gefahren sichtbar werden, ohne daß die alten Gefahren schon bewältigt sind. Die Konzentration der Generationen auf alte erfahrene Krisen und Ängste und auf neue prognostizierte muß daher überwunden werden, zumal sich diese Bedrohungen wechselseitig bedingen und verstärken. Der Komplexität der Situation werden weder die reaktive und situationsbezogene Vorgehensweise des Krisenmanagements, noch kompromißlose Alternativmodelle gerecht. In dieser Situation die Polarisierung, schließlich die Konfrontation voranzutreiben, ist ein törichtes Unterfangen.

Die politische Steuerungskrise unserer Gesellschaft zeigt sich gegenwärtig darin, daß der traditionelle Kompromiß- und Mehrheitsfindungsmechanismus bezüglich der Zukunftsprobleme nicht ohne weiteres anwendbar ist. Der Grundkonsens in unserer Gesellschaft ist nicht mehr umfassend genug, um abweichende Minderheiten zu einem Verzicht auf die Durchsetzung ihrer Anliegen zu bewegen. Angesichts der Ängste dieser Gruppen vor bestimmten Gefahren reicht der Verweis auf die demokratischen Spielregeln nicht aus. Es kann nicht Aufgabe einer klugen Politik sein, sich auf den Austrag der Konfrontation der Werte und Ängste vorzubereiten und zu konzentrieren. Vielmehr müssen die nicht mehr akzeptanz- und nicht mehr konsensfähigen Mittel und Wege, selbst wenn sie noch mehrheitsfähig sind, zugunsten dritter Wege, zugunsten eines Ausgleichs zwischen den Ängsten ernsthaft zur Diskussion gestellt werden. Auch wenn die Demokratie die Staatsform des geregelten Konflikts durch Mehrheitsentscheidung ist, so ist sie erst recht in Überlebensfragen die Staatsform von Kompromiß und Ausgleich.

Welche Anzeichen für die Möglichkeit einer Konsensbildung zeichnen sich in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland ab? Der unaufhebbare Konflikt zwischen denen, die eine vollkommene Ordnung anstreben, und denen, die mit einer graduellen Verwirklichung ihrer Werte zufrieden sind, scheint in der politischen Auseinandersetzung keine dominante Rolle mehr zu



spielen. Damit ist Raum geschaffen für die für eine Konsensbildung unabdingbare Einsicht in die Relativität menschlicher Erkenntnisfähigkeit sowie politischer Möglichkeiten.

Bei kritischen Geistern ehemaliger Heilsgläubiger hat die Überlebensproblematik zu einer bemerkenswerten Kompromißbereitschaft geführt. Stellvertretend für diesen Umdenkungsprozeß soll hier Rudolf Bahro angeführt werden, der den Sinn eines historischen Kompromisses in der Verhinderung des allgemeinen Unterganges durch eine Umorientierung von den Klassen- zu den Lebensinteressen sieht<sup>26)</sup>. Das alttestamentarische Auge-um-Auge, Zahn-um-Zahn müsse bei der Auseinandersetzung um die soziale Frage ausgeklammert werden. Das Heil könne nicht mehr in der Zuspitzung der Widersprüche gesucht werden, weil die Widersprüche untrennbar seien von der neuen Weltsituation. „Widersprüche müssen ausgetragen werden, nach wie vor. Aber man muß den Modus und die Regeln neu überdenken. Man muß in Zukunft im Gegner außenpolitisch wie innenpolitisch immer auch den Partner sehen. Man muß sich nicht weniger, sondern noch mehr auf ihn einlassen, man muß noch mehr mit ihm kämpfen ... Und man muß sich zu dieser Auseinandersetzung auch zusammensetzen, nämlich an einen Tisch, weil tatsächlich mit allen um eine Neuformulierung der Probleme, um die es in unserer Gesellschaft geht, gerungen werden muß.“<sup>27)</sup> Ohne eine Politik rechtzeiti-

gen historischen Kompromisses auf breiter Basis, so Bahro, sei die im klassischen Marxismus unvorhergesehene reale Katastrophenspektive unabwendbar<sup>28)</sup>. Noch die Studentenbewegung habe sich an einer heute nicht mehr aktuellen Form des Kampfes orientiert, nämlich primär am politischen Umsturz, anstatt sich primär auf kulturelle Umwälzungen zu konzentrieren. Damit habe sie einen politischen Kurzschluß begangen, an dem sie gescheitert sei<sup>29)</sup>. Die Möglichkeit eines historischen Kompromisses bestehe heute darin, daß man sich noch nie so eingewesen sei über die Existenz der Probleme, vor denen die Menschheit stehe. „Sollten die Geister auch nicht darin konvergieren, wie man sie lösen kann und wie man demnach handeln und leben muß?“<sup>30)</sup>

Bei den GRÜNEN, so Bahro, sei das gesamte politisch-psychologische Spektrum vertreten; wertkonservativ denkende Menschen, demokratische Christen, alternative Liberale, demokratische Sozialisten<sup>31)</sup>. In der Ökologiebewegung scheinen sich demzufolge die meisten Motive zu überschneiden, zu addieren, tendenziell zu integrieren. Die ökologische Krise werde zum neuen Generalnenner aller sozialen Widersprüche<sup>32)</sup>.

Zwar kann die weitgehende Gleichsetzung liberaler und marxistisch geprägter Ideen und Systeme, wie sie Bahro vornimmt, aus liberaler Sicht nicht akzeptiert werden; dennoch ist die Hinwendung von Marxisten zu einem immerhin neutralen, systemübergreifenden Standpunkt, ist der Abschied von den Feindbildern ein Fortschritt. Beispielsweise wird in der Ökologie- bzw. Alternativbewegung nicht das Proletariat oder sonstwer zum Geschichtshelden erklärt. Sie „arbeitet grundsätzlich mit allen zusammen, punktuell und begrenzt auch mit ausgesprochenen Gegnern. Antagonistische Kooperation. Anders sind tragfähige Mehrheiten heute nicht zustande zu bekommen.“<sup>33)</sup> Von den alternativen Minderheiten muß andererseits die Praktizierung konsensbildender Verhaltensweisen gegenüber der Mehrheit verlangt werden. Tenden-

<sup>26)</sup> R. Bahro, Elemente einer neuen Politik. Zum Verhältnis von Ökologie und Sozialismus, Berlin 1980; vgl. auch ders., Überlegungen zu einem Neuanfang der Friedensbewegung in Deutschland, in: Entrüestet Euch. Analysen zur Atomaren Situation. Wege zum Frieden (hrsg. vom Bundesvorstand der Grünen), Bonn 1981, S. 52 ff. Zu erwähnen ist hierbei auch E. P. Thompson, „Exterminismus“ als letztes Stadium der Zivilisation, ebd., S. 30 ff. Unter „Exterminismus“ versteht Thompson den Drang zur Auslöschung, der beiden Systemen innewohne. Die Waffeninnovation sei ein aus sich selbst lebender Prozeß. Die heutige Militärtechnologie lösche jedes Element von Politik aus. Wir hätten es mit der kumulativen Logik eines Prozesses zu tun. Was ursprünglich Reaktion gewesen sein mag, werde zur Zielrichtung. Was von der einen oder anderen Macht als rationales Eigeninteresse gerechtfertigt werde, geriete im Aufeinanderprallen beider zu Irrationalem. Der Schub zum Krieg sei tief in die Strukturen der einander entgegengesetzten Mächte eingebettet. Die Gedanken Thompsons, die in marxistischen Kreisen großes Aufsehen erregten, waren in anderen Denkschulen — wie etwa in der C. F. von Weizsäcker — seit langem gängig. Dennoch stimmt eine solche — wenn auch reichlich späte — Lernfähigkeit hoffnungsvoll.

<sup>27)</sup> R. Bahro (Anm. 26), Elemente einer neuen Politik, S. 111.

<sup>28)</sup> Ebd., S. 118.

<sup>29)</sup> Ebd., S. 137.

<sup>30)</sup> Ebd., S. 60.

<sup>31)</sup> Ebd., S. 162. Wie bei der Ökologiebewegung ist auch bei der Friedensbewegung das Überleben der kleinste gemeinsame Nenner, der ehemalige CSU-Mitglieder, Ex-Generäle, GRÜNE und Kommunisten etc. eint.

<sup>32)</sup> Ebd., S. 199.

<sup>33)</sup> J. Huber, Wer soll das alles ändern. Die Alternativen der Alternativbewegung, Berlin 1980, S. 110.

zen zu einem solchen Verhalten sind erkennbar und müssen umgekehrt von der Mehrheit durch tolerantes Verhalten bestärkt werden.

Dies ist primär eine Frage der politischen Kultur, d. h. des Bereichs, in dem die Spielregeln des Konfliktaustrags nicht kodifiziert sind. Zur politischen Kultur eines Landes zählen in besonderem Maße die informellen Verfahren im politischen Prozeß, insbesondere spezifische Konflikt- und Problemlösungsstrategien, politische Traditionen und Identifikationen, vor allem das politische Verhalten der verschiedenen sozio-kulturellen, religiösen und ethnischen Gruppen<sup>34</sup>).

Bezüglich dieser Faktoren ist ein Bewußtseinswandel, so allgemein diese Kategorie auch sein mag, noch wichtiger als konkrete politische Maßnahmen. Dieser Bewußtseinswandel ist aber nicht nur der gesellschaftlichen Entwicklung zu überlassen, sondern sollte vom Staat bewußt gefördert werden. Die pluralistische Gesellschaft bedarf der Ordnungsleistung eines Staates besonders dann, wenn es sich um Probleme und Fragen von höchster Brisanz handelt. Der Staat soll die Grundwerte und den Konsens nicht beschaffen, sondern ein Verhalten der Toleranz und des Hinwirkens auf einen größeren Konsens fördern. Er muß um den nötigen Konsens werben. Hierbei kann er sich nicht zurückziehen, weil er etwa in der Energie- und Sicherheitsproblematik der Hauptakteur ist und durch Vorfinanzierung nuklearer Forschung und Abdeckung des überhöhten Risikos auch in privatwirtschaftliche Bereiche eingreift. Vielmehr obliegt ihm gerade daher in besonderem Maße die Förderung eines neuen Konsenses über die Entwicklungsrichtung der industriellen Gesellschaft.

Für die Erzielung eines neuen Konsenses ist es nötig, daß nicht nur die verschiedenen Interessen und Gruppen, sondern auch die verschiedenen Denkweisen von Minderheiten zu den grundlegenden Fragen berücksichtigt werden. Vor neue weitreichende Probleme gestellt, gilt es, unversöhnliche Positionen abzubauen und vorhandene Konflikte nicht eskalieren zu lassen<sup>35</sup>).

<sup>34</sup>) P. Reichel, Politische Kultur in der Bundesrepublik, Opladen 1981, S. 26.

<sup>35</sup>) K. W. Deutsch, Gesellschaftspolitische Aspekte der Ökologie (IIVG reprints), Wissenschaftszentrum Berlin 1979, S. 23: „Man kann Konflikte hochspielen oder herunterspielen. Man kann sie eskalieren und unversöhnlich machen, oder nach Lösungen suchen. Aber diese Fragen des Denkstils, diese Fragen des Arbeitens mit der Natur und des

Konsensfähigkeit darf sich nicht lediglich in der Anerkennung des Mehrheitsprinzips zeigen. Phantasie, Mut und Lernfähigkeit sowie Bereitschaft zu Selbstbeschränkung und Toleranz auf beiden Seiten werden nötig sein, um eine drohende gesellschaftliche Fundamentaltypisierung zu vermeiden und einen neuen Problemkonsens bezüglich der Überlebensfragen zu finden. Der Versuch des Brückenschlags zwischen den Kulturen darf den Vermittlern nicht mehr zum Nachteil reichen. Nicht die sofortige Parteinahme, sondern das wechselseitige Verstehen der Position der anderen muß eingeübt werden, Problemorientierung ist wichtiger als Konfliktorientierung.

In der Auseinandersetzung um Wege in und Wege aus der Gefahr stehen sich nicht letzte und höchste Werte gegenüber. Es geht hierbei lediglich um ein allgemeines Interesse — um das Überleben. Eine Vereinseitigung und Überspitzung bestimmter Werte ist angesichts der Ambivalenz aller Werte und Handlungen unangemessen. Sie muß stets zum deutlichen Nachteil anderer Wertsetzungen ausschlagen und zerstört damit Konsensfähigkeit. Werte müssen nicht relativiert, sondern relationiert, d. h. aufeinander bezogen werden, wodurch neue Handlungsspielräume entstehen<sup>36</sup>). Dem Entstehen von Ja-Nein-Alternativen in Überlebensfragen könnte damit vorgebeugt werden.

In früheren Zeiten ließ sich ein breiter Konsens vorwiegend für Kriege mobilisieren. Er muß nun für das Überleben mobilisiert werden.

---

Arbeitens der Menschen miteinander werden für die Überlebenschancen der Menschheit vielleicht entscheidend sein.“ Anders dagegen K. Sontheimer, Gehört der Jugend die Zukunft?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 12. 1981. Sontheimer sieht keine Veranlassung, der Minderheit der protestierenden Jugend mehr Aufmerksamkeit zu schenken als der schweigenden Mehrheit. Die alternativen Konzepte würden die Selbstaufgabe der Republik bedeuten. Diese These ist nur dann richtig, wenn man die extremsten Alternativkonzepte zur Argumentation heranzieht. Ein solches Verfahren ist jedoch zum Aufbau von Konsens denkbar ungeeignet. Zur Konsensbildung gehört es auch, Minderheiten bewußt größerer Aufmerksamkeit zu schenken als der Mehrheit.

<sup>36</sup>) Zur Relationierung von Werten vgl. A. Brecht, Politische Theorie, Tübingen 1961, S. 308ff. und S. 363ff.; vgl. auch M. Gralher, Freiheit und Freiheitsverständnis, in: liberal, (1981) 12, S. 923: „Zum Entweder gehört das Oder, aber nicht in der sich ausschließenden Auffassung, sondern als mit zu bedenkender Alternative, woraus sich möglicherweise ein Gemeinsames finden läßt.“

# Entwicklungen der politischen Sozialisation

## Erforschung und Bedeutung für die Politische Bildung

*„Erziehung zu politischer Reife setzt voraus, daß sich Denken von Tabus befreit und Vorurteilsbefangenheit überwunden wird. Dies kann keiner kommandieren; Einengung des Denkens und Befangenheit in Vorurteilen sind ja selbst Ergebnisse des Lern- und Gewissensgehorsams. (...) Das in autoritären Erziehungsstilen kollektiv verhängte Verbot, außerhalb der offenen, zugelassenen Problemfelder zu suchen, zu zweifeln, zu fragen, erweckt im Fragenden Angst, wenn er jene Forderungen introjiziert hat; sogar Abweichungen von einer etablierten Methodik machen ihm Unruhe. Hier endet die Bildung und beginnt der soziale Gehorsam.“<sup>1)</sup>*

Peter Brückner

### I. Problemzusammenhänge

Als politische Sozialisation wird die Gesamtheit aller gesellschaftlich vermittelten Lernprozesse bezeichnet, die Politisches zum Gegenstand haben und den Menschen als mehr oder weniger mündigen Staatsbürger im weitesten Wortsinne konstituieren. Sie hat spätestens seit der Ausdifferenzierung des modernen Staates mit seiner durch zunehmende Abstraktion und Universalisierung von Herrschaft gekennzeichneten besonderen Sphäre der Politik beständig an Bedeutung für die Genese von Einzelpersonen und sozialen Gebilden gewonnen. Denn sie ist einer der Faktoren für die Aufrechterhaltung oder Veränderung von Systemen der verbindlichen Regelung des Zusammenlebens von Menschen einerseits sowie für die Stellung des einzelnen und seiner sozialen Bezugsgruppe als Objekt oder Subjekt der Handlungsvollzüge in eben diesem System andererseits. Die Aufmerksamkeit gegenüber der Erforschung politischer Sozialisation wächst parallel zur Ausdehnung der Verwissenschaftlichung aller Lebensbereiche und ist an erkenntnisleitende Interessen gebunden, die entweder mehr auf Verfügungswissen für die Aufrechterhaltung von Herrschaftsverhältnissen oder mehr auf die Aufklärung von Praxis über sich selbst in die Absicht der Durchschaubarmachung und Überwindung von rational unbegründeter Herrschaft abzielen. Einen Beitrag zur Demokratisierung von Staat und Gesellschaft leistet sozialwissenschaftliche Erforschung politischer Sozialisation, wenn sie die Ursachen,

Verlaufsformen und individuellen Konsequenzen der Reproduktion un- oder anti-demokratischer Elemente der (Welt-)Gesellschaft durch die Subjekte hindurch sowie die demokratiegefährdenden Effekte politischen Lernens als eine Tendenz des Geschichtsverlaufs aufdeckt oder brachliegende Stimulanz, Vermittlungsweisen und Lern- bzw. Persönlichkeitskapazitäten innerhalb der politischen Kultur als ein Potential für eine lebenswerte demokratische Zukunft freilegt<sup>2)</sup>.

Einer Didaktik der Politischen Bildung muß an den Ergebnissen der Erforschung politischer Sozialisation zwecks Einsicht in ihre eigene Reichweite und Wirksamkeit sowie in die Voraussetzungen und Begleitumstände der von ihr anzuleitenden Handlungsvollzüge besonders gelegen sein. Denn immerhin prägt sie jenen Spezialfall des manifesten politischen Lernens maßgeblich mit, der sich durch Intentionalität und Planmäßigkeit auszeichnet. Und sie hat es bei ihren Adressaten stets mit Lernenden zu tun, deren Biographie erworbene politische Einstellungsmuster, Bewußtseinsstrukturen und Handlungsfähigkeiten aufweist. Unter der Option für Demokratisierung hat „Politische Bildung... die Aufgabe, die Menschen ihren Standort und ihre Interessen in der hochindustrialisierten Gesellschaft erkennen zu lassen. (...) Ziel Politischer Bildung ist die Schaffung eines kritischen Bewußtseins und die Befähigung zu selbständi-

<sup>1)</sup> P. Brückner, Zerstörung des Gehorsams. Aufsätze zur Politischen Psychologie, Berlin 1983, S. 27.

<sup>2)</sup> In diesem Sinne siehe B. Claußen, Politische Sozialisation in Theorie und Praxis. Beiträge zu einem demokratienotwendigen Lernfeld, München — Basel 1980.

gem Urteil. Beides soll in politisches Engagement einmünden. (...) Politische Bildung muß mehr sein als Vermittlung von Faktenwissen. Kenntnisse über Institutionen, Organisationen, Gesetze und Verfassungen sind ... notwendig, um die Struktur politischer Prozesse und ... Mechanismen der Herrschaft zu erkennen. (...) Indem die kritische Sonde an Theorie und Praxis angelegt wird, ist Politische Bildung zugleich Kritik des Kapitalismus, der sozialistischen Systeme und der parlamentarischen Demokratie. Politische Bildung ... fordert zu Entscheidungen auf, stellt Traditionen, Autoritäten und überkommene Ordnungen in Frage.<sup>3)</sup> Programmsätze dieser Art implizieren, daß die in ihnen angesprochenen Persönlichkeitsdimensionen nicht automatisch wachsen. Sie dürfen aber keineswegs davon ablenken, daß nicht alles als Politische Bildung Bezeichnete solchen Zwecken dient. Wenn eine andere Aufgabenbeschreibung, deren Konsensfähigkeit bis heute nicht ernsthaft in Abrede gestellt wurde, Politische Bildung als „eine ... korrigierende, systematisierende, differenzierende kritische ... Dienstleistung“ bezeichnet<sup>4)</sup>, wird darin zum Ausdruck gebracht, daß außerhalb der Politischen Bildung angesiedelte politische Lernprozesse vom Demokratiegebot her fehlgeleitet oder doch zumindest stark defizitär sind. Die Gewißheit, mit der die Didaktik der Politischen Bildung solche Mängel voraussetzt, ist bereits ein Resultat der sorgfältigen Rezeption von älteren Studien zur politischen Sozialisation<sup>5)</sup>.

<sup>3)</sup> F. Neumann, Politische Bildung, in: H. Drechsler u. a. (Hrsg.), Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik, Baden-Baden 1984<sup>6</sup>, S. V—VI.

<sup>4)</sup> H. Giesecke, Die Schule als pluralistische Dienstleistung und das Konsensproblem in der politischen Bildung, in: S. Schiele/H. Schneider (Hrsg.), Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart 1977, S. 56—69, hier S. 60; Kursivdruck wurde nicht übernommen.

<sup>5)</sup> Zu den bekannten früheren Vertretern einer Indienstnahme von Befunden und Überlegungen zur politischen Sozialisation für die Belange Politischer Bildung, deren Aktualität auch heute noch nicht verblaßt ist, zählen P. Ackermann (Hrsg.), Politische Sozialisation, Opladen 1974; G. C. Behrmann, Soziales System und politische Sozialisation. Eine Kritik der neueren politischen Pädagogik, Stuttgart u. a. 1975<sup>7</sup>; B. Claußen (Hrsg.), Materialien zur politischen Sozialisation. Zur sozialwissenschaftlichen Fundierung politischer Bildung, München — Basel 1976. Als Dokumentation entsprechend intendierter internationaler Fachtagungen siehe zudem G. C. Behrmann (Hrsg.), Politische Sozialisation in entwickelten Industriegesellschaften, Bonn 1979, und G. Schmitt (Bearb.), Individuum und Gesellschaft in der politischen Sozialisation, Tutzing 1980.

Die zunehmende Bedeutung politikbezogener Lernprozesse sowie die erweiterte Arbeitsteilung und Verästelung der Sozialwissenschaften während der zurückliegenden Jahre machen erklärlich, daß die politische Sozialisation heute auf mehr als nur marginales Forschungsinteresse stößt und, inner- wie interdisziplinär bearbeitet, längst einen herausragenden Platz innerhalb des mittlerweile breiten Spektrums der Sozialisationstheorie und darauf zielender Untersuchungen einnimmt<sup>6)</sup>. Konnte noch vor wenigen Jahren eine Übersicht über das auch bis dahin schon respektable verstreute Schrifttum als Einführung konzipiert werden<sup>7)</sup>, ist nunmehr bereits eine in die Breite und Tiefe gehende kompendienartige Ordnung angezeigt<sup>8)</sup>. Denn immerhin gilt es, unzählige facettenreiche Veröffentlichungen aufzuarbeiten, in denen sich (kaum) die normativ-ontologischen, (hauptsächlich) die empirisch-analytischen und (gelegentlich) die dialektisch-historischen Ansätze der jeweiligen sozialwissenschaftlichen Bezugsdisziplin wieder- und konkret zur Anwendung gebracht finden. Eine konsistente und umfassende Theorie der politischen Sozialisation gibt es gegenwärtig freilich noch nicht. Nachweisbar sind allenfalls Baustein-Sammlungen für unterschiedliche Forschungsparadigmen. Sie lassen sich der — nicht vergrößernd gemeinten, sondern unüberbrückbare Differenzen verdeutlichenden — Dichotomie von traditioneller (systemimmanent abbildender, funktionalistisch erklärender und positivistisch realitätsverdoppelnder) und kritischer (systemskeptisch analysierender, Ideologien anprangernder und unentdeckte utopische Elemente aufzeigender) Theorie zuordnen. Gerade die jüngsten Neuerscheinungen belegen aber eindringlich, daß die Erforschung politischer Sozialisation, was die Konzepte, Untersuchungsstandards und Argumentationsqualitäten anbelangt, durchaus als etabliert und vielseitig gelten kann<sup>9)</sup>.

<sup>6)</sup> Beachte etwa C. Kulke, Politische Sozialisation, in: K. Hurrelmann/D. Ulrich (Hrsg.), Handbuch der Sozialisationsforschung, Studienausgabe, Weinheim — Basel 1983, S. 745—776.

<sup>7)</sup> Vgl. A. Görlitz, Politische Sozialisationsforschung. Eine Einführung, Stuttgart u. a. 1977; P. Pawelka, Politische Sozialisation, Wiesbaden 1977; L. Kießler, Politische Sozialisation. Eine Einführung, Baden-Baden 1979.

<sup>8)</sup> Als ersten und bislang einmaligen Versuch im deutschsprachigen Raum siehe B. Claußen/K. Wasmund (Hrsg.), Handbuch der politischen Sozialisation, Braunschweig 1982.

<sup>9)</sup> Über die wichtigsten Werke berichtet B. Claußen, Politische Sozialisation: Konsolidierung und

Didaktik der Politischen Bildung und Konzepte zu ihrer Transformation auf kompromißhafte Curricula haben es in dieser Situation schwer, mit den neueren Entwicklungen Schritt zu halten und die Wissensakkumulation angemessen zu rezipieren. Das gilt zumal seit den Anfängen der entpolitizierenden Gegenreform mit ihrem tendenziellen Irrationalismus, zu dem auch eine Abkehr von der zaghaft eingeleiteten Verwissenschaftlichung von Fachdidaktik und Unterrichtspraxis gehört<sup>10)</sup>. Mit der Wiederbelebung beispielsweise von Institutionenkunde und Geseinungserziehung, Faktenvermittlung und Wertetradierung sowie deren jeweiliger Elaboration ist es vermacht, daß man die Leistungen anderer Sozialisationsinstanzen wenig erfragt und eine Bereitschaft zur Kompensation ihrer Defizite nicht entwickelt. Denn die Selbstgewißheit, mit der dadurch invariant interpretierte Sachverhalte instruktionsartig anstelle einer Auseinandersetzung mit realen politisch-gesellschaftlichen Konflikten und ihrer kontroversen sozialwissenschaftlichen Abbildung propagiert wird, braucht auf den sozialisatorisch erworbenen Bewußtseinsstand der Lernenden kaum Rücksicht zu nehmen. Im

Zuge der herausgeforderten Analyse und Kritik der hauptsächlichen Elemente und Funktionen gegenreformerischen sozialkundlich-politischen Unterrichts etwa gehen der Fachdidaktik vielfach jene Energien verloren, die für die Adaptation von Studien zur politischen Sozialisation vonnöten wären. Dadurch wiederum fehlt es ihr aber ausgerechnet an Argumenten und Einsichten, die für Zurückweisungen und erst recht für die Erarbeitung alternativer Entwürfe benötigt werden. Für eine Re-Intensivierung des fruchtbaren Dialogs zwischen Didaktik der Politischen Bildung und Sozialisationsforschung könnte es daher nützlich sein, vor allen Anregungen zu unabdingbaren systematisch-monographischen Arbeiten an ausgewählten typischen Aspekten exemplarisch und knapp darzulegen, welcher Traditionsbestand noch heute als bewährt gelten kann und ob neuere Diskussionen zur politischen Sozialisation die Politische Bildung künftighin zu verbessern, oder aber ob aktuelle Akzentsetzungen der Fachdidaktik dem Erkenntnisstand und Problembewußtsein der Sozialisationsforschung standzuhalten vermögen<sup>11)</sup>.

## II. Traditionslinien aus gegenwärtiger Sicht

Eine Bündelung der einzelnen Forschungseinrichtungen und -arbeiten, die in den zurückliegenden Jahrzehnten bis weit in die siebziger Jahre bei teilweiser Ausstrahlung auch noch in die Gegenwart dem Problemkomplex der politischen Sozialisation gewidmet waren, läßt sich typologisierend mit dem *Identifikations- oder Legitimationskonzept*, dem *Interaktions- oder Identitätskonzept* und dem *Kognitions- oder Kooperationskonzept* bewerkstelligen<sup>12)</sup>: Im *ersten* Fall dominiert „eine... vorrangige... Orientierung an solchen sozialisatorischen Prozessen, die den Bestand des politischen Systems... und eine weitere Fortentwicklung systemfunktionaler Strukturen und Institutionen gewährleisten. Dabei beruht die Grundvoraussetzung auf den Loyalitätsbindungen der Individuen an das System, ... auf einem Paradigma also, das eher auf die affektiven Potentiale der Unterstützungsfunktion von Systemen abzielt.“<sup>13)</sup> Demgegenüber sind im *zweiten* „Modell... idealtypisch mehrfache Stränge traditioneller wie auch neuerer interaktionistischer Rollentheorie und identitätstheoretischer Vorstellungen miteinander verknüpft. (...) Das

Hauptaugenmerk liegt auf interpersonalen Prozessen und erst sekundär auf gesellschaftlichen Strukturen; vermittelt sind beide durch ein System sozialer Normen und Regeln. Politische Lernprozesse vollziehen sich durch Interaktion zwischen generalisierten Rollenträ-

Differenzierung eines Forschungsparadigmas, in: Neue Politische Literatur, 29 (1984), S. 91—116 und S. 166—186.

<sup>10)</sup> Vgl. V. Briese u. a. (Hrsg.), Entpolitisierung der Politikdidaktik? Politische Bildung zwischen Reform und Gegenreform, Weinheim — Basel 1981, und G. Steffens, Der neue Irrationalismus in der Bildungspolitik. Zur pädagogischen Gegenreform am Beispiel hessischer Rahmenrichtlinien, Frankfurt/Main 1984.

<sup>11)</sup> Die diesbezüglichen weiteren Ausführungen schließen an Überlegungen des Verfassers in den vorstehend und weiter unten nachgewiesenen Abhandlungen bei summarischer Auslegung der dort und in diesem Beitrag verzeichneten Literatur an. Aus Platzgründen können dabei nicht alle Gedankengänge oder die darin ausgewerteten Studien akribisch rekapituliert und aufgelistet werden, aus denen sich die Gesichtspunkte für die hier getroffene Auswahl ergeben.

<sup>12)</sup> So die plausible Einteilung von C. Kulke (Anm. 6), S. 751 ff.

<sup>13)</sup> Ebd., S. 753.

gern oder Sozialisationsagenten im Kontext allgemein anerkannter und nachvollziehbarer Symbolbedeutungen sowie durch Konsensus auf häufig genug normativ bestimmter Lebensgrundlage.<sup>14)</sup> Bei der *dritten* Variante schließlich liegt „die zentrale Aussage... in der zunehmenden entwicklungslogischen Differenzierung subjektiver Fähigkeiten zu kognitiven und, damit verknüpft, sozialen Kompetenzen durch die interaktive Auseinandersetzung des Individuums mit seiner Umwelt. (...) In Phasen- bzw. Ebenenkonzepten... wird ein Gesamtentwicklungstrend deutlich, der zu zunehmender Abstraktionsfähigkeit des operationalen Denkens und zur Differenzierung von Rollenhandeln und -übernahme sowie der Fähigkeit zum Perspektivwechsel... führt. (...) Relativ unberührt von empirischen Gültigkeitserwägungen ist... das Modell einer hierarchischen Abfolge von kognitiven Entwicklungsstufen, verknüpft mit Bewußtseinsqualifikationen zunehmender Rationalität und moralisch-autonomer Kompetenz, für politische Sozialisationsansätze reizvoll und anregend... Dies ist nicht zuletzt... Zusammenhängen von Moralstufen, die Individuen innehaben, und unterschiedlichen Präferenzen für politische Richtungen wie auch... Handlungsalternativen... zu verdanken.“<sup>15)</sup> Jede dieser Typen enthält selbstredend zahlreiche Diversifikationen; und daneben gibt es noch einige mehr auf punktuelle Probleme des politischen Lernens, namentlich auf die Ergebnisse einzelner Sozialisationsinstanzen und/oder deren Niederschlag hinsichtlich der Bedeutung von Lebensalter-Phasen bzw. als kollektives Erscheinungsbild ausfindig zu machender Sozialcharaktere, konzentrierte Forschungsbeiträge. Sie alle haben wie die umfassenderen Typen sozialpsychologisch-psychoanalytische, soziökonomische und gesellschaftstheoretisch fundierte Untersuchungen mit unterschiedlichen Akzentsetzungen und Kombinationsweisen zur Grundlage<sup>16)</sup>.

Trotz des geschärften Problembewußtseins bezüglich der eminenten Wichtigkeit empirischer Sozialforschung für die Gestaltung Politischer Bildung<sup>17)</sup> ist die Fachdidaktik während der Vergangenheit, abgesehen vielleicht von wenigen bedeutungslos gebliebenen

naiv-praktizistischen Rezeptionskapriolen, nicht der skeptisch eingeschätzten Versuchung erlegen, „pädagogische Ziele aus empirischen Befunden abzuleiten“ oder ihre Maßgaben und Maßnahmen daraus zu deduzieren<sup>18)</sup>. Sie hat vielmehr stets Ausfilterungen und Uminterpretationen gemäß ihrer genuinen Aufgabenstellung vorgenommen. Zutreffend ist gewiß die Beobachtung, daß dabei vor allem Elemente der Interaktions- und Identitätskonzepte „in Konflikt-, Kommunikations- und Handlungsparadigmata der Konzeptionen zur Politischen Bildung eingegangen“ sind<sup>19)</sup>. Zwar läßt sich deswegen keinesfalls ein gewisser Adaptationsmonismus behaupten oder gar der absurde Vorwurf rechtfertigen, demzufolge „sich die um ihre Anerkennung als Sozialwissenschaft bemühte Pädagogik, indem sie statt Bildung und Erziehung Sozialisation zu ihrem Thema machte,... in den Fallstricken der Sozialisationsforschung verfang“<sup>20)</sup>. Man wird aber auch nicht ausschließen dürfen, daß zuweilen Befunde und Erklärungen über das Zustandekommen und die Qualität von politischen Lernprozessen nicht unbedingt als ein Instrument fachdidaktischer Selbstkritik und Bescheidenheit benutzt, sondern in Einzelfällen verkürzend und beliebig als willkommene Legitimationshilfe für didaktisch-methodische Vorentscheidungen verwendet wurden.

Abseits dessen läßt sich aber festhalten, daß eine vermittelnde Gesamtinterpretation der typenmäßig variierenden, einander teilweise ergänzenden und außerhalb der Typen produzierten Erkenntnisse über politische Sozialisation einen *Standardset* von Grundlagenwissen zutage fördern konnte, aus dem sich einige mehr oder weniger ernsthafte *Konsequenzen* für die Politische Bildung ergaben, vor allem im Kontext der Bildungsreformen seit dem Ende der sechziger Jahre. In ihren wichtigsten Dimensionen lassen sie sich thesenartig etwa folgendermaßen fixieren<sup>21)</sup>:

<sup>14)</sup> G. C. Behrmann, Die ‚Systemrelevanz‘ politischer Sozialisation: Zur Revision der politischen Theorie politischer Sozialisation, in: G. Schmitt (Anm. 5), S. 16—48, hier S. 48.

<sup>15)</sup> C. Kulke (Anm. 6), S. 754.

<sup>16)</sup> G. C. Behrmann, Politik — Zur Problematik des sozialkundlich-politischen Unterrichts und seiner neueren Didaktik, in: G. C. Behrmann u. a., Geschichte und Politik. Didaktische Grundlegung eines kooperativen Unterrichts, Paderborn 1978, S. 109—222, hier S. 155f.

<sup>17)</sup> Ergänzend siehe B. Claußen, Kritik und didaktische Konsequenzen neuerer Überlegungen zur politischen Sozialisation, in: B. Claußen, Aspekte politischer Pädagogik. Beiträge zur Wissenschaftstheo-

<sup>14)</sup> Ebd., S. 754.

<sup>15)</sup> Ebd., S. 757.

<sup>16)</sup> Vgl. ebd., S. 761ff., und P. Pawelka (Anm. 7), S. 108ff.

<sup>17)</sup> Siehe stellvertretend für andere U. Andersen, Die Bedeutung empirischer Analysen für die politische Didaktik, in: G. Schmitt (Anm. 5), S. 158—164.

— *Politisches Lernen beginnt in frühester Kindheit* und ereignet sich selbst noch im hohen Lebensalter; unter den vorherrschenden Lebensbedingungen verkrustet, akkumuliert und verlangsamt es sich freilich relativ frühzeitig. Daraus folgt: *Politische Bildung muß im Kindesalter einsetzen* und die Erwachsenen bis hin zur Altenbildung einschließen; dabei muß es ihr um die Ermöglichung von Offenheit und Flexibilität zu tun sein.

— *Frühe politische Lernprozesse sind langfristig stabil und prägewirksam*, sofern sie nicht in späteren Lebensphasen aufgearbeitet oder in angemessener Weise durch neuartige Erfahrungen neutralisiert werden; d. h. sie bedeuten eine relative Determination von Grundstrukturen der Wahrnehmung, Deutung und Integration von politisch-gesellschaftlichen Phänomenen, kulminieren als Selektionsfilter und schaffen Grundvoraussetzungen für späteres politisches Denken, Fühlen und Handeln. Daraus folgt: *Politische Bildung muß Auseinandersetzung mit Lebensgeschichte leisten* und diese in einen Zusammenhang bringen mit der Analyse von politisch-gesellschaftlichen Strukturen und historischen Hintergründen; perspektivenentwickelnd kann das nur geleistet werden als behutsame Auflösung von Befangenheit in eingeschliffenen Verhaltensmustern und Einführung von reflektierbaren Kontrasterlebnissen mit unterschiedlichsten sinnlichen Gehalten.

— *Politisches Lernen ist grundsätzlich vielseitig*, wobei allerdings unter den Existenzbedingungen in hochindustrialisierten Massengesellschaften zunehmende Partikularisierungs- und Isolationstendenzen auszumachen sind; so kommt es, daß irrationale Momente wie beispielsweise klischeehafte Gesellschaftsbilder, Furcht und Realitätsverluste, Passivitätsanteile bis hin zur politischen Lethargie oder massive Aggressivität als Handlungsmuster gegenüber intellektuell redlicher Umweltverarbeitung, Partizipationsneigungen und kommunikativer Konfliktbewältigung überwiegen. Daraus folgt: *Politische Bildung muß eine Integration verschiedener Persönlichkeitssektoren begünstigen* und dabei jene Subjektmerkmale zu verstärken helfen, die im Alltag unterrepräsentiert bleiben; Erweiterung des Denkvermögens, Sensibilisierung für Betroffenheit, Erarbeitung von

Analyse- und Deutungsschemata, Auflösung von Ohnmachtsgefühlen und Verunsicherung von Saturiertheit sowie Einübung von Konsensfindungs-Handeln und Interessenartikulation sind darum aufzugeben.

— *Infolge materiellen Zwangs und struktureller Gewalt besteht die Gesamtleistung politischer Sozialisation selbst im demokratischen Staat überwiegend in einer reflexhaften Anpassung* des einzelnen an die nicht immer eindeutigen und vernünftigen Systemimperative; diffuse Loyalität und Konformität bei gleichzeitiger Ungewißheit und Gleichgewichtsstörungen zwischen stumpfen, verinnerlichten Gehorsam und exzessiver Ausschöpfung der materiellen und immateriellen Konsumgüter sind häufig die Folgen. Daraus folgt: *Politische Bildung muß die Selbständigkeit des Urteilens und Entscheidens der einzelnen Staatsbürger sowie deren Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem gesellschaftlichen Ganzen in Gegenwart und Zukunft fördern*; dazu zählen die Befähigung zum Denken in Alternativen, die Problematisierung von Lebensweisen und Ordnungssystemen samt der dahinter verborgenen Interessen, Legitimitäts- und Legalitätsprüfungen sowie eine Stärkung von individuellen Kompetenzen und Solidaritätsvoraussetzungen.

— *Politisches Lernen erfolgt als Interaktion in kommunikativen Zusammenhängen*; in der Regel überwiegen allerdings Rezeptivität und Reproduktion der vorfindlichen Zustände in struktureller Hinsicht, so daß Tradierung oder bestenfalls Erschließung des Sinns des politisch-gesellschaftlichen Systems im Vordergrund stehen. Daraus folgt: *Politische Bildung muß Diskussionen, Debatten und Fähigkeiten des Öffentlichmachens von Meinungen, Überzeugungen und Anliegen herausfordern*; sie hat deshalb Aktivitäten in der Beschäftigung mit brisanter sozialer Lebensumwelt anzuregen, die Versäumnisse der Geschichte zu thematisieren und das Augenmerk auf Möglichkeitsmodelle von Wirklichkeit in Prozessen der Sinnstiftung anstatt auf die bloße Abbildung von positiv gegebenen Teiltatsachen zu lenken.

In zahlreichen Konzepten emanzipatorischer Politischer Bildung, die für die Erhaltung und Erweiterung von politischer und individueller Selbstverfügung engagiert sind, lassen sich die skizzierten Konsequenzen auf der Ebene von Lernzielangaben, Unterrichtsthemen, Methoden und Lehrmaterialien, wenn auch kategorial manchmal anders gefaßt und für unterschiedliche Adressatengruppen differenziert

rie, Fachdidaktik und Praxisbezug, Frankfurt/Main 1979, S. 285—307; B. Claußen, Sozialisationsforschung, in: E. Lippert/R. Wakenhut (Hrsg.), Handwörterbuch der Politischen Psychologie, Opladen 1983, S. 298—308.

ausbuchstabielt, wiederfinden<sup>22)</sup>. Die varian-  
tenreiche Formulierung einer Politischen Bil-  
dung vom Lernenden aus und um seinetwil-  
len hat eines ihrer Bestimmungsmomente ge-  
wiß in der Einsicht sowohl in die allen syste-  
matisch organisierten Lernprozessen vorauf-  
gegangene Präfabrikation politischen Alltags-  
bewußtseins als auch in die vielfältigen Stö-  
rungen und Schädigungen des Aufbaus stabiler  
politischer Persönlichkeit. Sie drückt zu-  
gleich jene durch Sozialisationsforschung na-  
hegelegte Skepsis aus, mit der einer simplen  
linearen Vermittlung überzeitlicher Bildungsgüter  
zu begegnen ist.

Das Volumen der sozialisationstheoretischen  
Erkenntnisse über Inhalte, Strukturen und  
Resultate politischen Lernens<sup>23)</sup>, auf das die  
Fachdidaktik einen Teil ihrer Konstruktions-  
versuche gründet, ist — soweit derzeit er-  
sichtlich — durch das insgesamt der seit der  
Rezeption älterer Abhandlungen vorgelegten  
Studien zum politischen Lernen *nicht wider-  
legbar* und auch nicht prinzipiell zu bezweifel-  
n. Immerhin ruht die Dysfunktionalität poli-  
tischer Sozialisation im Hinblick auf eine  
begriffsgemäß praktizierte und also nicht bloß  
professionellen Politikern mehr oder minder  
gut kontrolliert überlassene Demokratie ja  
auch auf verbesserungsbedürftigen und -fähigen  
*Strukturdefekten des politischen Systems*  
(wie z. B. Suprabürokratisierung, Mitbestim-  
mungsbeschränkungen, Effizienzdefizite), die  
in den letzten Jahren nicht merklich an Prä-  
gekraft verloren oder wesentlich neuartige  
Modalitäten der Sozialisation hervorgebracht  
haben<sup>24)</sup>. Zur Disposition stehen muß sicher,  
zumal angesichts der kaum übersehbaren  
Wirkungsgrenzen bisheriger Politischer Bil-

dung, ob die Konsequenzdefinition bislang zu  
den geeigneten Maßnahmen und Maßgaben  
geführt hat. Auf Grund der Forschungsergeb-  
nisse zur politischen Sozialisation läßt sich  
aber nicht in Abrede stellen, daß Politische  
Bildung in den geschilderten Konturen erfor-  
derlich ist. Die Wahrnehmung von Korrektiv-  
funktionen gegenüber dem alltäglichen politi-  
schen Lernen, wenn auch vielleicht nach neu  
zu überdenkenden Verfahrensweisen mit ei-  
nem stärkeren Gewicht auf der Unterricht-  
methodik, ist demnach gleichsam als eine  
Traditionslinie programmatisch-konzeption-  
eller Art in die Zukunft zu verlängern, um  
den faktischen Traditionssträngen der Behin-  
derung kollektiv folgenreicher demokrati-  
scher Persönlichkeiten nachdrücklich zu be-  
gegnet.

Die bisherige Geschichte der Rezeption von  
Sozialisationstheorie durch die Didaktik der  
Politischen Bildung markiert in ihren seriö-  
sen und fortgeschrittensten Ausprägungen ei-  
nen Entwicklungsstand, hinter dem künftige  
Einlassungen zur Politischen Bildung ohne  
Schaden für die Sache nicht zurückbleiben  
können. Und das heißt auch: Anderslautende  
Entwürfe für den sozialkundlich-politischen  
Unterricht sind vom sozialisationstheoreti-  
schen Standpunkt aus fragwürdig und unge-  
schützt, so daß vermutlich einzig die ihnen  
zugrundeliegenden Interessen ihren Rech-  
tfertigungsgrund abliefern. Diesbezüglich  
ließe sich durchaus sagen, daß ihnen offen-  
sichtlich die Kompensation von de-  
mokratiegefährdenden Sozialisationseffekten,  
ggf. entgegen verbaler Bekundungen, einerlei  
ist oder daß sie gar auf deren Verstärkung  
spekulieren.

### III. Aktuelle Akzentsetzungen und ihre Reichweite

Politische Sozialisation ist trotz der generel-  
len Gültigkeit älterer Theoriebausteine nicht  
ahistorisch zu denken. Mit der Bestätigung  
oder Unangetastetheit früherer Annahmen  
und Befunde gehen im gegenwärtigen Schrift-

tum auch Beobachtungen einher, welche die  
Vermutung einer *Entwicklungsgenese politi-  
schen Lernens* im zeitlichen Längsschnitt  
stützen. An der Herauskristallisation einer  
Abfolge sogenannter politischer Generatio-  
nen, mit denen zeit(geist)geprägte, besonders  
hervorstechende Manifestationen der Aggre-  
gation von individuellen Persönlichkeits-  
merkmalen kodifiziert werden<sup>25)</sup>, ist das ab-  
lesbar. Signum der Gegenwart scheint danach  
eine *Protestgeneration* mit tendenziell post-

<sup>22)</sup> Vgl. W. Hilligen, Politische Bildung, in: W. W. Mickel/D. Zitzlaff (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1983, S. 362—369.

<sup>23)</sup> Siehe auch die lexikalisch prägnante Übersicht bei G. Behrmann, Politische Sozialisation, in: W. Mickel/D. Zitzlaff (Anm. 22), S. 410—415.

<sup>24)</sup> Zahlreiche Aufschlüsse darüber entwickelt M. Erdheim, Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit. Eine Einführung in den ethnopsychanalytischen Prozeß, Frankfurt/Main 1982, insbes. S. 368ff.

<sup>25)</sup> Vgl. H. Fogt, Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell, Opladen 1982.



materialistisch ausgerichteten Wertüberzeugungen in neuen sozialen Bewegungen zu sein. Weil sie allerdings kein mehrheitliches Erscheinungsbild ist und zahlreiche Irrationalismen gerade dessen reproduziert, wogegen sie mehr oder weniger vordergründig gerichtet sein will<sup>26)</sup>, kann sie wohl günstigstenfalls nur als ein Indikator für Widersprüchlichkeiten, unbefriedigte Bedürfnisreste und schlummernde Potenzen interpretiert werden. Keinesfalls aber darf sie als ein Beweis für eine dem Wesen nach strukturell veränderte politische Sozialisation herhalten.

Wahrscheinlicher ist es, daß sich in Protestmentalitäten als spektakuläre Stellvertreterschaft für mancherlei andere Expressionen des Verhältnisses der — vor allem heranwachsenden — Bürger zu ihrem Staat lediglich *Zuspitzungen* und *Verschärfungen* jener Befunde kundtun, die vor wenigen Jahren bereits so resümiert wurden: „Im Ausschluß von breiten Bevölkerungsschichten aus dem zwischen gesellschaftlichen und politischen Oligarchien aufgespannten Prozeß politischer Kommunikation liegt die maßgebliche Schwäche von politischer Sozialisation, welche durch die Sozialisationsagenten... ausgeübt wird. Dies hat Folgen in mehrfacher Hinsicht: einmal für das politische System selbst, zum anderen aber auch für die Sozialisanden, d. h. für den Großteil der von politischer Kommunikation ausgeschlossenen Bürger, und nicht zuletzt für den politische Herrschaft legitimierenden Kommunikationsprozeß zwischen politischem und gesellschaftlichem System... und damit für die politische Demokratie“<sup>27)</sup>.

Mit den Stichworten Lern- und Reformunfähigkeit sowie Immobilismus des politischen Systems einerseits und zunehmende politische Entfremdung sowie schwindende politische Identität der Staatsbürger andererseits wird ein diesen Tatbestand erfassendes Spannungsfeld bezeichnet, das als ein Eskalationsverhältnis zwischen Legitimations- und Persönlichkeitskrise Gegenstand der Sozialisationsforschung war, ist<sup>28)</sup> — und vorläufig bleiben wird.

Tatsächlich läßt sich zumindest das Gros der neueren Veröffentlichungen zum Thema trotz

aller Eigentümlichkeiten wie eine Erhärtung dieser Vermutung lesen. Dabei ist es übrigens ein Indiz für die allgemeine Verlagerung der Forschungsperspektive von der Produkt- zur Prozeßorientierung, daß jüngst die Zugriffsweisen durch die Politische Psychologie sich häufen<sup>29)</sup>. Denn sie konzentriert sich vor allem soziologischen und politologischen Betrachtungen mit ihrer Thematisierung der innerpersonalen Kosten und Zugewinne vermittelt der Auswirkungen sozialer Umwelt auch auf die intrasubjektiven Vorgänge der Entstehung politischer Persönlichkeit. Nützlich ist es gewiß, wenn im Zusammenhang damit sogar zu wissenschafts-didaktischen Bemühungen vorgestoßen wird, die in eine für die Praxis der Politischen Bildung diskutierbare Synopse diverser Forschungsleistungen münden und Hilfen für die Gestaltung von Lernarrangements bieten<sup>30)</sup>; problematischer sind demgegenüber Versuche der Begründung einer ‚neuen‘ Theorie der Politischen Bildung von einem einzigen Paradigma der Sozialisationsforschung aus, das weder an die Vielfalt anderer Ansätze noch an den — vor allem auch gesellschaftskritischen — Grundbestand der Fachdidaktik rückgekoppelt wird<sup>31)</sup>. Als Hinweis auf aktuelle *materiale Akzentsetzungen* müssen einige wenige von vielen möglichen Beispielen genügen:

### 1. Neuer Sozialisationstypus?

Daß im Gefolge von abgewandelten Familiengefügen, Verkehrsformen im öffentlichen Leben, Arbeitsplatzsituationen, Konsumweisen u. ä. m. seit dem Zweiten Weltkrieg eine Modifikation der Bedingungen politischer Sozialisation eingetreten ist, läßt sich keineswegs leugnen. Nachweislich beherrschen denn auch nicht mehr überall physischer Zwang, Befehlsprinzipien und übermächtige Bezugspersonen als Mittel der Durchsetzung gesell-

<sup>29)</sup> Vg. z. B. H.-D. Klingemann u. a. (Hrsg.), Politische Psychologie, Opladen 1982, vor allem S. 37 ff., und zahlreiche Abhandlungen in den bisherigen Ausgaben der Schriftenreihe von H. Moser (Hrsg.), Fortschritte der Politischen Psychologie, Bd. 1 ff., Weinheim — Basel 1981 ff.

<sup>30)</sup> Mustergültig: S. Preiser, Sozialpsychologische, entwicklungspsychologische und lernpsychologische Voraussetzungen politischen Unterrichts, in: V. Nitzschke/F. Sandmann (Hrsg.), Neue Ansätze zur Methodik des politischen Unterrichts, Stuttgart 1982, S. 99—128.

<sup>31)</sup> Zuletzt H.-J. Asmus, Politische Lernprozesse bei Kindern und Jugendlichen. Eine sozialisationstheoretische Begründung, Frankfurt/Main — New York 1983, besonders S. 131 ff.

<sup>26)</sup> Siehe dazu H. Klages/W. Herbert, Wertorientierung und Staatsbezug. Untersuchungen zur politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main — New York 1983.

<sup>27)</sup> L. Kibler (Anm. 7), S. 107.

<sup>28)</sup> Am Beispiel der Heranwachsenden bei W. Behr, Jugendkrise und Jugendprotest, Stuttgart u. a. 1982.

schaftlicher Anpassungserwartungen die Strukturierung von Lernprozessen; hingegen haben die Ausbreitung subtiler, nämlich psychischer Formen der Selbstdisziplinierung, der Orientierung an den Normstandards der Gleichaltrigen und die konsumtenhafte, ein Leben nach dem Lustprinzip suggerierende Teilhabe an den Erzeugnissen der industriellen Produktion zumal auf dem Sektor des Kulturbetriebs beständig zugenommen, wobei allerdings die Verfügbarkeit materieller Güter bei zunehmenden Überflüssen und Sinnentleerungen durchaus ein Gemenge aus Sätturiertheit, Ohnmachtsgefühlen, Wünschen nach kurzzeitiger Bedürfnisbefriedigung und diffusem Überdruß begünstigt<sup>32)</sup>. Den damit einhergehenden Auflösungen herkömmlicher Sozialbeziehungen und Formen symbolischer Kommunikation durch differenzierte Begriffssprache im Angesicht eines parallel zu rasch wachsenden Komplexionsgrade der Welt anschwellenden gesamtgesellschaftlichen Infantilisierungsdrucks ist bereits seit einiger Zeit nachgegangen worden<sup>33)</sup>. Dabei haben sich Anzeichen für die tendenzielle Herausbildung eines im Erscheinungsbild vieler Jugendlicher augenfälligen *narzißtischen Sozialcharakters* ergeben, der als im Gegensatz zum ehemals dominanten autoritären Sozialcharakter neuer Sozialisationstypus gewürdigt wird: politisch wenig oder partikularistisch und ohne Ausdauer interessiert zwar, aber immerhin sanft und mit sich selbst beschäftigt, abgewandt von puritanischer Leistungsethik oder überzogenen Gehorsamkeitsforderungen.

Politische Bildung wäre sicherlich falsch beraten, wenn sie nun mit dem Syndrom des Autoritarismus nicht mehr rechnen würde oder sich aus Motivationsgründen mit der häufigen Illusions- und Konzentrationslosigkeit vieler Jugendlicher arrangieren würde. Denn: Zum einen darf nicht übersehen werden, daß die Neuartigkeit dieses Sozialisationstypus vorrangig darin liegt, daß der Aufbau von Subjektqualitäten basal gestört wird, während einstmals regressionistische Subjektschädigungen den Ausschlag gaben; Konfliktscheu und Manipulierbarkeit sowie eine gewisse

(Gruppen-)Egozentrik aber mit einem Hang „zu bedingungslosem Machtglauben und einem kollektivistischen Führerideal“ sind auch dem narzißtischen Sozialcharakter noch eigen, weil Ich-Schwäche ihn kennzeichnet<sup>34)</sup>. Schließlich ist er nur Anpassungsreflex an modernisierte Herrschaftsformen im Stile der Kolonisierung menschlichen Bewußtseins durch gesellschaftliche Zwänge, nicht aber das Produkt einer von Irrationalität und Barbarei bereits befreiten Gesellschaft. Zum anderen muß es als gefährlich angesehen werden, wenn Politische Bildung sich modischer, Leistungsforderungen verweigernder Präsentationsformen bedient und auf punktuelle Behandlung äußerlich attraktiver Themen ausweicht oder — beflügelt durch den Boom von Jugendstudien während der letzten Jahre — sich ihre Adressaten nur oder überwiegend noch unter Jugendlichen sucht; sie gibt damit nämlich den durchschaubar zu machenden Zwängen nach, beteiligt sich an der Verödung von Geisteskultur und neutralisiert ihre eigentliche Aufgabe gegenüber Staatsbürgern in allen Lebensaltern. Eine all dem gegenüber angemessenere Konsequenz aus dem ‚neuen Sozialisationstypus‘ ist es, wenn sich die Einsicht durchsetzt, daß viele Menschen vor aller Politischen Bildung einer verbesserten Lebenssituation bedürfen, daß Politische Bildung auf vorbereitende oder flankierende Maßnahmen zur Persönlichkeitsförderung angewiesen ist und daß die Themenstellungen Politischer Bildung sowohl den Erwartungs- und Erfahrungshorizont der Lernenden ernst zu nehmen als ihn auch zugleich durch Aufzeigen der großen Zukunftsprobleme, Schwierigkeiten der politischen Weltgestaltung und Verantwortung der einzelnen für sich und ihre Mitmenschen beispielhaft immer zu erweitern hat.

## 2. Kognitive Entwicklung!

Etlichen Forschungsleistungen der allerjüngsten Vergangenheit ist es zu danken, wenn nunmehr mit sicherer Gewißheit davon ausgegangen werden kann, daß qualitativ anspruchsvolle politische Tatsachen- und Werturteile, vorurteils-, stereotypie- und ideologiefreie politische Entscheidungen sowie realitätsgerechte, moderate, problembewußte und konfliktaushaltende politische Hand-

<sup>32)</sup> Illustratives Material und vorläufige Deutungsversuche dazu finden sich bei U. Preuß-Lausitz u. a., *Kriegskinder — Konsumkinder — Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg*, Weinheim — Basel 1983.

<sup>33)</sup> Zu den Auslösern entsprechender Diskussionen zu rechnen ist T. Ziehe, *Pubertät und Narzißmus. Sind Jugendliche entpolitisiert?*, Frankfurt/Main — Köln 1978<sup>2</sup>.

<sup>34)</sup> H.-G. Trescher, *Anpassung an den autoritären Charakter?*, in: H. Häsing u. a. (Hrsg.), *Narziß. Ein neuer Sozialisationstypus?*, Bensheim 1981<sup>4</sup>, S. 87 bis 99, hier S. 97.

lungsmuster zu ganz wesentlichen Teilen von der *Entfaltetheit kognitiver Kapazitäten* des Wahrnehmens, Denkens und persönlichkeitsformenden Verarbeitens politischer Phänomene und Erlebnisse abhängen; und unbestreitbar sind derartige Kapazitäten im Bereich der in sukzessiven Lernprozessen erworbenen Subjektstrukturen zuzurechnen<sup>35)</sup>. Damit erfahren zugleich all jene Konzepte Politischer Bildung eine argumentative Stütze, die in Vergangenheit und Gegenwart unbeirrbar auf der Behandlung realer politischer Problemkonstellationen sowie auf deren gedankliche Durchdringung mit Hilfe von Analysen, theoretisierenden Einordnungsversuchen, Schlüsselbegriffen und sachlichem Abwägen anstelle von appellhafter Gesinnungsschulung oder aktionistischem Verhaltenstraining insistiert haben.

Nicht unproblematisch sind aber viele entwicklungspsychologische Stufenmodelle, weil sie unter anderem das Durchlaufen von niederen bis zu höheren Phasen kognitiver Kapazitäten für unabdingbar erklären und die Stimulusrelevanz politisch-sozialer Umwelt zugunsten von altersbedingten Reifungsvorgängen häufig ausblenden bzw. politische Konfliktsituationen vielfach auf moralische Dilemmata verkürzen<sup>36)</sup>. Deren fachdidaktische Rezeption hat denn auch schon zu solch fragwürdigen Konstrukten geführt, nach denen Politische Bildung so zu gestalten ist, daß ein allmähliches Voranschreiten von einer qualitativ minderwertigen zur nächsten, etwas besseren, nicht aber eine behutsame Ausdehnung von vornherein qualitativ hochwertiger kognitiver Kapazitäten gewährleistet ist. Unreflektiert wird dabei den Lernenden, quasi als Verdoppelung von gesellschaftsbedingt eingeeengten Entwicklungsmöglichkeiten, zugemutet, nacheinander all jene durch kognitive Qualitäten minderer Art charakterisierbaren Phasen politischen Bewußtseins zu durchlaufen, die durchaus nicht zwingend an bestimmte Lebensalter gebunden sein müssen, sondern einer vordemokratischen Stufe menschlicher Gesellschaft angehören, auf der aber Individuen und Gruppen auch in

demokratisch verfaßten Staaten aufgrund anachronistischer materieller, sozialisationsrelevanter Lebensverhältnisse sich einzurichten genötigt werden<sup>37)</sup>: Konventionalistisch-autoritätsfixiert und dichotomisierend beispielsweise verfahren Kinder und Jugendliche eben nicht, weil sie einer bestimmten Altersgruppe mit natürlichen Kompetenzgrenzen angehören, sondern weil sie unter Bedingungen leben, die ihnen entsprechendes Denken und Handeln vorführen oder abverlangen.

Selbstverständlich muß Politische Bildung gleichwohl als eine mögliche empirisch gegebene Lernvoraussetzung kalkulieren, daß ihre Adressaten unverschuldet ein kognitives Niveau mitbringen, welches deskriptiv den Qualitäten einer bestimmten Phase des Stufenmodells nahekommt. Demgegenüber kann die grundsätzlich höchste Stufe, politisches Denken und Handeln nach universalistischen Prinzipien auf der Grundlage humaner Vernunft etwa, als ein Maßstab für Defizitanzeigen und Differenzausdehnungen geeignet sein. Bei der Überbrückung der Unterschiede durch Politische Bildung, als Korrektur politischer Sozialisation, kommt es dann aber nicht darauf an, Zwischenphasen anzupeilen, mit denen Übergangsweise weiterhin demokratiefremde Kognitionsmuster festgeschrieben werden. Vielmehr besteht die didaktisch-methodische Aufgabe in einem Brückenschlag zwischen den empirisch gegebenen Voraussetzungen und den begründeten Intentionen. Dafür ist es ermutigend, wenn andere als stufenmodellhaft-entwicklungspsychologisch ausgerichtete Beiträge zur Sozialisationsforschung darauf hinweisen, daß Erkenntnisfähigkeiten, Kompetenzen der Informationsverarbeitung und Interpretationsvermögen nicht zwingend das Klettern von einer Stufe auf die nächste als Überwindung und Aufbau von inhaltlich differierenden Kognitionsmustern bedeuten muß, sondern vielmehr den Charakter der *Verfeinerung, Verbreiterung und Verzweigung von Kognitionspotentialen* haben kann, die latent unterhalb der Ebene gemessener Manifestationen angesiedelt

<sup>35)</sup> Stellvertretend für das vielfältige Schrifttum siehe W. Hagemann u. a. (Hrsg.), *Kognition und Moralität in politischen Lernprozessen. Theoretische Ansätze, Forschungsergebnisse, Anwendungsmodelle*, Opladen 1982.

<sup>36)</sup> Zu den Einzelheiten und ihrer Kritik siehe B. Claußen, *Wie entwickelt sich moralisches Bewußtsein und welche Bedeutung hat es für die Bewertung des Politischen?*, in: B. Claußen/K. Wasmund (Anm. 8), S. 399—439.

<sup>37)</sup> Vgl. dazu partiell B. Claußen, *Intentionaler und funktionaler Konservatismus als Regression und systemimmanente Modernisierung des sozialkundlich-politischen Unterrichts: Über den affirmativ-reformistischen Gehalt der fachdidaktischen Wende zur Werteerziehung und moralisch-kognitiven Entwicklung*, in: B. Claußen (Hrsg.), *Texte zur politischen Bildung, Bd. 1: Konzeptionen, Sachanalysen und Unterrichtsmedien, als fachdidaktisches Problem*, Frankfurt/Main 1984, S. 43—93.

sind<sup>38)</sup>. Um die Potentiale überhaupt entdecken zu können und sich entfalten zu lassen, kommt es unter anderem auf eine Variation des üblichen Sozialisationsmilieus an, die sicherstellt, daß in angstfreier Atmosphäre politische Lebenserfahrung, kontrastierende Erlebnis-inhalte, erprobte Erklärungsmodelle und Erkenntnismethoden zur Sprache gebracht werden können. Wenn Politische Bildung als ein kontinuierlicher, systematischer, intensiver und diskursiver Prozeß der Reflexion angelegt wird, innerhalb dessen die Manifestationen kognitiver Entwicklung zur Disposition stehen, Kategorien zur Aufschließung vergangener, realer und möglicher Wirklichkeit erarbeitet und angewandt werden, Dissonanzen zu Selbstgewißheiten intellektuelle Suchbewegungen in Gang setzen und bewährte Analyseverfahren an konkreten Fällen verfügbar werden, leistet sie dazu einen nicht unerheblichen Beitrag.

### 3. Technologisierung der Informations- und Kommunikationsweisen

Mit der Erweiterung und Beschleunigung der *Technologisierung der Informations- und Kommunikationsweisen* tritt die bislang schon den Massenmedien zugeschriebene politische Manipulation von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in ein neues Stadium ein. Denn mit ihr werden nicht allein nur die Formen und Inhalte einer Abbildung politischer Wirklichkeit und folglich sekundäre Erlebnisse schlagartig multipliziert, sondern auch das Kommunikations- und Informationsverhalten monopolistisch überformt und weitgehend eindimensional strukturiert. Was wie eine neue Möglichkeit der Demokratie angepriesen wird, weil Raum und Zeit verkürzt oder vielfältigere Daten zugänglich gemacht werden können, ist tatsächlich eher eine *Gefährdung individueller Intaktheit* und auf diesem Wege ein *Erschwernis für Demokratie*: Mit der von Spezialisten zunehmend zentralistisch geleisteten Erhebung und Verbreitung von zumindest teilweise unübersichtlichen, disparaten und unverständlichen Informa-

tionsfluten geht eine Befähigung zur Bewältigung von Daten nicht einher. Die Verfügung über Datenerhebungen und -aufbereitungen ist lückenhaft selektiv und nicht jedermann in gleicher Weise möglich. Der Sozialisationsseffekt und dessen politische Relevanz sind im großen und ganzen bereits jetzt ablesbar: Beständig geringer werden „die Chancen, sich nicht medial vermittelt zu artikulieren und zu organisieren ... Die medial vermittelten Möglichkeiten, zu kommunizieren, nehmen aber zu. (...) Diese Art der Kommunikation ... baut auf der Vereinzelung des Individuums auf und verstärkt sie. (...) Eindeutig läßt sich ... feststellen, daß die Entwicklungsrichtung und die Entwicklungsdynamik der Information, ihrer Medien und der vielerlei Kommunikationsformen ... nicht an der sozialen Organisation der einzelnen, deren Bedürfnissen und Möglichkeiten anknüpfen, sondern einer ökonomischen Verwertungslogik folgen. Eindeutig ist auch, daß hier nicht eine ökonomische List der Vernunft am Werke ist, deren Erfindungen dem geselligen Zusammenhang dienen. Vielmehr zerstört diese Art der Entwicklung ... die Integrität sozialer Räume und der Individuen selber. Der einzelne besitzt keine Kontrollkriterien und Kontrollkommunikationen; er kann die Komplexität der Informations- und Kommunikationsfülle ... nur reduzieren, indem er ihr vertraut. Das ist ihr herrschaftlicher Sinn.“<sup>39)</sup> Politische Bildung verfehlt ihre Absichten, wenn sie darauf mit Technologieverachtung oder Technologisierung bzw. Ausdehnung ihrer Informationsangebote reagiert. Nach solchen sozialisations-theoretischen Überlegungen bestimmt sich ihr Ort nämlich als Hilfestellung bei der Ordnung von Informationsmengen und Hinterfragung ihrer Zwecke, als Komplexitätsreduktion im Sinne der problematisierenden Erschließung von Strukturzusammenhängen, als gegenöffentlichkeits-ähnliche Verschaffung von Zugängen zu ansonsten ausgegrenzten Alternativinformationen und als Anbahnung oder gar Einübung von personaler Kommunikation, bei der in Rede und Gegenrede Geltungsansprüche überprüft und der Erkenntniswert begrifflich prägnanten Sprechens erfahren wird.

<sup>38)</sup> Direkte wie indirekte Hinweise darauf bieten in übersichtlicher Form J.-U. Sandberger, Gesellschaftsbild, in: E. Lippert/R. Wakenhut (Anm. 21), S. 112—124, und T. Leithäuser, Politisches Bewußtsein, in: E. Lippert/R. Wakenhut (Anm. 21), S. 239 bis 254.

<sup>39)</sup> W.-D. Narr, Hin zu einer Gesellschaft bedingter Reflexe, in: J. Habermas (Hrsg.), Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘, Bd. 2: Politik und Kultur, Frankfurt/Main 1979<sup>2</sup>, S. 489—537, hier S. 503.

## IV. Fachdidaktische Trends im Lichte der Sozialisationsforschung

In wenigen Sätzen läßt sich die Entwicklung der Didaktik für die Politische Bildung seit dem Einläuten der Gegenreform gewiß nicht ausdrücken. Einige Eckdaten lassen sich gleichwohl benennen: Die alten Kontroversen sind nicht beigelegt und auch nicht einfach nur vertagt; teilweise in andere Fragestellungen transponiert schwelen sie fort, wobei die Auseinandersetzung mit den jeweiligen Kontrahenten auf der Suche nach einem Minimalkonsens auch ein Stück Preisgabe von Theorierrain bedeuten kann. Eine Art *Trend nach zwei Richtungen* wird mit der Diagnose auf den Begriff gebracht, es wirke sich auf die Konkretisierung allgemeiner Intentionen, auf die Methoden- und Medienwahl und insbesondere „auch auf Entscheidungen über Inhalte ... aus, ob sich Unterricht überwiegend an Interessen und Bedürfnissen der Schüler orientieren solle ... oder ... stärker durch ... verallgemeinerungswürdige Interessen bestimmt sein soll“<sup>40</sup>). In die Differenz zwischen den damit benannten Polen wird derzeit der verbliebene Unterschied zwischen einigen der einflußreichen systemkritischen und systemimmanenten Didaktikern der Politischen Bildung übersetzt:

— Für die eine Position stehen Entwürfe, die zwar nicht völlig der Sozialwissenschaften als ein materiales Konstitutivum des sozialkundlichen Unterrichts entsagen, die aber doch ein eindeutiges Primat formulieren: „Wir möchten den Wissenschaftsbezug einbinden in ... konsequente Schüler-, Erfahrungs- und Handlungsbezogenheit“<sup>41</sup>). Als Modifikation der klassischen *schülerorientierten Politischen Bildung* sind sie bereits eine Reminiszenz an die Persönlichkeitskrise von Jugendlichen. Denn man läßt sich hauptsächlich auf eine Klientel ein, die bei einem Konglomerat aus Orientierungsmangel und -suche, Minderwertigkeitsgefühlen und Streben nach Anerkennung auf der Grundlage einer inneren Beziehungslosigkeit zur etablierten Umwelt primär an ihrer dem eigenen alltäglichen Leben nahen Sache — alternativ genannte Lebensweise, Zuflucht in gefühlsbetonte Gleichaltrigen-Gruppen, Mythologieerfahrung, Pflichtabstinnung u. a. m. — interessiert ist und sinnlich-vitale Bedürfnisse — nach Zärtlichkeit, Musikerleben, Strebfreiheit usw. — bevorzugt.

Nicht von ungefähr lauten die Themenvorschläge für den Unterricht denn auch ausschließlich auf solche allemal wichtigen, aber keineswegs die Gesamtheit der Komplexion und Konflikthaftigkeit des Politischen repräsentierenden Gegenstände, derer sich die sozialen Bewegungen partikularistisch angenommen haben und bei denen sich viele Jugendliche beheimatet wähen: Zukunft, Frieden, Datenschutz und Ökologie<sup>42</sup>). Auch wenn man dem jugendlichen Streben nach hedonistischer Lebensweise mit Sympathie begegnen mag, weil darin die Auswüchse der Zivilisation negiert und ein befriedetes Dasein unter Ausschöpfung verfügbarer Möglichkeiten antizipiert wird, ist eine allein oder überwiegend daran anknüpfende Schülerorientierung problemgeladen, bei der mit der Einbindung von Wissenschaft bzw. nur der an sie angelehnten Verfahrenswege die Gefahr einer Instrumentalisierung von theoretischem Halbwissen für sozialisatorisch erworbene Scheinbedürfnisse, -erfahrungen und -handlungsweisen nicht begegnet wird. Konsequente Schülerorientierung leistet einem tendenziell *irrationalismusanfälligen Subjektivismus* Vorschub. Denn „nicht die objektive, von Menschen ... gestaltete ... Praxis, die sich in ihren gesetzmäßigen Prozessen nur systematisch und wissenschaftlich erschließen läßt, ist hier Ausgangspunkt der Erkenntnis, sondern die individuelle oder auch gruppenspezifische Erfahrung“<sup>43</sup>). Und überdies droht eine narzißtische Selbstbespiegelung von Emotionen dazu zu führen, daß man über einen räumlich und sozial begrenzten geistigen Erfahrungsschatz nicht hinauslangt, zumal die Materialvorschläge fast nur alltagsnahe Primärquellen-Collagen sind. Es kann zwar sein, daß auf diesem Wege Schüler für Politische Bildung motiviert werden; nicht auszuschließen ist aber auch, daß Politische Bildung sich dadurch selbst depotenziert. Dem durch die Befunde der Sozialisationsforschung naheliegenden Hinweis auf die erforderliche Förderung kognitiver Kapazitäten, zu der eben auch Abstraktion, Deduktion, Schemaaneignung gehören, wird nicht nachgegangen: Differenzierung von bloßen Wahrnehmungsmu-

<sup>42</sup>) Vgl. ebd. S. 73ff.

<sup>43</sup>) So bereits die Kritik an einem Vorläufer der Konzeption von K. Priester, ‚Struktur‘ und ‚Konflikt‘ — Bemerkungen zu zwei didaktischen Grundkategorien der politischen Bildung, in: Demokratische Erziehung, 1 (1975) 4, S. 18—30, hier S. 22.

<sup>40</sup>) W. Hilligen (Anm. 22), S. 366; Kursivdruck wurde nicht übernommen.

<sup>41</sup>) A. Holtmann u. a., Sozialkunde 7—10, Weinheim — Basel 1984 S. 25.

stern und Vernunft nur als Absichtserklärung reichen nicht aus<sup>44)</sup>.

— Symptomatisch für die andere Position sind Überlegungen zu einer Verpflichtung der Politischen Bildung auf eine *praktische politische Rationalität*, wobei Wissenschaftlichkeit fast nur noch als Verfahren der Begründung dieser Prioritätensetzung beansprucht wird. Als Kriterium der Bestimmung von politischer Rationalität gelten zunächst Elemente einer formalen Logik, wie sie in Form von Widerspruchsfreiheit oder Fähigkeit zur Unterscheidung zwischen Wert- und Sachurteilen auch schon älteren Konzeptionsskizzen inhärent waren. Daneben tritt noch „eine zweite Quelle von Rationalitätskriterien ... Diese ... wird gespeist aus Tradition, geltenden Konventionen und eigener Erfahrung handelnder Menschen und liefert in der Regel Entscheidungsgründe für unser Verhalten. (...) Auf Politikverständnis und politische Bildung angewandt bedeutet dies ... inductiv und hermeneutisch aus der Tradition unseres philosophisch-politischen Denkens, aus den geschichtlich-politischen Grundlagen unserer Verfassung, aus dem wissenschaftlichen und öffentlich-politischen Gespräch über unsere heutigen politischen Grundprobleme die leitenden Fragestellungen und Wertorientierungen herauszufiltern ... , die als ... Kategorien ... Unterricht ... strukturieren können ... In ein Ensemble solcher Kategorien gehen ... Ansätze ... der sozialwissenschaftlichen Theorie ein, soweit sie didaktisch auf unterrichtlich verwendbare Elementarfragen reduziert werden können. Die Kategorien transzendieren jedoch ... Wissenschaftsorientierung, indem sie ... grundlegende Wertorientierungen in sich aufnehmen. Ihre didaktische Grundfunktion ist die Reduktion von ... Komplexität in einer Weise, die ... vernünftig ist im Sinne einer verallgemeinerungsfähigen politischen Ethik, die schließlich dem Schüler ... bewußt gemacht und von ihm ... nachvollzogen werden kann“<sup>45)</sup>. Es gerät genau mit der „einseitigen Entscheidung für letztere ... freilich der ‚subjektive Faktor‘ aus dem Blick, der sich seit Anfang der 80er Jahre im Verhalten

von Jugendlichen und Jugendgruppen nachdrücklich Geltung verschafft“<sup>46)</sup>. Wegen der Destillation einer verallgemeinerungsfähigen politischen Ethik bei gleichzeitiger Hintansetzung des Schülers in der Rolle eines aktiven Objekts als letztem Glied in einer langen Reduktionskette gerät die Konzeption zu einem *subjektivitätsentzerrnden Objektivismus*. Er ist um so fragwürdiger, als das Reduktionsprodukt eigentlich etwas Strittiges in dem zu Reduzierenden ausmacht. Zudem bedeutet Reduktion auf politische Ethik in letzter Konsequenz einen moralisierenden Unterricht, weil sie nahelegt, nur nach der Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu fragen oder Gesinnungen zu adaptieren. Leicht kommt dabei die Ergründung von ursächlichen Interessen und ihres materiellen Substrats sowie die Anbahnung von konkretem Handlungswissen zu kurz. Die nötige Förderung kognitiver Kapazitäten wird somit auf einer niederen Stufe eingefroren, und eine aufarbeitende Thematisierung von Sozialisationserlebnissen ist nicht systematisch vorgesehen. Als Lernvoraussetzungen die Politische Bildung tangierende Anpassungsleistungen werden nicht verunsichert, sondern ausgedehnt und günstigenfalls auf eine immanent höhere Qualitätsstufe gehoben.

Es zeigt sich, daß die in fast allen Details divergierenden Konzeptideen demokratisch-sozialistischer Art einerseits und liberal-konservativer Provenienz andererseits angesichts der Alternativen zwischen Subjektivismus und Objektivismus in einem Punkt konvergieren: Sie sind *kaum tauglich für eine Korrektur der politischen Sozialisation* im Sinne eines Ausgleichs zentraler Defizite der Entstehung demokratiefähiger politischer Persönlichkeit und des sie konstituierenden politischen Bewußtseins. Im ersten Falle gerät die Distanz zur subjektivistisch-emotionalen Befindlichkeit zu kurz; es fehlt eine zielgerichtete Vermittlung mit theoretisch geklärten objektiven Bedingungen politischer Existenz; im zweiten Falle bleibt die objektivistisch-rationale Basis unrelativiert; es gelingt keine Rückkoppelung an die individuelle politische Lebenslage und Emotionalität<sup>47)</sup>.

<sup>44)</sup> A. Holtmann u. a. (Anm. 41), S. 41 ff. und S. 59. Ebd. verwarft man sich gar noch gegen den Eindruck, das Gebotene könne wie ein kognitiver Überhang wirken.

<sup>45)</sup> B. Sutor, Neue Grundlegung politischer Bildung, Bd. 2: Ziele und Aufgabenfelder des Politikunterrichts, Paderborn u. a. 1984, S. 52 f.

<sup>46)</sup> W. Hilligen (Anm. 22), S. 366.

<sup>47)</sup> Ergänzend siehe auch W. Hilligen, Zwischen Emotionalität und Vernünftigkeit. Anmerkungen zu einer (neuen) Kontroverse in der politischen Bildung, in: B. Claußen/G. Koch (Hrsg.), Lebensraum Schule und historisch-politische Erfahrungswelt, Frankfurt/Main 1984, S. 91—102.

Eine späte industrielle Massengesellschaft wie diejenige der Bundesrepublik Deutschland ist eine Gesellschaft im Übergang von der Dominanz materialistischer Lebensweise zur Ausgestaltung einer postmaterialistisch organisierten Gemeinschaft. Der ihr adäquate bürgerliche Verfassungsstaat mit seinem formal-demokratischen politischen System stellt das Bindeglied dar zwischen seinen autoritären Vorläufern und einer entwickelteren Form demokratischer politischer Kultur. Progression ist potentiell zu erwarten, Regression kann tendenziell nicht ausgeschlossen werden. Manches spricht für ein Beharren im Stadium des Übergangs auf unbestimmte Dauer. Progression, Stagnation und Regression sind abhängig von den gestaltenden Eingriffen konkreter Subjekte in die objektiven Gegebenheiten. Sie wiederum haben Lernleistungen spezifischer Art zur Grundlage. Politische Sozialisation in der Gegenwart sieht sich vor ein zweifaches Dilemma gestellt, das aus dem Übergangstatus der Gesellschaft erwächst: Allgemeinverbindliche Werte, die das Handeln strukturieren und dem Einzelnen wie dem Ganzen Sinn verleihen, gibt es nicht mehr und noch nicht wieder; dieser Zustand reproduziert sich in massenhaft auftretenden widersprüchlichen und nur eingeschränkt identischen Persönlichkeiten, wobei rückwärtsgerichtete Subjektmuster relikthaft wiederkehren, status-quo-orientierte Verhaltensweisen bestandssichernd produziert werden und vorwärtsweisende Persönlichkeitsdimensionen perspektivenreich als Negation aufkeimen. Progression, Stagnation und Regression sind damit gleichermaßen ungewiß.

Auch wenn sicher nicht gelegnet werden kann, daß die Sozialisationsrelevanz des politischen Systems zunimmt, während die politische Relevanz des Sozialisationssystems schwindet<sup>48)</sup>, sind deswegen Unterrichtsveranstaltungen nicht zu vernachlässigen. Forschungen über politische Sozialisation können „auf den politischen Unterricht ... anregend ... wirken. Die mit ihrer Hilfe genauer auslotbaren Möglichkeiten und Aufgaben politischer Bildung wären aber verfehlt, wenn die politische Pädagogik ihren Begriff der politischen Bildung aufgab, statt ihn genauer

zu bestimmen.“<sup>49)</sup> Die Begriffsbestimmung kann erleichtert werden durch theoretische Rekonstruktion. Bei ihr kommt heraus, was zugleich Praxis profiliert: *Politische Bildung ist Widerspruch zur überflüssigen Herrschaft und Kontrolle noch notwendiger Herrschaft* — indem sie Herrschaft gedanklich zur Disposition stellt, ihr mißtraut, ihre Legitimation und Angemessenheit prüft, und indem sie der Reproduktion von Herrschaft in den Subjektstrukturen entgegenwirkt.

Die Sozialisierungstheorie lehrt, daß sich Herrschaftsreproduktion subjektiv als politischer Alltagsverstand mit Ausstrahlungen auf alle Persönlichkeitsbereiche niederschlägt. Dieser ist zu verstehen „als Produkt populärphilosophischer Ablagerungen ... fossilartiger Überreste vergangener und gegenwärtiger kultureller Strömungen und Traditionsbestände. Er ist oft nach unkontrollierbaren Mustern zusammengesetzt und mit Spontanerfahrungen verbunden; er ist unkritisch, unhistorisch, eklektizistisch, inkohärent, aber auch labil und widersprüchlich. Sein wesentliches Merkmal ist das Denken in naturhaft-ontologischen Kategorien und die Unfähigkeit, ‚universal‘ zu denken und Bezüge innerhalb einer gesellschaftlichen Totalität herzustellen.“<sup>50)</sup>

Realitätsblindheit, Orientierungslosigkeit, Perspektivenmangel und Kompetenzeinschränkungen sind es, die das Subjekt über solchen Alltagsverstand beherrschen. Korrektur von politischer Sozialisation heißt dann *Aufbrechen von verkrustetem Alltagsverstand* durch Aktualisierung seiner Widersprüche, Bewußtmachung seiner Funktionen und Hintergründe, Stimulanz intellektueller Reserven, Anleitung zur Reflexion sowie inhaltliche und formale Angebote von Erkenntnissammlungen und -verfahren. Sie läuft letztlich auf eine für den Emotionshaushalt und das Handlungsvermögen relevante *Differenzierung der individuellen kognitiven Struktur* hinaus und macht Vermittlungsprozesse erforderlich, bei denen sich Lernende aktiv mit ihrer Umwelt, ihren eigenen Beziehungen dazu, mit anderen Lernenden und

<sup>48)</sup> G. C. Behrmann, Politische Sozialisationsforschung, politische Kultur und politische Bildung, in: G. C. Behrmann (Anm. 5), S. 9—33, hier S. 33.

<sup>49)</sup> K. Priester, Zur Geschichte konservativer Gesellschaftsbilder in der Politischen Bildung, in: F. Haug u. a. (Red.), *DreiBig Jahre Bildungspolitik in der Bundesrepublik*, Berlin 1979, S. 171—185, hier S. 171.

<sup>48)</sup> Siehe dazu G. C. Behrmann (Anm. 18), S. 16 ff., und L. Kibler, Politische Sozialisation und politisches System, in: G. Hartfiel/L. Kibler (Hrsg.), *Soziologie der Erziehung*, Freiburg u. a. 1977, S. 125 bis 144.

Lehrenden sowie mit sozialwissenschaftlich geronnenen Wirklichkeitsreduktionen auseinandersetzen. Überlegungen zu einer solchen Kultivierung des politischen Lernens gibt es als fachdidaktischen Argumentationszusammenhang<sup>51)</sup>. Die bei ihrer Geltendmachung auftretenden praktischen Probleme müssen später in Fragestellungen an die Forschung im Bereich der politischen Sozialisation überführt werden. Sie wiederum dürfte erheblich hinzugewinnen, wenn das *Modell des produktiv realitätsverarbeitenden Subjekts* aus der allgemeinen Sozialisationsforschung<sup>52)</sup> auf ihren Gegenstandsbereich ausgedehnt wird. Politische Bildung kann eine

Hilfestellung für produktive Realitätsverarbeitung sein — sofern sie dem Rückzug auf Subjektives und der Verdoppelung von Objektivationen widersteht. Nur in der Versenkung in Problemstrukturen, im durchaus nicht immer nur vergnüglichen Aufklärungswillen, in harter intellektueller Leistung und phasenweiser Zurückstellung von Zerstreuungswünschen liegt eine minimale Chance für die Verhinderung von Stagnation oder gar Regression der Gesellschaft. Wenn für Progression engagierte Politische Bildung darauf insistiert und gleichfalls berechnete Unterhaltungsbedürfnisse anderen Einrichtungen der Gesellschaft überläßt, dann ist sie auf merkwürdige Weise konservativ, ohne einer blinden Tradition das Wort zu reden. Nicht herkömmliche Lernerfolgskontrollen, sondern Lebenslaufanalysen, den biographischen Methoden der Sozialisationsforschung verwandt, und die Entwicklung der politischen Kultur selbst werden darüber Auskunft geben, ob sie damit in nennenswerter Weise erfolgreich ist.

<sup>51)</sup> Siehe die Darstellung und Weiterführung bei B. Claußen, Politische Bildung und Kritische Theorie. Fachdidaktisch-methodische Dimensionen emanzipatorischer Sozialwissenschaft, Drucklegung 1984.

<sup>52)</sup> Vgl. K. Hurrelmann, Das Modell des produktiv realitätsverarbeitenden Subjekts in der Sozialisationsforschung, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 3 (1983), S. 91 bis 103.



## Betriebliche Vermögensbeteiligung

Zum Beitrag von Hans-Günter Guski/Hans J. Schneider,  
Betriebliche Vermögensbeteiligung — ein Ausweg?, B 28/84, S. 3—14

Die Geschichte wiederholt sich. Schon 1978 sah sich der Autor veranlaßt (s. die Beilage B 39/1978), auf eine vorangegangene ähnliche Diskussion zum selben Thema und von denselben Autoren zu reagieren, d. h. Aussagen aus dem Arbeitgeberlager zur betrieblichen Beteiligung zu korrigieren und die offizielle gewerkschaftliche Position gegen betriebliche Beteiligung deutlicher zu machen. Meine damalige Kritik ist im Kern immer noch gültig; trotzdem müssen heute im Vergleich zu 1978 einige Akzente schärfer gesetzt werden. Dies betrifft zunächst Aussagen von Guski und Schneider auf der Grundlage ihrer zweiten „Untersuchung“ der betrieblichen Beteiligungspraxis, die wie ihre erste 1977 vorgelegte „Untersuchung“ schon im Ansatz und erst recht im Ergebnis problematisch ausfällt. Denn sie ist methodisch unsauber, blendet wichtige Fragestellungen aus und negiert systematisch Daten und Fakten trotz jahrelanger Vorhaltungen von gewerkschaftlicher Seite. Um dies zu illustrieren:

1. Der auch von Guski und Schneider als beste methodische Vorgehensweise bezeichnete Vergleich von Beteiligungsunternehmen und Nicht-Beteiligungsunternehmen (s. H. G. Guski/H. J. Schneider, Betriebliche Vermögensbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland, Teil II: Ergebnisse, Erfahrungen und Auswirkungen in der Praxis, Köln 1983, S. 33) wird nicht vorgenommen, und zwar mit fadenscheinigen Begründungen. Allein deshalb sind gerade die von Guski und Schneider behaupteten materiellen und immateriellen Vorteile der Arbeitnehmer an Beteiligungsbetrieben, aber auch angebliche betriebliche Vorteile wie Motivation und Produktivität der beteiligten Arbeitnehmer nicht aussagefähig, weil man sie nicht an den Verhältnissen an Nicht-Beteiligungsbetrieben messen kann. Dabei hätten Guski und Schneider seit 1977 genug Zeit für einen solchen Vergleich gehabt.

2. Statt dessen beziehen sich beide bei ihrer „Untersuchung“ auf „funktionierende“ Betei-

gungsmodelle, die sie definieren als solche mit mehr oder weniger regelmäßigen Beteiligungsaktionen über mindestens sieben Jahre. Durch diese Auswahl wird ein Teil der Ergebnisse bereits positiv vorweggenommen, denn mindestens so interessant wie die Analyse „funktionierender“ Beteiligungsunternehmen ist die Untersuchung solcher, die Beteiligung versucht haben, damit aber, aus welchen Gründen auch immer, nicht fortgefahren oder gescheitert sind. Solche Betriebe aber machen laut Guski und Schneider immerhin 64 Prozent aller von ihnen genannten 479 Beteiligungsunternehmen (ohne Tochtergesellschaften) aus.

3. Insbesondere das Fehlen einer systematischen Auseinandersetzung mit Beteiligungsbetrieben, die trotz (oder vielleicht auch wegen) langjähriger Beteiligungspraxis modellmäßig und/oder auch ökonomisch zusammengebrochen sind, ist bezeichnend. Dabei gibt es eine Reihe interessanter und sogar spektakulärer Fälle (so z.B. das „Ahrensburger Modell“ der Firma Behrens oder das Modell der Firma PhotoPorst), in denen Arbeitnehmer neben ihrem Beteiligungskapital auch ihren Arbeitsplatz verloren haben.

4. Aber auch bei den „funktionierenden“ Beteiligungsunternehmen haben Guski und Schneider auf eine eingehende Analyse von Beteiligungsverlusten in ökonomisch schlechten Zeiten verzichtet, obwohl sie mitteilen, daß „über 60 Prozent der untersuchten Beteiligungsmodelle eine Verlustbeteiligung des Mitarbeiterkapitals beinhalten“ und „knapp die Hälfte (46,6 Prozent) der untersuchten Modelle bereits mit Krisensituationen konfrontiert wurde“ (jeweils S. 249). Statt über das Ausmaß und die Anzahl Betroffener solcher Verluste zu berichten, geben sie als Ergebnis von Befragungen zum Stichwort „Krise“ an: „Im Zentrum aller Antworten standen stets Begriffe wie ‚Vertrauen‘ und ‚Information‘“ (S. 251).

5. Doch selbst die auf dieser eingeschränkten Grundlage erhobenen Ergebnisse sind nicht nachprüfbar, weil die 171 „funktionierenden“ Beteiligungsunternehmen nicht namentlich genannt werden — wie auch die insgesamt genannten 479 Beteiligungsunternehmen nur Guski und Schneider bekannt bleiben.

6. Aber auch bei Namensnennung wären die „Untersuchungs“-Ergebnisse nicht zuverlässig. Denn Guski und Schneider befragen Arbeitgeber und Betriebsräte oder andere „Repräsentanten“ der Arbeitnehmer über die Einstellung der Belegschaft und sogar örtlicher Gewerkschaftsfunktionäre zu Beteiligungsmodellen; sie fragen die Belegschaft und die Funktionäre nicht selbst. Dabei wurde innerhalb dieser „Sachverständigen“ auch noch nach einem nicht näher definierten Kriterium der „Kompetenz“ ausgewählt. Auch wird nicht offenbart, in wievielen Unternehmen Betriebsräte und in wievielen als Ersatz für nicht vorhandene Betriebsräte Mitglieder sogenannter Mitarbeiter- oder Beteiligungsausschüsse befragt wurden, die übrigens, wie in einer Fußnote mitgeteilt wird, im ganzen Text der „Untersuchung“ als Betriebsräte bezeichnet werden (S. 34).

7. Dabei sind zuverlässige Untersuchungsmethoden an anderer Stelle von wissenschaftlicher Seite zu Problemen der betrieblichen Beteiligung bereits praktiziert worden. So insbesondere von einem Forscherteam der Universität Nürnberg unter Leitung von Prof. Steinmann, das über mehrere Jahre bei kontinuierlicher Anwesenheit im Betrieb die Praxis des Beteiligungsmodells der Firma Photo-Porst beobachtet und selbstverständlich auch die Arbeitnehmer unmittelbar befragt hat. Dabei hat sich u. a. im Gegensatz zu Guski und Schneider herausgestellt, daß es keinen kausalen Zusammenhang gibt zwischen betrieblicher Gewinn- bzw. Vermögensbeteiligung einerseits und Produktivität, Motivation und Mitbestimmungsbereitschaft der Belegschaftsangehörigen andererseits. (Vgl. z. B. M. Heinrich, Vermögensbildung durch betriebliche Kapitalbeteiligung? — Das Beispiel „Photo-Porst“, in WSI-Mitteilungen, 36 (1983) 7, S. 438 ff.)

8. Es gibt auch ausländische Erfahrungen mit betrieblicher Beteiligung auf der Grundlage einer quantitativ weit größeren Beteiligungspraxis und auch entsprechend aussagefähigen Analysen darüber. So kommt z. B. der Bundesrechnungshof der USA in einer Studie aus dem Jahre

1980 zu dem Ergebnis, daß Beteiligungsmodelle den Unternehmen zwar Vorteile bringen, den Arbeitnehmern aber nur Nachteile.

Obwohl alle diese Argumente und Fakten Guski und Schneider bekannt sind — und wenn nicht aus der Literatur, so doch zumindest aus persönlichen Vorhaltungen in schriftlich publizierten oder mündlich ausgetragenen Streitgesprächen zwischen mir und Guski bzw. Schneider auf öffentlichen Seminaren und Veranstaltungen von Parteien, Universitäten und Vereinen bis ins Frühjahr 1984 —, tauchen sie in ihren Veröffentlichungen nicht auf oder werden in ihrer Tragweite falsch dargestellt.

Genauso selektiv und manipulativ wie die Darstellung der Beteiligungspraxis vollzieht sich bei Guski und Schneider die Darstellung gewerkschaftlicher Positionen (die auch Hermann Adam in ihrem Kern nicht entscheidend würdigt). Hierzu werden von ihnen Argumente der Gewerkschaften herangezogen bzw. durch die behaupteten Ergebnisse ihrer „Untersuchung“ scheinbar widerlegt, die wie etwa das Argument der Einschränkung der Arbeitnehmermobilität durch Beteiligungsmodelle seit Jahren in der gewerkschaftlichen Diskussion keine Rolle mehr spielen. Die zentralen Gegenargumente der Gewerkschaften gegen betriebliche Beteiligung jedoch, die seit 1977 in vielen offiziellen Stellungnahmen enthalten sind, werden trotz Kenntnis unterschlagen bzw. in ihren „Untersuchungen“ nicht reflektiert:

9. Der von Guski und Schneider immer wieder betonte Vorteil zusätzlicher Liquidität des Unternehmens durch Beteiligungsmodelle, der auch von gewerkschaftlicher Seite nicht strittig ist, wird zu einem wesentlichen Teil auf Kosten des Staates bzw. der Allgemeinheit finanziert: durch Verlust an Steuereinnahmen und Abgaben zur Sozialversicherung. So hat Prof. Dieter Schneider kürzlich noch ähnlich wie die Gewerkschaften die Frage verneint, ob dieser Verlust in Höhe bis zu 99 Prozent des Liquiditätszuflusses bei betrieblicher Beteiligung steuerpolitisch, unternehmenspolitisch und gesellschaftspolitisch zu rechtfertigen ist. (Vgl. sein Referat, Steuerliche Folgen der Arbeitnehmerbeteiligungen am Produktivvermögen, gehalten auf einem Symposium der Ruhr-Universität Bochum am 9. März 1984, erscheint demnächst in der Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung — ZfbF.) Und dieses mikroökonomische Problem wird natürlich zu einer makroökonomischen Problematik, je mehr betriebliche Beteiligung praktiziert wird. Es ist ausgerechnet worden, daß betriebliche Beteiligungen auf der Basis eines Gesetz-

entwurfs des Landes Niedersachsen, der teilweise in das seit dem 1. Januar 1984 geltende 4. Vermögensbildungsgesetz (936-DM-Gesetz) eingegangen ist, für alle Unternehmen bzw. Arbeitnehmer außerhalb des öffentlichen Dienstes dem Staat einen Einnahmeausfall von mindestens 17,7 und maximal 21,7 Mrd. DM beschere würde (s. den Nachweis von H.-D. Stolper, in: WSI-Mitteilungen, 36 (1983) 7, S. 431 ff.). Statt aber diese Gefahren für die Haushaltspolitik und auch die Bürger zu würdigen, die dann zum Ausgleich dieser Defizite mit Steuererhöhungen und/oder Kürzungen von Sozialleistungen bedroht wären, werden sie von Guski und Schneider (Teil II ihrer „Untersuchungen“, S. 194) heruntergespielt. Die Einnahmeausfälle des Staates durch das 4. Vermögensbildungsgesetz werden zwar von gewerkschaftlicher Seite bei Vollausschöpfung durch betriebliche Beteiligungen „nur“ auf 6 bis 8 Mrd. DM geschätzt; doch damit sind die genannten höheren Ausfälle noch nicht vom Tisch, weil in vielen Kreisen der Regierungsparteien auch im Hinblick auf die schon von der Bundesregierung angekündigte 2. Stufe des 4. VermBG der niedersächsische Gesetzentwurf immer noch Leitfunktion zu haben scheint.

10. Das wichtigste Argument der Gewerkschaften gegen betriebliche Beteiligung ist jedoch die damit gegebene Kumulation von Arbeitsplatz- und Kapitalrisiko des beteiligten Arbeitnehmers. Betriebliches Beteiligungskapital ist ja zum größten Teil Risikokapital (bzw. soll es aus Arbeitgeber- und Regierungssicht möglichst sein), das den beteiligten Arbeitnehmer der Möglichkeit von Rendite- bzw. Zinsverlusten, Kurs- bzw. Wertverlusten bis hin zum totalen Vermögensverlust in Konkursfällen aussetzt. Damit kommt zum individuell nicht steuerbaren Risiko der Arbeitslosigkeit in solchen Fällen auch noch ein ebenso unkalkulierbares Vermögensrisiko hinzu. Dies ist für den Arbeitnehmer nicht zumutbar.

Stellen wir uns einmal vor, die mit dem 4. VermBG wie auch von Guski und Schneider empfohlene Umstrukturierung der Arbeitnehmer-Ersparnis habe bereits früher Erfolg gehabt: Viele Arbeitnehmer hätten Belegschaftsaktien oder ähnliche Risikopapiere gekauft, und sei es auch zum Vorzugskurs bzw. zu einem verbilligten Ausgabekurs, d. h. sie hätten dem Unternehmen in Höhe des Kaufpreises Geld gegeben und der Arbeitgeber hätte es genommen und damit „gearbeitet“. Nach Ablauf einer jahrelangen Sperrfrist aber, wenn der Arbeitnehmer seine Ersparnisse zurückhaben bzw. anderweitig ver-

wenden will, zahlt nicht das Unternehmen den Kaufpreis zurück, sondern die Börse irgendeinen — wenn sich dort ein Käufer findet. Was jedoch würden die ehemals beteiligten, mit staatlichen Erleichterungen und betrieblichen Versprechungen gelockten Arbeitnehmer von AEG, IBH, der gesamten Stahlbranche, oder auch jüngst Tewidata aus dem Bereich der scheinbar so wachstumssträchtigen und zukunftsicheren Elektronikbranche sagen, nachdem sie im Zusammenhang mit den ökonomischen Problemen ihrer Arbeitgeber keinen Käufer für ihre Risikopapiere gefunden und viele von ihnen sogar zusätzlich ihren Arbeitsplatz verloren haben? Spätestens im Rahmen solcher Überlegungen wird klar:

Eine Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer, die ihnen ein doppeltes Risiko aufbürdet — und das auch noch ohne irgendeine Gegenleistung, d. h. weder zusätzliches sparfähiges Einkommen noch zusätzlicher wirksamer Einfluß —, ist ein zynischer Etikettenschwindel. De facto ist betriebliche Beteiligung Vermögensbildung in Arbeitgeberhand auf Kosten der Arbeitnehmer und des Staates.

Deshalb ist Guski und Schneider mehr noch als früher generell folgender Vorwurf zu machen: Sie empfehlen eine relativ kleine Zahl von Unternehmen mit von ihnen nach wie vor unbewiesenen Vorteilen für die Arbeitnehmer, aber unumstrittenen Vorteilen für die Arbeitgeber als leuchtende Vorbilder für gesellschaftspolitische Konzeptionen bzw. als auf breiter Basis nachahmenswert. Sie mögen sich jedoch sowohl an einer glaubwürdigen Analyse der Beteiligungspraxis wie auch an den problematischen Konsequenzen einer Ausdehnung dieser Beteiligungspraxis vorbei. Aber es ist wohl vorauszusehen, daß Guski und Schneider heute ebensowenig wie 1978 diese Kritik akzeptieren werden und vielmehr mit Getöse davon abzulenken versuche. Ob 1990 wohl Teil III ihrer „Untersuchungen“ erscheint?

Claus Schäfer  
*(Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB, Düsseldorf)*

☆

Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, wenn man die Stellungnahmen zweier Gewerkschafter zur betrieblichen Vermögensbeteiligung miteinander vergleicht. Wohl selten ist der Unterschied zwischen sachlicher Analyse und phrasenhafter Polemik so deutlich gewor-

den wie in dem Beitrag von Hermann Adam (B 28/84) und dem Kommentar von Claus Schäfer. Adam hat sich mit unserer Untersuchung zur betrieblichen Vermögensbeteiligung und ihren Ergebnissen nüchtern und völlig sachbezogen auseinandergesetzt; das wird in jeder Zeile spürbar. Seine Kritik ist verständlich und keineswegs beleidigend, ja er ist sogar bereit, erarbeitete Fakten anzuerkennen. Andererseits legt er nicht nur unmißverständlich seinen eigenen Standpunkt dar, sondern er begründet ihn auch.

So schreibt Adam über unserer Erhebung: „Um so mehr ist es zu begrüßen, daß kürzlich eine Untersuchung vorgelegt wurde, die Fakten zusammengetragen hat und die tatsächlichen Wirkungen der betrieblichen Beteiligungsmodelle in der Praxis mit wissenschaftlichen Methoden analysiert hat“ (vgl. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/84, S. 20). Andererseits läßt Adam keinen Zweifel über seine Position: „Der geeignete Weg zu einer fairen Partnerschaft in Wirtschaft und Gesellschaft ist vielmehr die Verwirklichung der paritätischen Mitbestimmung der Arbeitnehmer nach dem Montanmodell und ihre Beteiligung in einer Form, die ihnen einen wirksamen Einfluß auf die wirtschaftlichen Entscheidungen sichert und eine effektive Kontrolle wirtschaftlicher Macht garantiert. Betriebliche Vermögensbeteiligung führt nicht zu diesem Ziel.“ (Vgl. ebd., S. 25). Man kann hierzu sicherlich geteilter Meinung sein, auf jeden Fall aber ist eine solche Kritik sachlich, ausgesprochen fair und scheut sich auch nicht, Leistungen Andersdenkender anzuerkennen.

Das schiere Gegenteil präsentiert Schäfer und begibt sich damit zugleich auch in Widerspruch zu Adam. Wie immer, wenn man eine empirische Untersuchung angreifen will, kritisiert man die Methode, „belegt“ seinen Verriß mit nur hierzu geeignet erscheinenden Argumenten, teilweisen auch aus dem Zusammenhang herausgerissenen Zitaten und äußert folglich Zweifel an der Repräsentativität. So ist im Gegensatz zu Adam nach Schäfer die Untersuchung „methodisch unsauber, sie blendet wichtige Fragestellungen aus, . . . sie (die Autoren) mogeln sich an einer glaubwürdigen Analyse vorbei . . .“.

Hier drängt sich die Erkenntnis auf, daß zuverlässige Untersuchungsmethoden nach Schäfer — sattsam bekannt als unermüdlicher Bekämpfer aller betrieblichen Beteiligungsaktivitäten —

nur dann vorliegen, wenn die erzielten Ergebnisse mit seiner Weltanschauung übereinstimmen. Dabei hat Schäfer allen Grund, sich zu empirischen Untersuchungen besonders vorsichtig zu äußern. 1980 hat das WSI eine eigene Erhebung, an der Schäfer maßgeblich beteiligt war, über das Ausmaß der betrieblichen Vermögensbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt. Eine gründliche Analyse dieser Dokumentation ergab zahlreiche Fehler und Mängel, die nicht pauschal, sondern ganz konkret an Hand dargelegter Beispiele in einer Reihe von Aufsätzen, Kommentaren und Berichten aufgedeckt wurden und damit die Fragwürdigkeit dieser Arbeit offenlegten (vgl. z. B. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. 1. 1981: Mindestens 800 Unternehmen beteiligen ihre Mitarbeiter — Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Gewerkschaftsbundes zurückgewiesen). Bis auf den heutigen Tag hat Schäfer mit keinem Wort auf die als wissenschaftlich unzureichend bezeichnete Gewerkschaftsstudie geantwortet. — Der interessierte Leser möge hierüber sein eigenes Urteil fällen.

Zum Schluß unserer notgedrungen kurz zu fassenden Replik ein — wie uns scheint — recht aufschlußreiches Beispiel für Schäfers virtuose Logik: Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Betriebskapital bezeichnet Schäfer nicht — wie allgemein üblich — als einen Weg zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, sondern überraschenderweise als Vermögensbildung in Arbeitgeberhand. Seine Begründung: Arbeitnehmer tragen ein doppeltes Risiko (siehe Ziffer 10 seines Kommentars): d. h. im Falle eines Konkurses verlieren sie neben dem Arbeitsplatz auch ihr Vermögen. Das sei zynischer Etikettenschwindel, und deshalb handele es sich bei der Mitarbeiterbeteiligung um Vermögensbildung in Arbeitgeberhand.

Man muß diese Argumentation von Schäfer mehrere Male lesen und begreift immer noch nicht: Ein und derselbe Vorgang — nämlich Konkurs eines Unternehmens — bedeutet für die eine Seite (Arbeitnehmer) Vermögensverlust und zugleich für die andere Seite (Unternehmen) Vermögensbildung in Arbeitgeberhand!

Eine solche Interpretation spricht für sich — sie bedarf keines Kommentars.

*Hans-Günter Guski/Hans J. Schneider  
(Institut der deutschen Wirtschaft, Köln)*

## Hans-Joachim Veen: Wer wählt grün? Zum Profil der neuen Linken in der Wohlstandsgesellschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35-36/84, S. 3-17

Die GRÜNEN haben sich im linken Parteienspektrum fortschreitend konsolidiert. Ihre Anhänger ordnen sich selber ideologisch links der Mitte bis hin zu radikal linken Positionen ein. Das ideologische Profil der GRÜNEN-Wähler ragt links über das der SPD-Wähler hinaus. Insgesamt schöpfen die GRÜNEN heute weitgehender denn je aus demselben Wählerpotential wie die SPD. Zwischen beiden finden Austauschprozesse in den Parteipräferenzen statt, die im manifesten Wahlverhalten 1983 und 1984 bisher stark zu Lasten der SPD gingen. Die SPD steht den Wählern der GRÜNEN politisch relativ am nächsten; zur Union besteht die größte Distanz. Die Wähler der GRÜNEN sind stark überdurchschnittlich besser gebildet; zugleich sind fast drei Viertel von ihnen 1984 jünger als 35 Jahre. Sie entstammen ganz überwiegend dem oberen Mittelschichtenmilieu; Männer sind überrepräsentiert.

Die GRÜNEN haben begonnen, eine Stammwählerschaft zu bilden, die eine zunehmend kohärente, politisch-ideologisch spezifische Wertestruktur aufweist. Überdurchschnittlich häufige Konfessionslosigkeit verbindet sich mit einem ausgeprägten Vorrang postmaterieller Orientierungen. Starkes Mißtrauen gegenüber den politischen Institutionen und verbreitete Geringschätzung rechtlicher Ordnung verbindet sich mit der Radikalisierung des Umweltschutzgedankens und einer weithin grundsätzlich geprägten Kritik des etablierten politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik und mit einem Friedenspessimismus, der sich Sicherheit am ehesten im Pazifismus und einer aus dem westlichen Bündnis herausgelösten, neutralen Bundesrepublik erhofft. Dies alles verweist auf eine wesentlich andere Wertehierarchie der großen Mehrheit der GRÜNEN-Anhänger als die in der Bevölkerung vorherrschende. Im Umfeld der GRÜNEN hat sich anscheinend eine politisch-soziale Eigenkultur jenseits der westlichen Allianz und der modernen Wirtschaftsgesellschaft entwickelt und fortschreitend stabilisiert, in der sich die verschiedenartigen Facetten ihrer Weltsicht zu einem neuen, alternativen Lebensgefühl aggregieren.

Die GRÜNEN sind somit heute für ihre Wähler vor allem die neue linke Systemalternative — politisch, sozial-kulturell und institutionell. Daneben sind sie immer auch „Catch all“-Partei aktuellen, heterogenen Protestes und situationsbedingter Unzufriedenheit. Dieses Doppelprofil mit seinem Schwerpunkt in der grundsätzlichen Alternative dürfte dazu führen, daß sie sich längerfristig im Parteiensystem etablieren können. Damit hat das politische System der Bundesrepublik definitiv seine langjährige Moderatheit verloren und sich der Normalität seiner westeuropäischen Nachbarn angeglichen.

## Heinz Theisen: Zukunftsängste und pluralistische Demokratie

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35-36/84, S. 19-27

Die Flut negativer Zukunftsprognosen seit dem ersten Bericht des Club of Rome 1972 hat Wirkung gezeigt. Mehr noch als die schon gegenwärtigen Krisen unserer Zeit tragen die prognostizierten Krisen der Zukunft zur Entstehung weitverbreiteter Ängste bei. Diese Zukunftsängste werden von neuen politischen Bewegungen zum Teil vehement artikuliert, wodurch bei vielen wiederum Ängste um den Bestand der freiheitlichen Demokratie ausgelöst werden.

Diese doppelten Ängste drohen sich wechselseitig zu verfestigen und damit einer konstruktiven Bewältigung der Krisen im Wege zu stehen. Es wäre aber fatal, wenn die Ängste um das „Schicksal der Erde“ und die Ängste um den Bestand der Demokratie kollidierten, weil nur eine selbst-sichere pluralistische Demokratie die nötige Lernkapazität für innovatorische Lösungen hat. Diese grundsätzliche Lernfähigkeit gilt es allerdings auch zu nutzen.

Wenn es nicht zu einer Aufspaltung unserer Gesellschaft in zwei feindliche Kulturen kommen soll, muß zunächst ein Konsens über die vordringlichen Gefahren von Gegenwart und Zukunft hergestellt werden. Da es bei Überlebensfragen keine sinnvollen Interessenkonflikte geben kann, handelt es sich hierbei primär um eine intellektuell-politische Aufgabe, der sich auch der Staat als Mitakteur nicht entziehen kann. Dieser noch zu schaffende Problemkonsens in Überlebensfragen wäre ein Ausgangspunkt für das Bemühen um eine aussichtsreichere Zukunftsbewältigung.

**Bernhard Claußen: Entwicklungen der politischen Sozialisation. Erforschung und Bedeutung für die Politische Bildung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35-36/84, S. 29—42

Den Beitrag eröffnen eine Definition der politischen Sozialisation sowie eine Darlegung ihrer gesellschaftlichen Funktion und ihres Stellenwertes als Forschungsgegenstand in den Sozialwissenschaften mit Querverbindungen zur Didaktik der Politischen Bildung. Die wesentlichsten Traditionslinien der bisherigen Forschung und deren Fruchtbarmachung für Politische Bildung werden nachgezeichnet und vom derzeitigen Kenntnisstand aus betrachtet. Daran schließt sich eine an drei Beispielen (neuer Sozialisationstypus, kognitive Entwicklung sowie Technologisierung der Informations- und Kommunikationsweisen) aufgeäumte Diskussion von aktuellen Forschungsschwerpunkten an, die in Hinweisse für die Gestaltung Politischer Bildung mündet. Des weiteren werden die charakteristischen Elemente zweier Trends in der zeitgenössischen Fachdidaktik (schülerorientierter Sozialkunde-Unterricht und politische Rationalität als Leitkategorie für den Politikunterricht) darauf befragt, ob sie den Folgerungen aus den Forschungen zur politischen Sozialisation genügen. Abschließend führt ein knappes Resümee zur Bezeichnung verbleibender Aufgaben.